

DAS BUCH
DER TRÄGER DES
SACHAROW-PREISES



**DAS BUCH
DER TRÄGER DES
SACHAROW-PREISES
2015**

VORWORT

Martin Schulz

Präsident des Europäischen Parlaments

Im Jahr 2015 wurde die geistige Freiheit auf eine harte Probe gestellt. Das Jahr begann mit dem schrecklichen Anschlag auf die Zeitschrift „Charlie Hebdo“. Mitten in Europa sollten die durch Zeichenstifte zum Ausdruck gebrachte Wut, die Respektlosigkeit der Karikaturen sowie die Kraft der geistigen Freiheit und der freien Meinungsäußerung mit Kugeln zum Schweigen gebracht werden.

Es ist daher eine große Ehre für das Europäische Parlament, dass Ali Ferzat, Sacharow-Preisträger 2011, sich bereit erklärt hat, die Seiten dieses Buches zu illustrieren. Das Europäische Parlament hat der Verteidigung und der Förderung der Arbeit von Karikaturisten, die für die Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen insbesondere in Syrien unerlässlich ist, dieses Jahr einen besonderen Stellenwert beigemessen. Wir freuen uns besonders, dass einige Karikaturisten der Vereinigung „Cartooning for Peace“, darunter auch der bekannte französische Karikaturist Plantu, bei der feierlichen Veranstaltung anlässlich der Verleihung des Sacharow-Preises 2015 anwesend sein werden.

Wenn wir von Ali Ferzat sprechen, müssen wir auch seine Mitbürgerin Razan Zaitouneh nennen, der 2011 der Sacharow-Preis verliehen wurde. Bedauerlicherweise haben wir noch immer nichts von ihr gehört. Der Krieg tobt seit nunmehr fünf Jahren in Syrien. Die Menschen, die vor Ort bleiben müssen, leben in Schrecken und sind vom Rest der Welt abgeschnitten. Diejenigen, die fliehen, begeben sich auf eine gefährliche Reise. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass den unermüdlichen Verfechtern der Menschenrechte in diesem von Hass und Obskurantismus zerrissenen Land unsere uneingeschränkte Unterstützung zuteilwird.

Der Sacharow-Preis wurde 2014 an Dr. Denis Mukwege vergeben. Die Rede im Europäischen Parlament dieses bewundernswerten Mannes, der sich bedingungslos für die Würde der Frau einsetzt, hat die Mitglieder des Parlaments zu Tränen gerührt und seine Landsleute mit großem Stolz erfüllt. Neben der Auszeichnung erhält Dr. Mukwege langfristige Unterstützung des Europäischen Parlaments, denn das vom Parlament ins Leben gerufene Sacharow-Netzwerk engagiert sich mit allen ehemaligen Preisträgern und gewährt ihnen Unterstützung, damit sie in ihrem Kampf erfolgreich sein können.

Das Europäische Parlament verteidigt durch seine Handlungen und sein konkretes Engagement im Rahmen des Sacharow-Netzwerkes mit aller Kraft die geistige Freiheit in der ganzen Welt. Dieses Jahr haben seine Vertreter beschlossen, den saudischen Blogger und Schriftsteller Raif Badawi, der in seinem Heimatland zu zehn Jahren Haft und 1 000 Peitschenhieben verurteilt wurde, mit dem Preis auszuzeichnen. Das Europäische Parlament hat somit erneut mit aller Kraft darauf hingewiesen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht verhandelbar ist und in der ganzen Welt geachtet werden muss.

Zeichnungen: Ali Ferzat, Sacharow-Preisträger 2011

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

ISBN 978-92-823-7271-5

doi:10.2861/947090

© Europäische Union, 2015

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

DER SACHAROW-PREIS

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wurde erstmals im Jahr 1988 an Nelson Mandela und Anatolij Martschenko vergeben und ist die höchste Auszeichnung der Europäischen Union für Bemühungen im Bereich der Menschenrechte. Er wird Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen verliehen, die einen herausragenden Beitrag zur geistigen Freiheit geleistet haben. Durch den Preis und das dazugehörige Netz unterstützt die EU Preisträger, die dadurch in ihrem Kampf für ihre Anliegen gestärkt und befähigt werden.

Das Europäische Parlament verleiht den Sacharow-Preis, der mit 50 000 EUR dotiert ist, im Rahmen einer feierlichen Plenartagung in Straßburg gegen Ende jeden Jahres. Die Kandidaten für den Preis dürfen von den Fraktionen des Parlaments nominiert werden oder von einzelnen Mitgliedern, wenn sie für jeden vorgeschlagenen Kandidaten von mindestens 40 Mitgliedern unterstützt werden. Die Nominierungen werden in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des Entwicklungsausschusses und des Unterausschusses Menschenrechte vorgestellt, und die Mitglieder der vollständigen Ausschüsse stimmen über eine engere Auswahlliste mit drei Kandidaten ab. Der endgültige bzw. die endgültigen Gewinner des Sacharow-Preises werden von der Konferenz der Präsidenten bestimmt, einem Gremium des EP, das vom Präsidenten des Europäischen Parlaments geleitet wird und dem die Vorsitze aller im Parlament vertretenen Fraktionen angehören, sodass die Wahl der Preisträger eine wahrhaft europäische Entscheidung ist.



ANDREJ SACHAROW (1921–1989) war ein renommierter Physiker in der ehemaligen UdSSR, Menschenrechtsverteidiger, Regimekritiker und Verfechter von Reformen. Er war mit der Einführung eines nach ihm benannten Preises für geistige Freiheit einverstanden und schrieb in einem Brief an das Europäische Parlament, er empfinde den Preis als eine wichtige Würdigung seiner Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte¹. Er erachtete die Vergabe solcher Preise als sinnvoll, da sie auf das Problem der Menschenrechte aufmerksam machen und Menschen, die dazu einen Beitrag geleistet haben, stärken würde. Das Europäische Parlament gab seine Absicht zur Einführung des Preises in einer Entschließung vom Dezember 1985 bekannt.

Andrej Sacharow – ein Pionier der Kernphysik und Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe – war 32 Jahre alt, als er zum vollwertigen Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften wurde und ihm die Privilegien der Nomenklatura, also der Elite der Sowjetunion, gewährt wurden.

Ab Ende der 50er-Jahre machte er sich jedoch zunehmend Sorgen über die Auswirkungen der Nukleartests auf die Erdatmosphäre und die politischen und moralischen Folgen seiner Arbeit, die zu Massentötungen führen könnte.

Der Wendepunkt seiner politischen Entwicklung war das Jahr 1967, als er die staatlichen Stellen der Sowjetunion dazu aufforderte, einen Vorschlag der USA zu einer bilateralen Ablehnung des Ausbaus der Raketenabwehr anzunehmen, von der – so schrieb er in einem Memorandum im Jahr 1968 mit dem Titel *Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit* – eine große Gefahr eines globalen Nuklearkrieges ausgehe. Die staatlichen Stellen der Sowjetunion wiesen seine Forderungen ab. Nach der Veröffentlichung seines Memorandums schlossen sie Andrej Sacharow von allen streng geheimen militärischen Arbeiten aus und entzogen ihm seine Privilegien. Im Jahr 1970 wurde er einer der Mitbegründer des Komitees zur Durchsetzung der Menschenrechte in der UdSSR. Die Verteidigung der Menschenrechte und der politisch Verfolgten wurde zu seinem wichtigsten Anliegen. Im Jahr 1972 heiratete er Jelena Bonner, eine Mitstreiterin für die Menschenrechte. Trotz des zunehmenden Drucks vonseiten der Regierung setzte er sich weiter für die Freilassung von Andersdenkenden in seinem Heimatland ein und wurde zu einem der mutigsten Kritiker des Regimes und zur Leitfigur im Kampf für die Grundrechte. Das Nobelpreiskomitee, das ihm im Jahr 1975 den Friedensnobelpreis verlieh, bezeichnete ihn als Stimme des Gewissens der Menschheit. Er erhielt nicht die Erlaubnis, den Preis entgegenzunehmen, aber weder Repression noch Exil konnten seinen Widerstand brechen.

Andrej Sacharow wurde im Jahr 1980 in die geschlossene Stadt Gorki verbannt, nachdem er öffentlich das militärische Eingreifen der Sowjetarmee in Afghanistan im Jahr 1979 kritisiert hatte. Im Exil lebte er unter strenger Überwachung durch die sowjetische Polizei und trat zweimal in einen Hungerstreik, um für seine Frau die Erlaubnis zu erhalten, sich in den Vereinigten Staaten einer Herzoperation zu unterziehen. Jelena Bonner wurde im Jahr 1984 ebenfalls zum Exil in Gorki verurteilt, durfte aber schließlich im Oktober 1985 in die USA reisen, um sich behandeln zu lassen. Das Europäische Parlament unterstützte die Sacharows und zog sogar in Erwägung, in seinem Plenarsaal einen Platz für Andrej Sacharow frei

zu lassen. Stattdessen wurde der Alternativvorschlag angenommen: die Einführung eines nach Andrej Sacharow benannten Preises. Sacharow wurde ausgewählt, weil er – wie Jean-François Deniau, der den Bericht zu dieser Initiative verfasste, vor dem Plenum unterstrich – ein europäischer Bürger sei, der zum Inbegriff der geistigen Freiheit und der freien Meinungsäußerung geworden sei und der aufgrund seiner Überzeugungen und seines Gewissens beschlossen habe, auf alle materiellen Vorteile und Ehrungen, die ihm offenstanden, zu verzichten.

Der Preis wurde durch eine Entschließung des Europäischen Parlaments ins Leben gerufen, die im Dezember 1985 angenommen wurde. Ein Jahr später erteilte Michail Gorbatschow, der in der Sowjetunion die Perestroika und Glasnost einleitete, Andrej Sacharow und Jelena Bonner die Erlaubnis, nach Moskau zurückzukehren. Sacharow starb im Dezember 1989 in Moskau.

Im Jahr 2013 blickte der Preis, der seinen Namen trägt, auf eine 25-jährige Unterstützung für die Menschenrechte zurück, die weit über die Grenzen auch repressiver Regimes hinausreicht, um Menschenrechtsaktivisten und Dissidenten weltweit zu ehren. Die mit diesem Preis ausgezeichneten Menschenrechtsverteidiger haben ihren Einsatz zur Verteidigung der Menschenwürde teuer bezahlt: Viele von ihnen wurden verfolgt, ermordet, verloren ihre persönliche Freiheit, wurden Opfer von Prügelattacken oder ins Exil getrieben. In einigen Fällen war es den Preisträgern verwehrt, den Preis persönlich entgegenzunehmen.

Nasrin Sotoudeh erhielt den Preis im Jahr 2012. Sie schrieb aus dem Evin-Gefängnis im Iran, in dem sie zu diesem Zeitpunkt inhaftiert war, an den verstorbenen Sacharow gerichtete Briefe. Darin untersuchte sie die Bedeutung von Widerstand vom philosophischen Blickwinkel aus und zog Parallelen zwischen ihrem Kampf und seinem Engagement.

„Die tägliche Erneuerung Ihres Lebens und Ihres Widerstands war unglaublich. Sie haben einen großen Sieg für alle Freiheitskämpfer in der ganzen Welt errungen. Mögen Ihre unerfüllten Träume durch die verwirklicht werden, die nach Ihnen kommen.“

¹ Die in dieser Veröffentlichung zitierten Briefe von Andrej Sacharow werden im Historischen Archiv des Europäischen Parlaments aufbewahrt.



DAS SACHAROW-NETZ Dem Sacharow-Netz gehören Träger des Sacharow-Preises und Mitglieder des Europäischen Parlaments an. Es wurde im Jahr 2008 im Europäischen Parlament gegründet, als der Sacharow-Preis bereits zum 20. Mal verliehen wurde. Durch seine Schaffung wurde die besondere Rolle der Sacharow-Preisträger als Botschafter der geistigen Freiheit anerkannt, und die Mitglieder erklärten ihre Bereitschaft, die gemeinsamen Bemühungen zur Unterstützung der Menschenrechtsverteidiger in der ganzen Welt durch gemeinsame Initiativen der Sacharow-Preisträger unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments zu verstärken. Das Sacharow-Netz bringt die Mitglieder des Europäischen Parlaments, die Preisträger und die Zivilgesellschaft auf umfassende Weise zusammen, um die Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte in Brüssel und auf internationaler Ebene zu verstärken. Es dient als Kommunikationskanal, der es den Preisträgern und dem Parlament ermöglicht, Menschenrechtsverletzungen und Menschenrechtsfragen anzugehen.

Am 25. Jahrestag des Preises im Jahr 2013 nahm das Netz eine Erklärung an, in der die Mitglieder des Netzes sich dazu verpflichteten, gemeinsam und einzeln durch verschiedene Maßnahmen die Förderung und den Schutz der Menschenrechte weltweit zu unterstützen. Dazu gehören eine laufende internationale Kampagne zur Beendigung der Gewalt gegen Kinder und zur Förderung der Bildung von Kindern sowie eine Kampagne für die Meinungsfreiheit, die im Mai 2015 in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament durchgeführt wurde.

Die Mitglieder des Sacharow-Netzes halten regelmäßig Sacharow-Vorträge in den EU-Mitgliedstaaten, um für Menschenrechtsfragen zu sensibilisieren und in den europäischen Hauptstädten öffentliche Debatten auszulösen. Seit 2013 haben solche Vorträge in Österreich, Frankreich, Irland, Italien, Malta, Polen, der Slowakei, Litauen und Belgien stattgefunden. Vortragende waren der Weißrussische Journalistenverband, „Damen in Weiß“ (Damas de Blanco), Salima Ghezali, Hauwa Ibrahim, „Memorial“, Aljaksandr Milinkewitsch, Denis Mukwege und Ahmed al-Senussi.

Das Netz ist in den Jahren 2008, 2011 und 2013 zu Konferenzen zusammengekommen, an denen fast alle noch lebenden Preisträger teilnahmen, die reisen konnten. Die Konferenzen des Sacharow-Netzes bieten ein Forum für Debatten zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Preisträgern, Vertretern der Europäischen Union und weiteren internationalen Institutionen und der Zivilgesellschaft. Sie dienen als Grundlage für ein verstärktes Handeln des Netzes zur Verteidigung der Menschenrechte.

Weitere Informationen zu seinen aktuellen Aktivitäten sind auf der Website des Sacharow-Netzes zu finden: europarl.europa.eu/intcoop/sakharov/home_en.html.

- 2015 Raif Badawi
- 2014 Denis Mukwege
- 2013 Malala Yousafzai
- 2012 Nasrin Sotoudeh und Jafar Panahi
- 2011 Arabischer Frühling (Mohamed Bouazizi, Ali Ferzat, Asmaa Mahfouz, Ahmed al-Senussi und Razan Zaitouneh)
- 2010 Guillermo Fariñas
- 2009 Memorial (Oleg Orlow, Sergej Kowaljow und Ljudmila Alexejewna stellvertretend für die Organisation Memorial und alle anderen Menschenrechtsverteidiger in Russland)
- 2008 Hu Jia
- 2007 Salih Mahmoud Mohamed Osman
- 2006 Aljaksandr Milinkewitsch
- 2005 Damen in Weiß, Hauwa Ibrahim und Reporter ohne Grenzen
- 2004 Weißrussischer Journalistenverband
- 2003 UN-Generalsekretär Kofi Annan und das gesamte Personal der Vereinten Nationen
- 2002 Oswaldo José Payá Sardiñas
- 2001 Izzat Ghazzawi, Nurit Peled-Elhanan, Dom Zacarias Kamwenho
- 2000 ¡Basta Ya!
- 1999 Xanana Gusmão
- 1998 Ibrahim Rugova
- 1997 Salima Ghezali
- 1996 Wei Jingsheng
- 1995 Leyla Zana
- 1994 Taslima Nasreen
- 1993 Oslobodjenje
- 1992 Die Mütter der Plaza de Mayo
- 1991 Adem Demaçi
- 1990 Aung San Suu Kyi
- 1989 Alexander Dubček
- 1988 Nelson Rolihlahla Mandela; Anatoli Martschenko (posthum)

RAIF BADAWI ist ein junger Blogger aus Saudi-Arabien, der aufgrund seines Engagements für die Gedanken- und Redefreiheit gefangen genommen und ausgepeitscht wurde.

Er gründete und leitete die beiden Online-Foren *Saudische Liberale* und *Freies Saudisches Liberales Netzwerk*, mit denen er in dem konservativen Land Debatten über Religion und Politik anregen wollte. Als er im Jahr 2008 für einen Tag verhaftet und wegen Verdachts auf Apostasie (in Saudi-Arabien ist Abfall vom Glauben eine Straftat, die mit der Todesstrafe geahndet wird) verhört wurde, zählten seine Foren 1000 registrierte Nutzer. Anschließend durfte er Saudi-Arabien aufgrund eines Ausreiseverbots auf unbestimmte Zeit nicht verlassen; seine Konten wurden eingefroren, und die Familie seiner Frau versuchte, eine Scheidung zu erzwingen. Ein strenggläubiger Imam verhängte eine Fatwa gegen ihn.

Raif Badawi schreckte jedoch nicht davor zurück, seine gemäßigt liberalen Ansichten mit der Öffentlichkeit zu teilen. In seinen Texten verteidigte er unter anderem die Gedanken- und Redefreiheit und rief zu mehr Verständnis für die Meinung anderer auf. Er schrieb, dass ein Freidenker in einer arabischen Gesellschaft, die unter dem theokratischen Joch leidet, lediglich seine Meinung äußern müsse, damit eine Fatwa gegen ihn verhängt werde. Er befürchtete, dass dies die klügsten Köpfe zur Flucht veranlasse. Als Stimme des Liberalismus in Saudi-Arabien setzte er sich in seinen Texten, die er sowohl im Internet als auch über traditionelle Medienkanäle veröffentlichte, für die Aufklärung seiner Gemeinschaft und den Sieg über die Unwissenheit ein, um der Unantastbarkeit des Klerus ein Ende zu setzen und die Achtung der Redefreiheit sowie die Wahrung der Rechte von Frauen, Minderheiten und armen Menschen in Saudi-Arabien zu fördern. Dies schrieb er in einem Vorwort zu einem Buch mit Texten über seine Rettung, das er 2015 trotz der dauerhaften Sperrung seiner Websites im Gefängnis verfasste.

2012 wurde Raif Badawi verhaftet und wegen zahlreicher Verbrechen angeklagt, darunter auch Apostasie, über die bislang jedoch noch kein Urteil ergangen ist. Ihm wurde vorgeworfen, ein Online-Forum eingerichtet zu haben, in dem blasphemische Kommentare und Einträge veröffentlicht werden. 2013 wurde er zu sieben Jahren Haft und 600 Peitschenhieben verurteilt. 2014 wurde das Strafmaß dann auf 1000 Peitschenhiebe und zehn Jahre Haft erhöht; hinzu kam noch eine Geldbuße in Höhe von 1 Mio. Saudi-Riyal (umgerechnet 226 000 EUR). Die ersten 50 Peitschenhiebe wurden im Januar 2015 vor einer johlenden Menschenmenge vor einer Moschee in Dschidda vollstreckt. Dabei handelte es sich um die ersten von insgesamt 1000 Hieben, die über einen Zeitraum von 20 Wochen verteilt werden sollten. Nach einer Untersuchung nach den ersten schnellen Hieben stellten die Ärzte fest, dass er angesichts seiner tiefen Wunden eine weitere Auspeitschung nicht überleben würde. Aufgrund des internationalen Aufschreis und der Besorgnis über seinen Gesundheitszustand konnte eine weitere Prügelstrafe bislang verhindert werden; im Juni 2015 entschied das oberste Gericht jedoch, das Urteil aufrechtzuerhalten. Ihm wurde untersagt, Medienkanäle zu nutzen und in den ersten zehn Jahren nach seiner Entlassung aus der Haft ins Ausland zu reisen.

Badawis Frau Ensaf Haidar lebt mit ihren drei Kindern in Kanada; 2013 mussten sie aufgrund anonymer Morddrohungen aus Saudi-Arabien fliehen.

Im Gefängnis erlangte Raif Badawi eine Vorstellung von der großen Menschlichkeit seiner Mitgefangenen.

2015
RAIF
BADAWI



DENIS MUKWEGE ist ein kongolesischer Arzt, der sein Leben der Aufgabe widmet, die körperliche Unversehrtheit Zehntausender kongolesischer Frauen und Mädchen, die in den immer noch anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo Opfer von Gruppenvergewaltigungen und brutaler sexueller Gewalt geworden sind, wiederherzustellen und ihnen neuen Lebensmut zu geben.

Er wurde 1955 in Bukavu geboren, studierte Medizin und richtete die gynäkologische Station im Krankenhaus von Lamera im Osten der Demokratischen Republik Kongo ein, die jedoch nach dem Kriegeausbruch 1996 zerstört wurde. Mukwege floh nach Bukavu. Dort gründete er ein Krankenhaus, das in Zelten untergebracht war, und richtete eine neue Entbindungsstation sowie einen neuen Operationssaal ein. Allerdings wurde all dies 1998 während des zweiten Kongokrieges zerstört.

Mukwege ließ sich nicht entmutigen und baute sein Krankenhaus in Panzi wieder auf. Er arbeitete unermüdlich von morgens bis abends und bildete das Personal in der Behandlung von Frauen aus, die den Kombattanten zum Opfer gefallen waren; diese hatten, so Mukwege, „die Frauen zu ihrem gemeinsamen Feind erklärt“. Seit der Wiedereröffnung des Krankenhauses im Jahr 1999 hat er über 40 000 Frauen behandelt; er betreute das erste Vergewaltigungsopfer mit Schusswunden im Genitalbereich und an den Oberschenkeln. Innerhalb weniger Wochen wurde das Krankenhaus von Dutzenden Frauen aufgesucht, die berichteten, vergewaltigt und gefoltert worden zu sein.

Mukwege ist ein international anerkannter Experte für die Behandlung von pathologischen und psychosozialen Schäden infolge sexueller Gewalt. In dem von ihm geleiteten Krankenhaus in Panzi werden psychische und physische Schäden behandelt. Im Anschluss erhalten die Frauen Unterstützung, damit sie zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts neue Fertigkeiten erwerben können, da viele von ihren Gemeinschaften verstoßen wurden. Die Mädchen werden dabei unterstützt, wieder die Schule besuchen zu können. Den Opfern wird auch rechtliche Unterstützung angeboten, damit sie gerichtlich gegen ihre Peiniger vorgehen können.

Mukwege begann sich darüber hinaus unermüdlich für die viktimisierten Frauen einzusetzen, als er eine junge Frau auf seinem Operationstisch wiedererkannte, die im Krankenhaus von Panzi mit ihm als Arzt zur Welt gekommen war. Dies war ein entscheidender Moment für ihn, der ihn dazu veranlasste, über die Behandlung hinaus aktiv zu werden und im In- und Ausland für ein Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen um die Bodenschätze des Kongo einzutreten. 2012 wurde er selbst zum Opfer, als Bewaffnete in sein Haus eindrangen und seine Töchter mit Waffengewalt bedrohten. Sein Leibwächter und Freund wurde getötet, aber Mukwege entkam und floh mit seiner Familie nach Schweden und Belgien. Er kehrte 2013 in die Demokratische Republik Kongo zurück, nachdem sich eine Gruppe von Frauen, die von weniger als einem Dollar am Tag leben, zusammengetan hatte, um seine Rückreise zu bezahlen.

Heute lebt er trotz ständiger Bedrohung seines Lebens im Krankenhaus von Panzi, das er leitet. Er arbeitet aktiv mit dem Europäischen Parlament zusammen und engagiert sich im Sacharow-Netz. Dabei prägt er die Rechtsetzung zu Konfliktministerien im Parlament mit seinen leidenschaftlichen Aufrufen zum Schutz des Lebens der Frauen und Kinder in Konfliktgebieten.

Im Mittelpunkt eines Dokumentarfilms aus dem Jahr 2015 mit dem Titel *The man who mends women – the wrath of Hippocrates* stehen sein Leben und seine Arbeit. Der Film wurde mit Unterstützung des Europäischen Parlaments in allen Amtssprachen der EU-Mitgliedstaaten untertitelt.



MALALA YOUSAFZAI war 15 Jahre alt, als ihr im Jahr 2012 im pakistanischen Swat-Tal von den Taliban ins Gesicht geschossen wurde. Sie wollten sie und andere Mädchen vom Besuch der Schule abhalten. Sie überlebte trotz schwerster Verletzungen und kämpfte weiter.

2013 war Malala die jüngste Person, der jemals der Sacharow-Preis verliehen worden war. In einer eindrucksvollen Rede sprach sie sich für das Recht eines jeden Kindes auf Bildung aus und widmete den Preis den „unbesungenen Helden Pakistans“.

„Viele Kinder haben nichts zu essen, kein Wasser zu trinken. Aber sie haben auch Hunger nach Bildung. Es ist erschreckend, dass 57 Millionen Kinder keinen Zugang zu Bildung haben ... dies muss unser Gewissen aufrütteln“, sagte Malala gegenüber den Vertretern aus 28 Staaten in einem dicht besetzten Parlament und in Anwesenheit fast aller noch lebenden Sacharow-Preisträger, die sich für die Konferenz anlässlich des 25. Jahrestages der Verleihung des Preises dort versammelt hatten. „Ein Kind, ein Lehrer, ein Stift und ein Buch können die Welt verändern.“

Ihr Kampf für Bildung begann im Alter von elf Jahren, als sie ein anonymes Online-Tagebuch über das Leben eines Schulmädchens unter den Taliban im pakistanischen Swat-Tal schrieb. Im Jahr 2009 erklärten die Taliban alle Mädchenschulen für geschlossen, während die pakistanische Armee weiter um die Kontrolle in der Region kämpfte. Malala und ihre Familie mussten aus ihrer belagerten Heimatstadt fliehen, und ihre Schule wurde zerstört.

Nachdem sich die Sicherheitslage verbessert hatte, kehrten sie zurück, und Malala und ihr Vater Ziauddin, der eine Mädchenschule leitete, setzten sich trotz Drohungen weiter für die Bildung von Mädchen ein. Malala kaufte mithilfe von Spendengeldern einen Schulbus, in dem sie später bei einem Angriff, zu dem sich die Taliban bekannten, angeschossen wurde und zwei weitere Mädchen verletzt wurden.

Malala überlebte und setzt sich heute weiter engagiert für die Bildung von Mädchen ein. Sie ist Mitbegründerin der Malala-Stiftung sowie Mitglied des „Youth Education Crisis Committee“, das vom Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Bildung Gordon Brown ins Leben gerufen wurde. Gordon Brown geht davon aus, dass gemessen am derzeitigen Fortschritt das letzte Mädchen im Jahr 2086 eine Schule besuchen wird und nicht im Jahr 2015, wie es im Rahmen der Millenniumsentwicklungsziele vorgesehen war.

„Im Islam ist es Mädchen gestattet, Bildung in Anspruch zu nehmen. Es ist die Pflicht und Verantwortung eines jeden einzelnen Menschen, egal ob Junge oder Mädchen, sich zu bilden und sich Wissen anzueignen“, so Malala.

Malalas Geburtstag am 12. Juli wurde von den Vereinten Nationen im Rahmen ihrer Weltinitiative „Bildung zuerst“ zum Malala-Tag erklärt, auf diese Weise soll Kindern eine Plattform gegeben werden, um sich für ihr Recht auf Bildung starkzumachen.

2014 erhielt Malala Yousafzai gemeinsam mit Kailash Satyarthi den Friedensnobelpreis „für ihren Kampf gegen die Unterdrückung von Kindern und jungen Menschen sowie ihren Kampf für das Recht auf Bildung für alle Kinder“ und ist somit sowohl die jüngste Trägerin des Sacharow-Preises als auch des Friedensnobelpreises.





NASRIN SOTOUDEH ist eine iranische Menschenrechtsanwältin und war vor ihrer eigenen Inhaftierung im Jahr 2010 eine der wenigen, die Andersdenkende vertraten, die im Jahr 2009 bei Massenkundgebungen verhaftet wurden, bei denen sie gegen eine Wahl protestierten, bei der sie von Wahlbetrug ausgingen.

Als ihr im Jahr 2012 der Preis verliehen wurde, verbüßte sie gerade eine sechsjährige Gefängnisstrafe. Sie wurde beschuldigt, die nationale Sicherheit des Iran gefährdet zu haben, und befand sich in einem siebenwöchigen Hungerstreik, während sie in Irans berüchtigtem Gefängnis Evin in Einzelhaft saß, und protestierte gegen den Druck, den die Justiz auf ihren Ehemann und ihre junge Tochter ausübte.

Trotz ihres gebrechlichen Zustands fand sie die Kraft, eine beeindruckende Botschaft an das Parlament zu richten, die für sie anlässlich der Verleihung von der befreundeten Nobelpreisträgerin, Kollegin und Mandantin Schirin Ebadi verlesen wurde.

„Die Geschichte der Menschenrechte und die Mechanismen, die sie garantieren, haben eine lange Entwicklung hinter sich, dennoch hängt ihre Umsetzung immer noch größtenteils von den Absichten der Regierungen ab, den größten Menschenrechtsverletzern.“ An die Menschenrechtsaktivisten und die politischen Häftlinge richtete sie die Worte: „Genau wie Sie weiß ich, dass die Demokratie einen langen und schwierigen Weg vor sich hat.“

Sie wurde unerwartet im September 2013 aus von den iranischen Behörden nicht preisgegebenen Gründen aus der Haft entlassen. Allerdings wurde das Urteil nicht aufgehoben, und sie darf den Iran weiterhin nicht verlassen, sodass sie den ihr verliehenen Sacharow-Preis nicht entgegennehmen kann. Im Dezember 2013 traf sie in Teheran jedoch die erste Delegation des Europäischen Parlaments, die den Iran seit sechs Jahren besuchte. Das Treffen – bei dem sie vor allem über die Lage der politischen Häftlinge sprach und Verfahren als undurchsichtig verurteilte, die vor Revolutionsgerichten anstatt vor Strafgerichten verhandelt wurden – sorgte für



2012
NASRIN
SOTOUDEH

Furore unter den iranischen Hardlinern, die Nasrin Sotoudeh und Jafar Panahi der Volksverhetzung beschuldigten.

Nach ihrer Freilassung aus der Haft setzte Nasrin Sotoudeh ihr Engagement fort und setzte sich für Frauen, die Säureangriffen zum Opfer gefallen sind, und religiöse Minderheiten ein und engagierte sich im Kampf für die Menschenrechte, u. a. für die Abschaffung der Todesstrafe. Sie wurde von den iranischen Behörden mehrmals vorübergehend festgenommen.

Nasrin Sotoudeh konnte ihre Karriere als Anwältin, für die sie jahrelang gekämpft hatte, um praktizieren zu können, für kurze Zeit fortsetzen. Zu Beginn ihrer Karriere hatte sie Minderjährige verteidigt, um sie vor der Todesstrafe zu retten. Zusätzlich zu ihrer sechsjährigen Gefängnisstrafe durfte sie zehn Jahre lang nicht als Anwältin praktizieren und nicht reisen. Sie focht das vom Revolutionsgericht verhängte Berufsverbot als Anwältin an, jedoch entzog ihr die iranische Anwaltskammer im Oktober 2014 für drei Jahre ihre Anwaltslizenz. Sie glaubt, dass der mächtige Geheimdienst dies gefordert hatte. Nasrin Sotoudeh begann, an jedem Arbeitstag vor dem Hauptsitz der Anwaltskammer in Teheran für das „Recht, anders zu denken“ und das „Recht auf Arbeit“ zu demonstrieren. Die offiziellen Medien des Iran berichteten nicht über ihren Protest, jedoch schlossen sich ihr viele Aktivisten und Opfer von Menschenrechtsverletzungen an. Die Anwaltskammer verkürzte das Berufsverbot im Juni 2015 schließlich auf neun Monate. Daraufhin beendete Nasrin Sotoudeh ihren Protest, jedoch wiederholten sie und ihre Unterstützer die Forderung, das Berufsverbot vollständig aufzuheben. Sie führte die Verkürzung auf die Unterstützung zurück, die sie – u. a. vom Europäischen Parlament, dessen Mitglieder entschieden gegen das Berufsverbot demonstriert hatten – erhalten hatte, und beantragte sofort die Wiedererteilung ihrer Anwaltslizenz.

Sotoudeh beabsichtigt, im Iran zu bleiben und von innen für Reformen zu kämpfen.

JAFAR PANAHİ ist ein mit internationalen Preisen gekrönter Filmemacher aus dem Iran, der mit einem 20-jährigen Berufsverbot belegt wurde.

Er ist ein entschiedener Unterstützer der Opposition im Iran und Kritiker des ehemaligen Präsidenten Ahmadinedschad und wurde wegen „Propaganda gegen die Islamische Republik“ zu sechs Jahren Haft verurteilt, allerdings wurde das Urteil bislang noch nicht vollstreckt: Er ist nicht im Gefängnis, könnte aber jederzeit inhaftiert werden. Jafer Panahi wurde 2010 verhaftet, als er im Untergrund an einem Film über die gescheiterten Proteste der Grünen Oppositionsbewegung im Iran im Jahr 2009 arbeitete. Zwar wurde er infolge internationaler Proteste und eines Hungerstreiks nach drei Monaten auf freien Fuß gesetzt, dann allerdings zu einer Haftstrafe verurteilt und mit einem Berufs- sowie Reiseverbot belegt. Auch sind ihm Kontakte zu den Medien untersagt.

Gegenüber der Delegation des Europäischen Parlaments, die den Iran im Jahr 2013 besuchte, sagte er, dass seine Aussage sowie die seines Anwalts während seiner Verhandlung nicht berücksichtigt worden seien und das Urteil von vornherein festgestanden habe. Er wies die Delegation darauf hin, dass Menschenrechtsfragen vor dem Hintergrund des Nuklearabkommens mit dem Iran in Vergessenheit geraten könnten, und sagte, dass die Repressionen im Iran zunehmen werden, sobald die Sanktionen aufgehoben würden. Die Flexibilität der neuen iranischen Führung treffe nur auf auswärtige und nicht auf inländische Angelegenheiten zu, so Panahi, und der Druck auf die Medien, Gefangenen und das kulturelle Leben gehe unverändert weiter.

In einem Interview, das er 2014 trotz des Verbots gab, sagte er, dass er das Gefühl habe, zwar aus einem kleinen Gefängnis entlassen worden zu sein, sich aber nun angesichts seines Berufsverbots in einem größeren Gefängnis wiederfinde.

Gleichwohl hat er das Verbot, weitere Filme zu drehen, bisher dreimal missachtet. Im Jahr 2011 drehte er den Streifen *Dies ist kein Film*, in dem zu sehen ist, wie er in seinem eigenen Zuhause in Teheran am Küchentisch sitzt, mit seinem Anwalt spricht und auf seine Inhaftierung wartet. 2014 folgte der Film *Geschlossener Vorhang*, der von einem Drehbuchautor handelt, der mit seinem Hund in seinem Haus am Meer lebt, hinter geschlossenen Vorhängen. 2015 spielte Jafer Panahi in seinem preisgekrönten Film *Taxi Teheran* einen Taxifahrer, der durch die Straßen Teherans fährt und mit Fahrgästen spricht, u. a. mit Nasrin Sotoudeh, mit der er sich den Sacharow-Preis teilt.

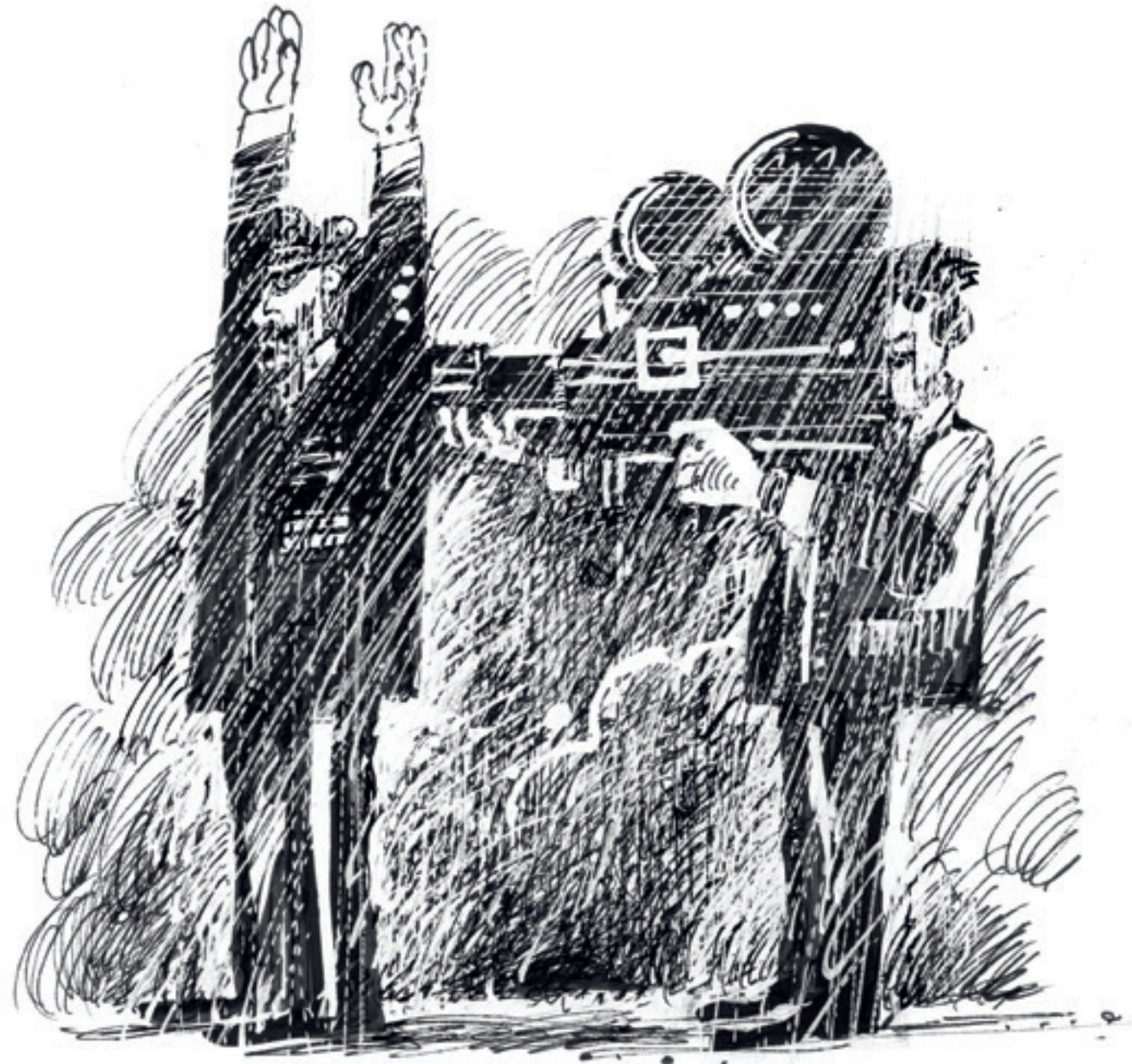
Panahi sieht sich selbst nicht als politischen Menschen, sondern als jemanden, der gewillt ist, Ungerechtigkeit aufzudecken. Er hat Stellung gegen die Zensur im Iran bezogen und Präsident Rohani dafür kritisiert, seine Wahlversprechen in diesem Zusammenhang nicht eingehalten zu haben. Darüber hinaus hat er die Kampagne *Schritt für Schritt* ins Leben gerufen, deren Ziel die Abschaffung der Todesstrafe im Iran ist.

Die Filme von Jafer Panahi sind für ihre humanistische und realistische Sichtweise auf das Leben bekannt.

2012

JAFAR

PANAHI



MOHAMED BOUAZIZI (1984–2011) war der Auslöser der Jasminrevolution in Tunesien und eine Inspiration für die Demokratiebewegungen, die im Jahr 2011 den Nahen Osten und Nordafrika ergriffen – den sogenannten Arabischen Frühling.

Er war ein hart arbeitender Mann aus ärmlichen Verhältnissen, der ab dem Alter von zehn Jahren seine Familie versorgen musste, indem er Obst auf dem Markt verkaufte. Mohamed Bouazizi verließ die Schule im Alter von 19 Jahren, um die Ausbildung seiner jüngeren Geschwister unterstützen zu können.

Er starb am 4. Januar 2011 im Alter von 26 Jahren infolge seiner Selbstverbrennung aus Protest gegen ein System, das ihn daran hinderte, einen angemessenen Lebensunterhalt zu verdienen. Er wurde oft Opfer der tunesischen Strafverfolgungsbeamten, die ihm Strafen auferlegten, seine Produkte und seine Waagen konfiszierten und ihn zuletzt sogar auf den Boden niederrangen. Seine Familie ist der Ansicht, dass ihn die Erniedrigung und nicht die Armut zur Selbstverbrennung getrieben hat, nachdem er Gerechtigkeit gesucht hatte und ihm ebendiese verweigert wurde. Mohamed Bouazizi übergoss sich selbst mit Benzin und zündete sich vor den Toren des Regierungsgebäudes in der kleinen Stadt Sidi Bouzid an. Er war ein beliebter Mann, der seine Produkte den ärmeren Familien umsonst anbot und dessen Notlage das Leben vieler Menschen widerspiegelte. Seine Tat führte rasch zu Protesten, die sich schnell ausbreiteten, und Tunesier aus allen Schichten gingen gegen eine korrupte Regierung, hohe Arbeitslosigkeit und die Einschränkungen ihrer Freiheiten auf die Straße.

Mohamed Bouazizi war noch am Leben, hatte große Schmerzen und war von Kopf bis Fuß in Verbände gewickelt, als das autoritäre Regime von Präsident Zine al-Abidine Ben Ali, der seit 1987 an der Macht war, zu bröckeln begann.

Zehn Tage nach dem Tod von Mohamed Bouazizi wurde Präsident Ben Ali zum Rücktritt und zur Flucht aus dem Land gezwungen, als Demonstranten, von denen viele ein Bild von Mohamed Bouazizi trugen, in Tunis demonstrierten.

Die Familie von Mohamed Bouazizi findet Trost in der Tatsache, dass sein Tod nicht vergebens war, da seine Tat einen Volksaufstand beflügelte und despotische Regierungen in Tunesien und anderen Staaten der arabischen Welt erschütterte. Unter der arabischen Jugend verbreitete sich das Bewusstsein, dass sie ihren Unmut äußern und für ihre Würde kämpfen kann, wenn sie sich Ungerechtigkeit, Korruption und autokratischer Herrschaft gegenübersehen.

Der Arabische Frühling und sein früher Optimismus befinden sich nun im Stillstand, und einige seiner Errungenschaften wurden umgekehrt, doch das Geburtsland der Bewegungen, das Tunesien von Mohamed Bouazizi, setzt seinen Weg hin zu Demokratie und Gedankenfreiheit trotz terroristischer Anschläge mit Todesopfern und trotz Sicherheitsbedenken entschlossen fort.

2011
MOHAMED
BOUAZIZI



ALI FERZAT ist der bekannteste politische Satiriker und Karikaturist in Syrien und eine der berühmtesten Persönlichkeiten des Kulturlebens in der arabischen Welt. 2012 wurde er vom Nachrichtenmagazin „Time“ unter die 100 einflussreichsten Menschen der Welt gewählt.

Ali Ferzat wurde 1941 in Hama geboren. Er hat mehr als 15 000 Karikaturen in syrischen und internationalen Zeitungen veröffentlicht und Auszeichnungen für die satirische Darstellung von Diktatoren wie Saddam Hussein und Muammar Gaddafi, als sie in Irak bzw. Syrien regierten, gewonnen. Seine Arbeit sprengte die Grenzen der Meinungsfreiheit in Syrien und zielte auf die gefürchteten Sicherheitskräfte ab. Als der Arabische Frühling Syrien im Jahr 2011 erreichte, wurden seine Angriffe auf Regierungsvertreter, insbesondere auf Präsident Baschar al-Assad, direkter. Syrier, die gegen das Regime protestierten, hielten seine Karikaturen in den Straßen hoch.

Nachdem er eine Karikatur veröffentlicht hatte, die Präsident Baschar al-Assad zeigte, wie er versucht, als Anhalter mit dem libyschen Diktator Muammar Gaddafi in einem schnellen Fluchtauto mitzufahren, wurde er auf dem Umayyad-Platz in Damaskus von maskierten Männern angegriffen, die ihn brutal verprügelten, ihm die Finger brachen und schrien, er solle Präsident Baschar al-Assad respektieren und der Obrigkeit gehorchen. Er wurde durch den Angriff bewusstlos und wurde von dem Auto, in das seine Angreifer ihn gestoßen hatten, durch die Straßen geschleift, bis man ihn totgegläubt auf der Straße liegen ließ.

Ali Ferzat erholte sich nicht nur so weit, dass er seine Hände wieder benutzen kann, sondern er durchbrach auch die Mauer der Furcht, indem er durch seine Worte und seine Kunst zu einem der offensten Kritiker des Regimes wurde. Er hat mehrere Auszeichnungen gewonnen und ist Leiter der arabischen Karikaturistenvereinigung.

Da er nicht in der Lage war, den Sacharow-Preis bei der Verleihung im Jahr 2011 entgegenzunehmen, weil er sich wegen seiner Verletzungen in Behandlung in Kuwait befand, wurde ihm der Preis bei der öffentlichen Debatte des Sacharow-Netzes im Europäischen Parlament im Jahr 2012 verliehen, wo er mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments und anderen Preisträgern, die sich im Arabischen Frühling hervorgetan hatten, über die Revolution in Syrien und die Zukunft der Demokratie nach dem arabischen Erwachen diskutierte. Als Sacharow-Preisträger sprach er 2012 auf der ersten Veranstaltung des Weltforums für Demokratie des Europarats.

Im Jahr 2015 war Ali Ferzat der Hauptredner bei der Debatte des Sacharow-Netzes über Syrien im Europäischen Parlament und betonte die Rolle der regionalen „Sponsoren“ der Konfliktparteien in Syrien und die Notwendigkeit internationalen Drucks zur Beendigung der Kämpfe.

Die Illustrationen der anderen Sacharow-Preisträger in diesem Buch stammen aus seiner Feder. Er setzt sein einzigartiges künstlerisches und humanistisches Verständnis ein und leistet damit einen außerordentlichen Beitrag zu den Menschenrechten für alle.



ASMAA MAHFOUZ ist eine ägyptische Menschenrechtsaktivistin und Mitbegründerin der Jugendbewegung des 6. April. Als der Funke der tunesischen Revolution Anfang 2011 auf Ägypten übersprang, trotzte sie dem harten Durchgreifen des Regimes von Hosni Mubarak gegen Aktivisten und veröffentlichte auf Plattformen sozialer Medien Aufrufe an ihre Mitbürger, auf dem Tahrir-Platz friedlich für Freiheit, menschenwürdige Verhältnisse und die Menschenrechte zu demonstrieren. Ihr Video verbreitete sich in Windeseile und wurde etwa 80 Millionen Mal angeklickt. Es löste eine Welle ähnlicher Videos aus, sodass sich ab dem 25. Januar 2011 Hunderttausende auf dem Tahrir-Platz versammelten und lautstark das Ende der 30 Jahre währenden Herrschaft von Präsident Mubarak forderten, bis er am 11. Februar 2011 von seinem Amt zurücktrat.

Als sie den Sacharow-Preis annahm, bezeichnete Asmaa Mahfouz den Preis als eine „Huldigung der Helden der Revolution“. Diese Auszeichnung gehe an alle jungen Ägypter, an Menschen, die ihre Leben geopfert hätten, sagte sie im Europäischen Parlament. Sie fügte hinzu, dass man diese Menschen nicht enttäuschen werde und den Weg, den sie eingeschlagen hätten, fortsetzen werde, um dafür zu sorgen, dass dieser Traum erfüllt werde.

Asmaa Mahfouz wurde im Oktober 2011 wegen Verleumdung der Militärführung festgenommen, die nach dem Fall von Hosni Mubarak die Macht übernommen hatte. Sie wurde im März 2012 in Abwesenheit verurteilt, jedoch hob im Mai 2012 ein Berufungsgericht ihre Verurteilung auf. Nachdem Ägypten 2014 nach der Vertreibung des islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi im Jahr 2013 und nach einer Zeit einer militärisch gestützten Übergangsregierung den ehemaligen Armeechef Abdel Fattah al-Sisi zum Präsidenten des Landes gewählt hatte, war Asmaa Mahfouz jedoch zunehmend mit Gewalt, Bedrohungen und Überwachung konfrontiert. Als das harte Durchgreifen des Staates, das zunächst gegen die Muslimbruderschaft gerichtet war, ausgeweitet wurde, um gegen die kritischen Stimmen und bekannten Ikonen der Revolution des 25. Januar vorzugehen, wurde im April 2014 die Jugendbewegung des 6. April, der Asmaa Mahfouz angehörte, von einem ägyptischen Gericht verboten,

und drei ihrer Anführer, Ahmed Maher, Mohammed Adel und Ahmed Douma, wurden zu dreijährigen Haftstrafen, u. a. wegen illegaler Proteste, verurteilt.

2015 engagierte sich Asmaa Mahfouz in der neuen Bewegung *Bidayya* (Anfang). Im Mai 2015 wurden gegen sie und die Gründer von *Bidayya* Ermittlungen wegen des Vorwurfs der Anstiftung zur Staatsgefährdung aufgenommen, und sie wurde mit einem Reiseverbot belegt.



AHMED AL-SENUSSI

wurde im Jahr 1934 geboren und war in Libyen die Person mit der längsten Haftzeit als Gefangener aus Gewissensgründen. Heute ist er ein entschiedener Befürworter der libyschen Aussöhnung.

Ahmed al-Senussi wurde 1970 wegen eines versuchten Staatsstreichs gegen den Diktator Muammar Gaddafi, der den ersten und einzigen libyschen König Idris im Jahr 1969 abgesetzt hatte, zum Tode verurteilt und verbrachte insgesamt 31 Jahre im Gefängnis. Während seiner Haft musste er Folter ertragen, und er verbrachte neun Jahre in Einzelhaft in einer Zelle, die so klein war, dass er darin nicht aufrecht stehen konnte. Sein Todesurteil wurde 1988 umgewandelt, und er wurde 2001 gemeinsam mit Dutzenden weiteren politischen Gefangenen aus dem berüchtigten Gefängnis Abu Salim entlassen.

Ahmed al-Senussi beschreibt das Gaddafi-Regime als 42 Jahre Leiden, Unterdrückung und Korruption. Es habe zur Auslöschung der libyschen Identität geführt. Seine Motivation, Gaddafi stürzen zu wollen, bestehe darin, den Menschen die Möglichkeit zu geben, zwischen einer Monarchie und einer konstitutionellen Republik zu wählen, da er die Zerstörung von Staaten durch militärische Führungen in Syrien und Irak miterlebt habe. Er ist der Auffassung, dass Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der Menschen in der Natur von Militärdiktaturen liegen.

Als ein von der NATO unterstützter Volksaufstand Gaddafi im Jahr 2011 zu Fall brachte, übernahm Ahmed al-Senussi als Teil des Nationalen Übergangsrates, der bis zu der Wahl im Jahr 2012 de facto die Regierung Libyens war, die Zuständigkeit für politische Häftlinge.

Al-Senussi ist ein anerkannter Stammesführer und wurde – vor dem Hintergrund der Gesetzlosigkeit, Instabilität und bewaffneten Kämpfe der unterschiedlichen Gruppen um Kontrolle – zum Zentrum der Föderalismusbewegung in Libyen. Er wurde 2012 von 3 000 Delegierten aus der Region zum Vorsitzenden des Übergangsrats der Kyrenaika gewählt. Dieser Rat, der weder über rechtliche Befugnisse verfügt noch militärisch gestützt ist, sprach sich für ein hohes Maß an Autonomie für die Region aus.

Da die Kämpfe in Libyen den anfänglichen Weg hin zur Demokratie zum Scheitern gebracht haben – und das Land jetzt zwei Regierungen hat, eine in Tripolis und eine in Tobruk, und der Islamische Staat im Osten des Landes Fuß fasst –, setzt sich Ahmed al-Senussi für einen inklusiven Prozess der Versöhnung als einzigen Weg zum Frieden ein. Er spricht sich gegen ein weiteres militärisches Einschreiten aus und unterstützt die Abhaltung eines Referendums, um über die Gestalt eines künftigen libyschen Staates zu entscheiden.

Er selbst wünscht sich eine föderale Zentralregierung und die unabhängige Verwaltung der drei libyschen Provinzen Tripolitaniern, Barqa (Kyrenaika) und Fessan. Er ist ein starker Befürworter der Wiedereinführung der Verfassung von 1951, auf deren Grundlage der Föderalismus während der meisten Zeit der konstitutionellen Monarchie unter König Idris die Norm war. Obwohl er ein Großneffe des Königs ist, lehnt er eine Rückkehr zur Monarchie ab.

Al-Senussi hat über das Europäische Parlament, das Sacharow-Netz und weitere internationale Organisationen an die internationale Gemeinschaft appelliert, Libyen dabei zu unterstützen, die Institutionen aufzubauen, die erforderlich sind, um die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte für die gesamte libysche Bevölkerung sicherzustellen.

2011

AHMED

AL-SENUSSI



RAZAN ZAITOUNEH ist eine syrische Journalistin und Menschenrechtsanwältin, die am 9. Dezember 2013 in einem von Rebellen besetzten Gebiet am Stadtrand von Damaskus entführt wurde. Von ihr fehlt nach wie vor jede Spur. Ihre Entführer und ihr Aufenthaltsort sind bisher nicht bekannt. Obwohl sie bedroht wurde, verurteilte Razan Zaitouneh mutig die Menschenrechtsverletzungen sowohl durch das Regime in Damaskus als auch die Rebellenkämpfer. Sie wurde zusammen mit ihrem Ehemann und Mitstreiter Wael Hamada sowie zwei Kollegen – dem Dichter und Anwalt Nazem Hammadi und der ehemaligen politischen Gefangenen Samira Khalil – aus dem Büro der zwei von ihr gegründeten Organisationen, dem „Violations Documentation Centre“ (VDC) und dem „Local Development and Small Projects Support Office“ (LDSPS), in Duma entführt.

Razan Zaitouneh ist eine der bekanntesten und glaubwürdigsten zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen der syrischen Revolution. Ihre Entführung wird von syrischen Kommentatoren als bezeichnend für die Spaltung erachtet, die in Syrien zwischen den zivilen Kräften und den Extremisten stattfindet, und als ein Ereignis, das der syrischen Revolution einen schweren Schlag versetzt hat.

Ihre Familie hat um internationale Hilfe ersucht, um sie und ihre Kollegen zu finden. In einer im April 2014 veröffentlichten Erklärung ihrer Familie heißt es: „Wir, die Familie von Razan Zaitouneh, der Menschenrechtsaktivistin, der Anwältin, der Schriftstellerin und vor allem dem Menschen, geben diese Erklärung mehr als drei Monate nach der vorsätzlichen Entführung von Razan Zaitouneh ab, zu der sich keine Partei bisher bekannt oder eine Erklärung bzw. Forderung veröffentlicht hat, was einen eindeutigen Versuch darstellt, sich Zeit zu erkaufen und die freien Stimmen unserer Tochter und ihrer Kollegen zu unterdrücken, um sie dazu zu zwingen, mit dem Schreiben aufzuhören und sie an der Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung zu hindern.“

Aktivisten und Politiker aus der ganzen Welt haben ihre Freilassung gefordert, darunter auch Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments. „Im Namen des Europäischen Parlaments fordere ich ihre sofortige Freilassung. [...] Sie wurde von dem Regime und den Rebellengruppen für das, was sie war, eine mutige junge Frau, die sich weigert, Kompromisse einzugehen, und weiterhin friedlich für Demokratie und ein freies Syrien kämpft, mit dem Leben bedroht.“

2014 tat sich das Europäische Parlament mit Dutzenden nichtstaatlichen Organisationen, der europäischen Öffentlichkeit und den anderen Sacharow-Preisträgern zusammen, um mit der Kampagne #FreeRazan ihre Freilassung zu fordern. Ihre Familie hat die Überzeugungen, die Razan Zaitouneh vertritt, in Initiativen des Europäischen Parlaments und des Sacharow-Netzes im Bereich der Menschenrechte betont.

Zum Zeitpunkt der Preisverleihung im Jahr 2011 war sie nach ihrer Flucht vor staatlichen Sicherheitskräften, die eine Razzia in ihrem Haus durchführten, untergetaucht. Sie weigerte sich jedoch, Syrien zu verlassen.

Ihr Anteil des Sacharow-Preisgeldes wurde dafür verwendet, das Leben einer befreundeten Person aus Aktivistenkreisen, die durch Panzerfeuer verletzt worden war, zu retten.



GUILLERMO FARIÑAS, kubanischer Doktor der Psychologie, unabhängiger Journalist und politischer Dissident, ist über die Jahre 23-mal in den Hungerstreik getreten, um für einen friedlichen politischen Wandel sowie die Meinungsfreiheit in Kuba einzutreten.

Sein siebenmonatiger Hungerstreik im Jahr 2006 machte weltweit auf die Internetzensur in Kuba aufmerksam und führte für ihn zu schweren gesundheitlichen Problemen.

Im Februar 2010 begann er nach dem umstrittenen Tod des Gefangenen Orlando Zapata einen Hunger- und Durststreik, der 134 Tage andauerte und mit dem er die Befreiung politischer Häftlinge forderte, die nach jahrelanger Inhaftierung krank geworden waren. Er beendete seinen Hunger- und Durststreik erst, nachdem die kubanische Regierung angekündigt hatte, sie würde 52 politische Häftlinge entlassen.

Guillermo Fariñas war es nicht gestattet, Kuba zu verlassen, um an der Verleihung des Sacharow-Preises 2010 im Europäischen Parlament teilzunehmen. Nachdem die kubanische Regierung die Reisebeschränkungen für die Kubaner gelockert hatte und die „Damen in Weiß“ (Damas de Blanco) nach einem Besuch im Parlament nach Kuba zurückgekehrt waren, sprach Guillermo Fariñas 2013 anlässlich einer Zeremonie zur Verleihung des Sacharow-Preises vor dem Europäischen Parlament.

Er stellte in seiner Dankesrede fest: „Heute bin ich hier, nicht weil sich die Lage grundlegend geändert hätte, sondern wegen der Realitäten der modernen Welt und vor allem wegen des zunehmenden zivilen Ungehorsams der Kubaner, der das Regime dazu gezwungen hat – wie der legendäre Fürst Don Fabrizio aus ‚Der Leopard‘ sagte –, etwas zu ändern, damit sich nichts ändert.“ Guillermo Fariñas ist seitdem ein aktives Mitglied des Sacharow-Netzes.

2015 nahm er seine Funktion als Koordinator des *Foro Antitotalitario Unido* (Vereinigtes Antitotalitäres Forum) wieder auf, nachdem er diese Bewegung kurz zuvor mit der Dachorganisation der Opposition *Unión Patriótica de Cuba* (Patriotische Union Kubas) zusammengeführt hatte, und vertrat Letztere als Sprecher. Guillermo Fariñas verließ die Dachorganisation im Guten, da seine Ansichten zu der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba, die im Dezember 2014 angekündigt und 2015 verwirklicht wurde, mit denen von anderen führenden Personen der Organisation auseinandergingen. Er sieht diese Entwicklung als Betrug der kubanischen Demokraten, die ein Versprechen des US-Präsidenten Barack Obama aus dem Jahr 2013 an die Sprecherin der Damen in Weiß Berta Soler und an ihn, die Zivilgesellschaft und die gewaltfreie Opposition zu allen Maßnahmen gegenüber Kuba zu konsultieren, gebrochen hätten.

2015 begann Guillermo Fariñas, die 10 000 benötigten Unterschriften zu sammeln, die laut kubanischer Verfassung notwendig sind, damit in das neue, von der Regierung Raúl Castros für die Wahlen im Jahr 2018 angekündigte Wahlgesetz die Anerkennung und Legalisierung der bestehenden politischen Bewegungen, das aktive und passive Wahlrecht für alle kubanischen Bürger, auch für die im Ausland lebenden, und die internationale Wahlbeobachtung aufgenommen werden.

Wegen seines Engagements wurde Guillermo Fariñas in den letzten Jahren mit dem Tod und der Einlieferung in eine psychiatrische Klinik gedroht, er wurde verprügelt und ins Krankenhaus eingeliefert sowie wiederholt verhaftet und festgenommen, u. a. bei der Beerdigung von Oswaldo Payá, einem weiteren Sacharow-Preisträger und kubanischen Dissidenten.

2010
GUILLERMO
FARIÑAS



OLEG ORLOW, SERGEJ KOWALJOW und LJUDMILA

ALEXEJEWNA erhielten im Jahr 2009 stellvertretend für die Organisation Memorial und alle anderen Menschenrechtsaktivisten in Russland den Sacharow-Preis.

Memorial wurde im Jahr 1988 in der Sowjetunion mit dem Ziel gegründet, die Massenunterdrückung unter der Herrschaft Stalins aufzudecken und die Erinnerung an die Opfer wachzuhalten; dieser Auftrag ist bis heute von Bedeutung. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde die Organisation international tätig und hatte Zweige und Partner-NRO in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Die Ziele von Memorial wurden seitdem auf die Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen in Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken erweitert. Unter den Gründern war auch Andreij Sacharow, der zusammen mit Ljudmila Alexejewna die Moskauer Helsinki-Gruppe gegründet hatte.

Oleg Orlow ist Vorstandsmitglied der internationalen Gesellschaft Memorial und seit 1994 einer der führenden Vertreter von Memorial. Er hat Beweise für Entführungen im Osten der Ukraine im Zuge der Kämpfe zwischen den prorussischen Separatisten und den ukrainischen Streitkräften gesammelt und stellte Praktiken fest, die mit den Entführungen vergleichbar sind, die Memorial jahrzehntelang während der zwei Kriege in Tschetschenien, wo er selbst entführt wurde, dokumentiert hat.

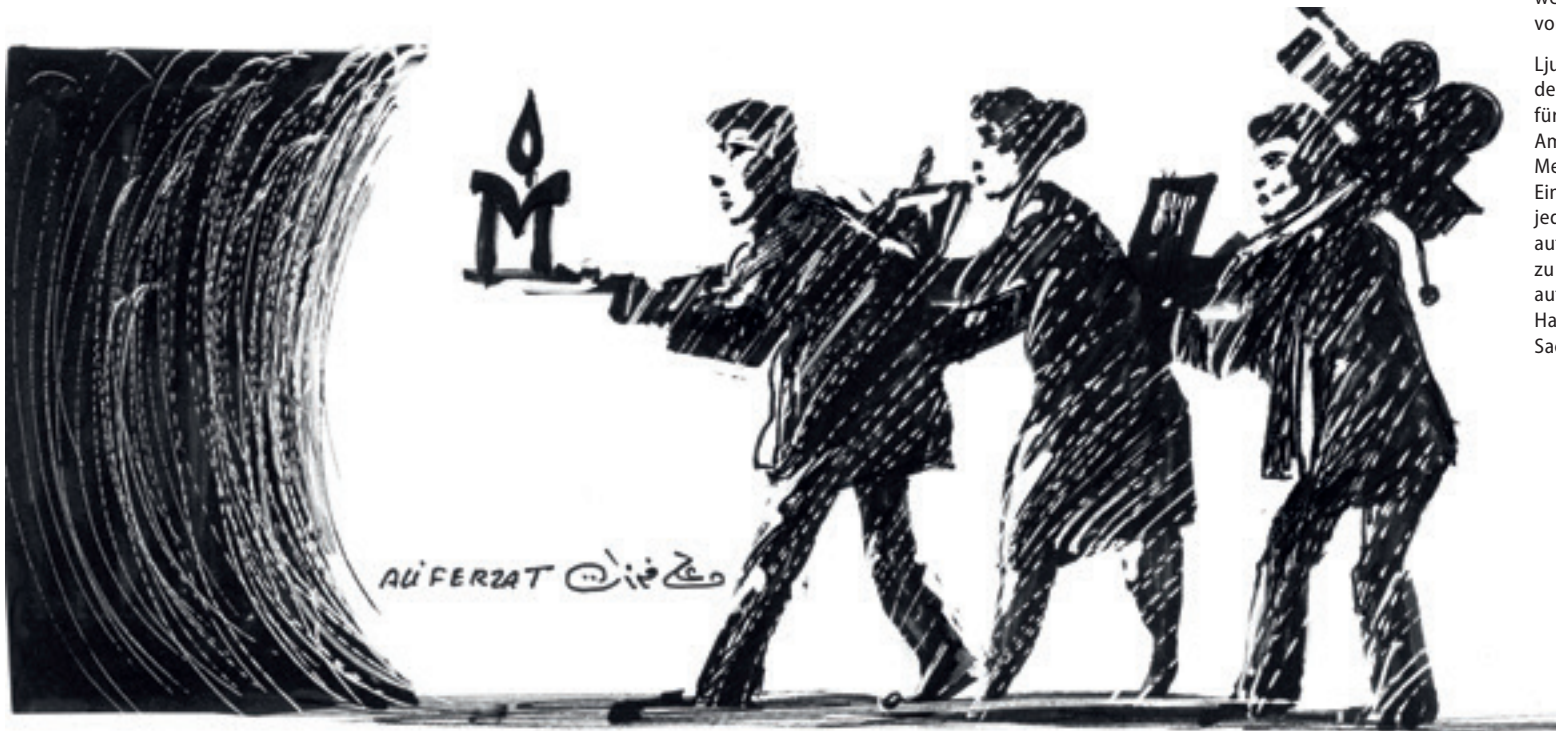
Sergej Kowaljow, der langjährige Vorsitzende von Memorial Russland, ist bekannt dafür, dass er im Jahr 1995 die Entlassung von etwa 2 000 Menschen aushandelte, die von tschetschenischen Rebellen in einem Krankenhaus in Budjonnowsk gefangen gehalten wurden. Das war das einzige Mal, dass ein terroristischer Angriff in Russland nicht mit dem Tod zahlreicher Geiseln endete. Er beschuldigt Russland

der Einmischung in ukrainische innere Angelegenheiten und der Provokation des Krieges im Osten.

Im Laufe der Jahre wurden Memorial-Mitglieder und enge Mitarbeiter bedroht, entführt und ermordet. Im Jahr 2014 wurde Memorial von den russischen Behörden als „ausländischer Agent“ gelistet, nachdem ein Gesetz aus dem Jahr 2012 geändert worden war und den Behörden nun gestattete, nichtstaatliche Organisationen, die Mittel von außerhalb Russlands erhalten, ohne ihr Einverständnis als „ausländische Agenten“ zu registrieren. In Russland sei „ausländischer Agent“ gleichbedeutend mit „Spion“, erklärte Kirill Koroteev, leitender Rechtsanwalt von Memorial, vor dem Unterausschuss Menschenrechte des Europäischen Parlaments. Im September 2014 strengte das Justizministerium ein Gerichtsverfahren gegen Memorial an mit dem Argument, die Charta und die Struktur der Organisation liefen den nationalen Rechtsvorschriften zuwider. Der Prozess hätte zur Auflösung von Memorial führen können. Im Januar 2015 entschied das Gericht jedoch zugunsten von Memorial und lehnte die Klage des Ministeriums ab. Im Frühjahr 2014 legte der Moskauer Zweig von Memorial (Memorial-Zentrum für Menschenrechte) Widerspruch gegen die Einstufung „als ausländischer Agent“ ein, verlor jedoch das Verfahren. Nach Auffassung von Natalia Sokolova, Exekutivdirektorin von Memorial, sieht die Zukunft für Memorial düster aus: „Bedauerlicherweise gibt die derzeitige Lage wenig oder keinen Grund zur Hoffnung, dass wir als juristische Person tätig sein können, und wenn doch, für wie lange? Viele von uns haben jedoch noch nicht aufgegeben, mit allen rechtlichen Mitteln dafür zu kämpfen, dass das Recht, sich frei mit anderen zusammenzuschließen, irgendwann zur Realität wird.“

Ljudmila Alexejewna ist eine dieser mutigen Menschen, die den Kampf um die Freiheit in Russland nicht verlieren möchten. Als Leiterin der Moskauer Helsinki-Gruppe weigerte sie sich, die Gruppe als „ausländischen Agenten“ zu registrieren, und zog es vor, ohne ausländische Mittel weiter für die Menschenrechte zu kämpfen.

Ljudmila Alexejewna wurde 1927 geboren und ist eine der wenigen Dissidenten aus der Sowjetzeit, die im modernen Russland noch aktiv sind; sie ist dafür bekannt, sich für faire Prozesse gegen Dissidenten einzusetzen. Im Jahr 2012 legte Alexejewna ihr Amt als Mitglied des russischen Präsidenschaftsrates für die Zivilgesellschaft und Menschenrechte aus Enttäuschung darüber nieder, dass der Rat keinen wirklichen Einfluss auf die Lage der Menschenrechte im Land hatte. 2012 beschloss Alexejewna jedoch, wieder Mitglied des Rates zu werden, um den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Untersuchung der Anwendung des Gesetzes „über ausländische Agenten“ zu legen, zu deren Zielscheibe eine wachsende Zahl von NGO geworden ist, sowie auf die Tätigkeit der Gerichte und die zahlreichen Menschenrechtsverstöße in den Haftanstalten. Memorial-Vertreter und Ljudmila Alexejewna beteiligen sich aktiv im Sacharow-Netz und sind wichtige Ansprechpartner des Europäischen Parlaments.



HU JIA ist einer der freimütigsten und angesehensten Demokratieverfechter Chinas. Er lebt unter ständiger Überwachung und erträgt Zeiten von willkürlicher Inhaftierung, ständige Bedrohung, Schläge und Schikane, die bereits derart eskaliert sind, dass er sich seines Lebens bedroht fühlt und Angst um seine Familie hat.

Hu Jia ist auch ein Menschenrechts- und Umweltaktivist, der sich im Zusammenhang mit Aids bereits engagierte, als das HI-Virus und Aids in China noch verbotene Themen und die Anzahl der vermuteten Fälle ein „Staatsgeheimnis“ waren.

Er hat immer wieder eine offizielle Untersuchung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens und eine Entschädigung für die Familien der Opfer gefordert. Er wird jedes Jahr um den Jahrestag der Tötungen am Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni unter Hausarrest gestellt, seit er im Jahr 2004 Blumen zu dem Platz brachte.

Im Jahr 2007 machte er mutig im Rahmen eines Konferenzgesprächs per Telefon vor dem Unterausschuss Menschenrechte des Europäischen Parlaments darauf aufmerksam, dass eine Million Menschen vom chinesischen Ministerium für nationale Sicherheit wegen ihres Kampfes für die Menschenrechte verfolgt werden; viele sind im Gefängnis eingesperrt und werden in Arbeitslagern oder psychiatrischen Kliniken festgehalten. Er forderte, dass das Jahr 2008, das Jahr der Olympischen Spiele in Peking (Beijing), in China zum Jahr der Menschenrechte wird. Als unmittelbare Folge hiervon wurde Hu Jia am 27. Dezember 2007 festgenommen, der „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt“ angeklagt und am 3. April 2008 zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt; darüber hinaus wurden ihm für ein Jahr seine politischen Rechte entzogen.

Als bekannt gegeben wurde, dass ihm aus Anlass des 20. Jahrestags der Verleihung des Sacharow-Preises diese Ehrung zuteilwerden sollte, übte die Staatssicherheit auf ihn und seine Eltern Druck aus, um ihn dazu zu bringen, die Auszeichnung abzulehnen. Hu Jia nahm den Preis mutig an und nannte ihn „eine wichtige Auszeichnung für China“. Seine damalige Frau Zeng Jinyan, die 2007 ebenfalls für den Preis nominiert war, erklärte in einer Videoaufnahme, die für die Verleihung, an der Hu Jia nicht teilnehmen konnte, aufgezeichnet worden war, dass der Preis eine Bestätigung für die chinesischen Menschenrechtsverteidiger auf dem langen und steinigen Weg der Verteidigung der Menschenrechte sei, für den sie und ihre Angehörigen einen enorm hohen Preis zahlen.

In einem Brief an den Präsidenten des Europäischen Parlaments schrieb Hu Jia im Juli 2012, dass er den Preis als eine „wahrhaft große Ehre“ ansehe, die ihn ermutige und seine Behandlung im Gefängnis entscheidend verbessere.

Er wurde im Juni 2011 entlassen. Er blieb in China, um seine offene Kritik an der Unterdrückung von innen fortzusetzen und das anhaltende scharfe Vorgehen unter Präsident Xi Jinping gegen die Aktivisten anzuprangern, das er als ein Zeichen der Nervosität eines Regimes bezeichnet, das seine Macht gegen eine immer größer werdende Welle der Demokratie aufrechtzuerhalten sucht.

Als Koordinator der „Barfußanwälte“, einer informellen Gruppe von Rechtsbeiständen, die Menschenrechtsaktivisten in China verteidigen, hat Hu Jia auch davor gewarnt, dass der Entwurf des neuen chinesischen Gesetzes zur Terrorismusbekämpfung das Recht auf einen Anwalt für die des Terrorismus Beschuldigten einschränken werde, da jemand in China, wenn es heißt, er sei ein Terrorist, ein Terrorist ist, weil die Regierung die Propaganda beherrsche.



SALIH MAHMOUD MOHAMED OSMAN, ein sudanesischer Rechtsanwalt, hatte bereits mehr als zwei Jahrzehnte lang Menschen kostenlosen Rechtsbeistand geleistet, die im Sudan willkürlich inhaftiert und gefoltert wurden sowie schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren, als ihm das Europäische Parlament im Jahr 2007 einstimmig den Sacharow-Preis verlieh.

„Ich stamme aus Darfur und wurde in Jebel Marra geboren. Lange Jahre war ich in Darfur im Sudan als Rechtsanwalt tätig. Aufgrund meiner Arbeit war ich immer wieder Inhaftierungen und Folter ausgesetzt. Angehörige meiner Familie wurden von den Milizen in Darfur gefoltert und vertrieben. Viele Jahre habe ich bei meiner Arbeit Tausende von Menschen vertreten, die meine Hilfe vor den Gerichten benötigten. Ich habe Tausende von Menschen gesehen, die gefoltert worden sind, und Hunderte von Frauen und Mädchen, die sexuellem Missbrauch zum Opfer gefallen sind“, erklärte Salih Mahmoud Osman gegenüber dem Europäischen Parlament, als er den Preis annahm.

Er wurde selbst mehrmals inhaftiert, jedoch wurde er nie wegen eines Verbrechens angeklagt. Er hat Verbrechen katalogisiert, die seit Ausbruch des Krieges in Jebel Marra im Jahr 2003 stattgefunden haben, als Rebellengruppen, die sich aus afrikanischen Stämmen formiert hatten, gegen die arabisch dominierte Regierung kämpften, der sie Diskriminierung vorwarfen, und Vergeltungsmaßnahmen durch arabische Milizen ausgesetzt waren.

Salih Mahmoud Osman engagiert sich aktiv für den Schutz von Millionen von Menschen aus Darfur, die durch die anhaltenden Kämpfe in Darfur, die sich 2015 verstärkt haben, von ihrem Zuhause vertrieben wurden. Mehr als vier Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe. Salih Mahmoud Osman betont, dass die Ursachen, die den Krieg entfacht hätten, einschließlich der Landenteignung und politischen Ausgrenzung, noch nicht gelöst worden seien, sondern eher durch weitere nicht erfüllte Forderungen, die nationalen Gesetze mit internationalen Standards in Einklang zu bringen und die Unabhängigkeit der Justiz zu gewährleisten, verschlimmert worden seien.

Salih Mahmoud Osman war von 2005 bis 2010 als Vertreter der Opposition Mitglied des sudanesischen Parlaments. Er ist ein entschiedener Unterstützer des Internationalen Strafgerichtshofs, da sich die Afrikaner aufgrund des Fehlens eines angemessenen Rechtssystems in Afrika an niemanden wenden könnten, um Gerechtigkeit und Entschädigung zu fordern. Er unterstützt die Anklageerhebung wegen Kriegsverbrechen gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Al-Baschir, der 2015 weiterhin der Festnahme durch den Internationalen Strafgerichtshof entkam.

Salih Mahmoud Osman leistet weiterhin kostenlosen Rechtsbeistand für die zunehmende Zahl der Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Darfur. Er ist an den Maßnahmen des Sacharow-Netzes zur Verteidigung der Menschenrechte beteiligt und spricht sich gegen Folter und Straflosigkeit aus.



ALJAKSANDR MILINKEWITSCH ist der führende Vertreter der demokratischen Opposition „Bewegung für Freiheit“ in Weißrussland, der den Mut hatte, die letzte Diktatur Europas herauszufordern, wie der damalige Präsident des Parlaments Borrell Fontelles erklärte, als er ihm 2006 den Sacharow-Preis verlieh.

Der Wissenschaftler Aljaksandr Milinkewitsch wurde im Oktober 2005 zum gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der Vereinigten Demokratischen Opposition gewählt. Er forderte eine wahrhaft demokratische Zukunft für die ehemalige Sowjetrepublik und präsentierte sich selbst als wirkliche Alternative zum autoritären Regierungssystem von Präsident Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko, dessen Sieg von der Opposition in Weißrussland und im Ausland wegen Wahlmanipulation schwer kritisiert worden war. Nachdem er die Wahl angefochten hatte, wurde Milinkewitsch unter verschiedenen Vorwänden verhaftet, aber es wurde nie Anklage gegen ihn erhoben.

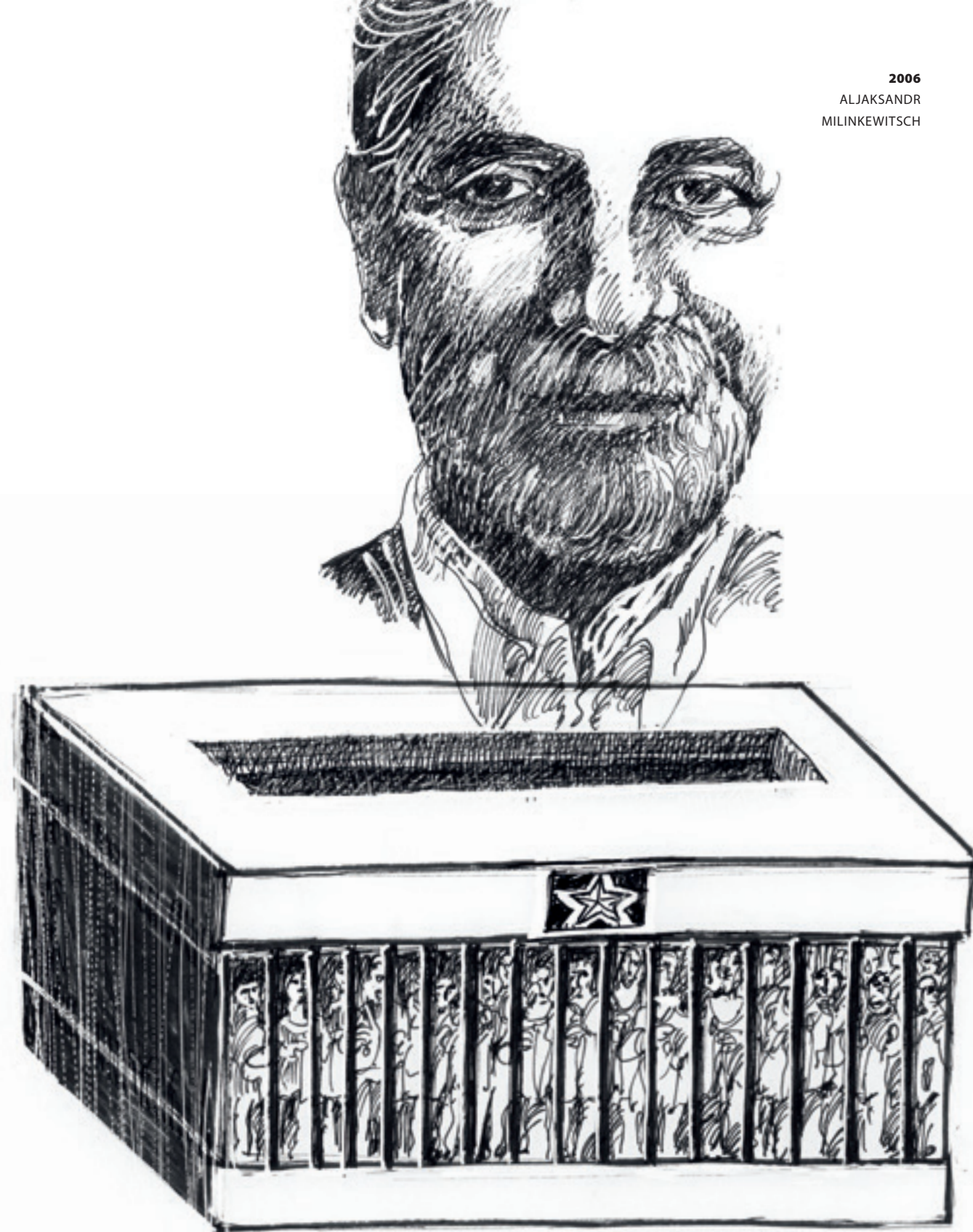
Er trat bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2010 nicht an, da er der Ansicht war, dass sich an den nationalen Wahlgesetzen nichts geändert hätte, um eine faire, freie und offene Wahl zu gewährleisten. Aljaksandr Milinkewitsch prangerte die weitere Verschlechterung der Menschenrechtslage nach dieser Wahl in Weißrussland an, durch die Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko im Amt bestätigt wurde.

Als Sacharow-Preisträger und Oppositionsführer wird Aljaksandr Milinkewitsch regelmäßig von den mit Weißrussland befassten Gremien des Europäischen Parlaments konsultiert, und er nahm an Veranstaltungen, Konferenzen und öffentlichen Debatten des Sacharow-Netzes teil. In einer Debatte des Netzes in Litauen mit Berta Soler von den „Damen in Weiß“ (Damas de Blanco), nationalen Behörden und Mitgliedern des Europäischen und des litauischen Parlaments verurteilte Aljaksandr Milinkewitsch die permanente Einschüchterung und Demütigung von Menschenrechtsverteidigern durch die Behörden in Weißrussland. Er bekundete seine Unterstützung für eine stärkere Integration Weißrusslands in Europa und einen kritischen und konstruktiven Dialog mit den weißrussischen Behörden.

Der Dialog war ein zentrales Element in den Beiträgen Aljaksandr Milinkewitschs während der öffentlichen Debatten des Sacharow-Netzes und der Anhörungen im Europäischen Parlament. Er fordert eine stärkere Zusammenarbeit der EU mit Weißrussland, um mehr Freiheiten für die Menschen zu erreichen. Weißrussland brauche wirtschaftliche Unterstützung, und dies könnte als Mittel genutzt werden, um Weißrussland zu einem Dialog mit der EU zu zwingen, auch über das Thema Menschenrechte.

Vor der fünften Präsidentschaftswahl in Weißrussland seit dem Zerfall der Sowjetunion, die im Oktober 2015 stattfinden soll, hatte Aljaksandr Milinkewitsch zum Zeitpunkt des Abfassens dieses Buches noch keine Absicht bekundet, zu kandidieren oder anders in Erscheinung zu treten, um den sich seit 21 Jahren im Amt befindenden Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko herauszufordern.

2006
ALJAKSANDR
MILINKEWITSCH



Die Vereinigung „DAMEN IN WEISS“ oder „Damas de Blanco“ wurde im Jahr 2003 als spontane Reaktion auf die Inhaftierung ihrer 75 Ehemänner und Verwandten während des „Schwarzen Frühlings“ in Kuba gegründet, bei dem das kubanische Regime hart gegen demokratische Aktivisten vorging. Sie zogen durch die Straßen und schrieben zahlreiche Briefe an die kubanischen Behörden, in denen sie um die Freilassung der Gefangenen ersuchten, erhielten jedoch keine einzige Antwort. Die Damas gaben nicht auf, und ihr anhaltender Protest führte letztlich zu Ergebnissen: Bis 2011 wurden alle Häftlinge entlassen, die während des „Schwarzen Frühlings“ verhaftet worden waren.

Die unbeugsamen Damas setzten ihren Kampf für Demokratie und Menschenrechte in Kuba fort. Sie sind die einzige Gruppe in dem kommunistischen Land, die jede Woche in einem besonderen Gebiet auf die Straße ziehen darf. Sie tragen Weiß, halten Fotos ihrer Lieben – die Opfer von Unterdrückung in Kuba sind – und Gladiolen als Symbol des Friedens und marschieren jeden Sonntag nach der Messe in der Kirche Santa Rita die Quinta Avenida im Stadtteil Miramar in Havanna entlang; trotz der Bedrohungen, Beschimpfungen, Angriffe und häufigen Festnahmen bleiben sie ruhig und stark.

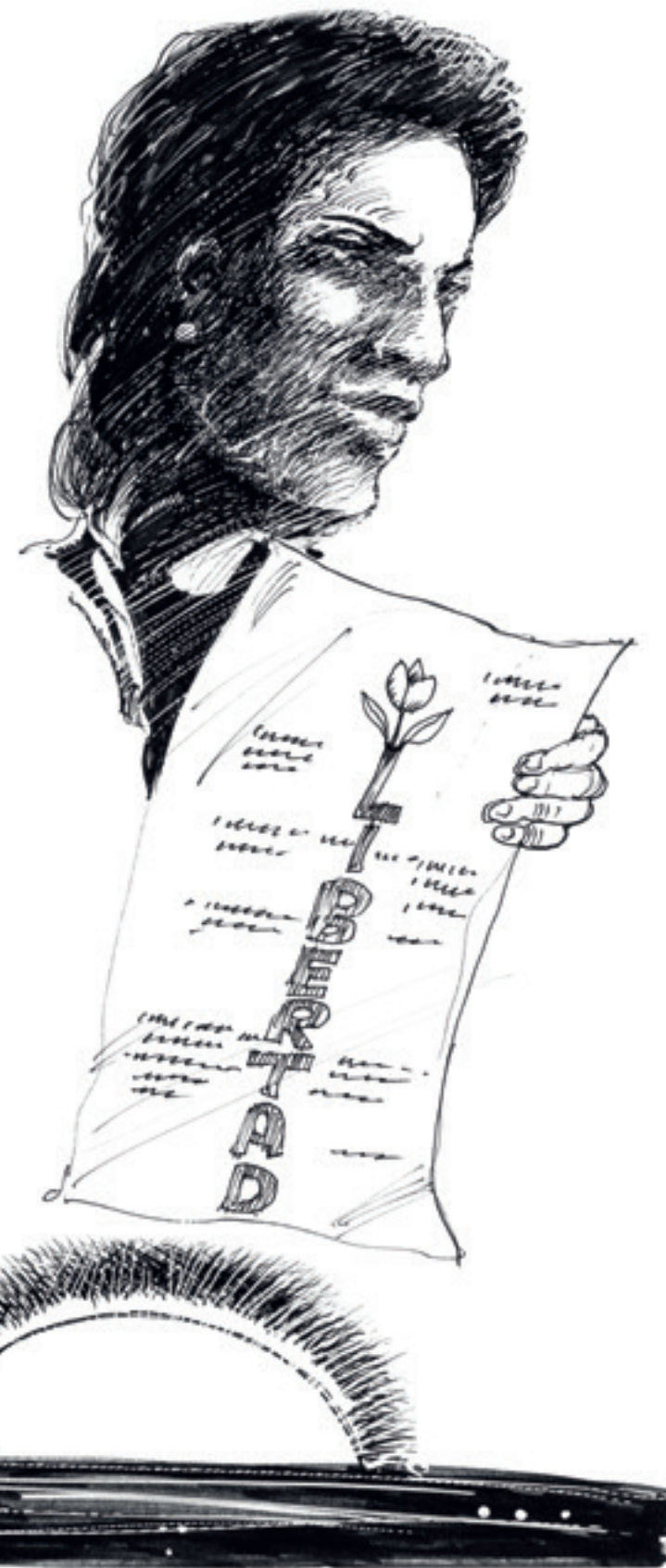
Im Jahr 2013 hatten die Damas endlich die Möglichkeit, den ihnen im Jahr 2005 verliehenen Sacharow-Preis persönlich entgegenzunehmen. Die Vorsitzende Berta Soler und die Vertreterinnen der Bewegung Belkis Cantillo Ramírez und Laura María Labrada Pollán, Tochter der beliebten, im Jahr 2011 verstorbenen Mitbegründerin der Damas Laura Pollán, erhielten die Erlaubnis, Kuba zu verlassen, nachdem die Reisebeschränkungen für Bürger gelockert worden waren, und konnten vor dem Parlament sprechen, welches ihnen für ihren Mut und ihr Engagement in Menschenrechtsangelegenheiten Respekt zollte. Berta Soler verglich den Sacharow-Preis mit einem „Schild“, der die Damas nach ihrer Rückkehr nach Kuba schützen werde.

Kurz nach der Übergabe des Sacharow-Preises gründeten die Damas und andere Dissidenten, zu denen auch der Preisträger von 2010, Guillermo Fariñas gehörte, die Internationale Plattform für Menschenrechte auf Kuba.

Berta Soler repräsentiert die Damas beim Europäischen Parlament und bei Veranstaltungen des Sacharow-Netzes, und fordert die EU, die 2014 mit Kuba Verhandlungen über ein bilaterales politisches Abkommen aufgenommen hat, immer wieder auf, die Menschenrechte in sämtlichen Abkommen mit Kuba zu einer Bedingung zu machen. 2015 erklärten die Damas, sie fühlten sich infolge von Schritten zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Kuba zunehmend von US-Politikern, die Kuba besuchen, behindert.

Die „Damas de Blanco“ bestätigten Berta Soler 2015 in einem Referendum, das die Gruppe nach Kritik an der Führung durch einige Mitglieder gefordert hatte, als ihre Vorsitzende.

Die „Damen in Weiß“ mussten 2015 als eine der Gruppen, die am stärksten unter der Unterdrückung durch die kubanischen Behörden zu leiden hatten, erneut einer Welle von Festnahmen, physischen Übergriffen und Folter über sich ergehen lassen.



HAUWA IBRAHIM, eine Menschenrechtsanwältin, wurde in eine muslimische Familie in dem Dorf Hinnah im nördlichen Nigeria geboren. Dort eignete sie sich die Werte an, die ihre Entschlossenheit stärkten. Dazu gehörte die Überzeugung ihrer Mutter, dass Bildung der einzige Weg aus der Armut ist. Als sie im Alter von zehn Jahren an einen Mann versprochen wurde, floh Hauwa Ibrahim von zu Hause in ein Mädcheninternat, in dem sie ihre Schulausbildung fortsetzte. Ihre intellektuellen Interessen und ihre Leidenschaft für Gerechtigkeit brachten sie dazu, Jura zu studieren. Sie wurde die erste Anwältin im Distrikt Yamaltu-Deba im Bundesstaat Gombe, und ihr Rechtsbeistand ist heute sehr gefragt.

Als 1999 in zwölf Bundesstaaten im Norden Nigerias die Scharia eingeführt wurde, stand der Schutz der unveräußerlichen Menschenrechte, insbesondere von Frauen, auf dem Spiel. Hauwa Ibrahim begann eine bahnbrechende Rechtspraxis, bei der sie Frauen und Kinder vertrat, die wegen Ehebruchs von Scharia-Gerichten zum Tode durch Steinigung bzw. wegen Diebstahls zur Amputation von Gliedmaßen verurteilt worden waren. Insgesamt trat sie in mehr als 150 Fällen unentgeltlich als Verteidigerin auf und rettete Amina Lawal, Safiya Hussaini, Hafsat Abubakar und vielen anderen das Leben.

Von 2010 bis 2013 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und Gastdozentin an der Harvard Divinity School. Im Mai 2014 wurde sie vom Präsidenten Nigerias als Mitglied des Präsidialausschusses mit Zuständigkeit für die Untersuchung der Entführung von über 200 Schülerinnen durch die Terroristen-Gruppe Boko Haram im nördlichen Nigeria ernannt. Hauwa Ibrahim wird für ihre Glaubwürdigkeit und Leidenschaft für die Menschenwürde gelobt und hat nachdrücklich internationale Unterstützung durch das Europäische Parlament und den US-Kongress im Hinblick auf die ungelöste Tragödie der entführten Mädchen gefordert. Sie unterstreicht weiterhin die Notwendigkeit eines größeren Engagements bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und der bitteren Armut und bei der Bewältigung des Mangels an Möglichkeiten, um den zunehmenden religiösen Extremismus zu bekämpfen.

Aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen ist sie zutiefst davon überzeugt, dass Bildung der Schlüssel zur Zukunft ist und dass die Bildung von Mädchen zur Bildung der Familie und somit der Mitmenschen und der Gesellschaft führt. Das Preisgeld, das

sie mit dem Sacharow-Preis erhielt, hat sie in eine Stiftung investiert, die Kindern im Norden Nigerias Bildungsmöglichkeiten bietet, indem sie dafür sorgt, dass die Kinder über die Mittel verfügen, um in der Schule bleiben zu können. Hauwa Ibrahim ist an der Kampagne des Sacharow-Netzes für die Rechte der Kinder beteiligt. Sie hält Sacharow-Vorträge und beteiligt sich an Debatten des Europäischen Parlaments. Hierbei inspiriert sie ihr Publikum mit ihrem eigenen persönlichen Weg. Auf Einladung von Prinz El-Hassan bin Talal beschäftigte sie sich 2015 mit Themen wie der Stärkung der Frauen und der sozialen Gerechtigkeit für Frauen im Haschemitischen Königreich Jordanien für das Forum Westasien und Nordafrika (WANA). Sie ist außerdem am Royal Institute for InterFaith Studies in Amman, Jordanien, mit Fragen des interreligiösen Dialogs befasst.





REPORTER OHNE GRENZEN ist eine internationale nichtstaatliche Organisation mit Sitz in Frankreich, die sich für die Informationsfreiheit auf der ganzen Welt einsetzt.

Für Reporter ohne Grenzen (ROG) werden die Informations- und die Redefreiheit immer die wichtigsten Freiheiten auf der Welt sein und die Grundlage jeder Demokratie bilden. Die Organisation fragt, wie wir das Problem der Kindersoldaten lösen, die Rechte der Frauen verteidigen oder unsere Umwelt schützen würden, wenn Journalisten nicht frei über die Fakten berichten, Missbrauch aufdecken und die Öffentlichkeit warnen könnten.

ROG überwacht und verurteilt ständig die weltweiten Angriffe auf die Informationsfreiheit, kämpft gegen Zensur und Gesetze, die darauf abzielen, die Informationsfreiheit einzuschränken, steht verfolgten Journalisten und ihren Familien moralisch und finanziell zur Seite und bietet materielle Unterstützung für Kriegskorrespondenten, um ihre Sicherheit zu erhöhen. Zur Umgehung der Zensur veröffentlicht die Organisation gelegentlich Artikel, die im Herkunftsland verboten wurden, betreut Zeitungen, die in ihrem Heimatland verboten wurden, und dient als Forum für Journalisten, die von den Behörden ihres Landes zum Schweigen gebracht wurden. Um zu gewährleisten, dass Mörder und Folterer von Journalisten verurteilt werden, bietet das Netz von ROG den Opfern seit 2002 Rechtsbeistand und vertritt sie vor Gericht. Die Organisation verleiht jedes Jahr zwei Preise, den „Reporters Without Borders' Prize“ und den „Netizen Prize“, mit denen Blogger, Journalisten und Medien aus der ganzen Welt ausgezeichnet und geehrt werden.

ROG veröffentlicht jährlich eine weltweite Rangliste der Pressefreiheit, den „World Press Freedom Index“. Auf der Rangliste 2015 stehen 180 Staaten; sie macht auf die weltweite Verschlechterung der Informationsfreiheit im vorausgegangenen Jahr aufmerksam. ROG warnt, dass die Medienfreiheit von Kriegen, der zunehmenden Bedrohung durch nichtstaatliche Aktivitäten, Gewalt bei Demonstrationen und der Wirtschaftskrise bedrängt wird und auf allen fünf Kontinenten abnimmt. Die Konflikte im Nahen Osten, in der Ukraine, in Syrien und Irak werden als extreme Beispiele genannt, denn dort führten ausnahmslos alle Konfliktparteien einen furchterregenden Informationskrieg, in dem die Medien zu Zielscheiben, angegriffen oder sogar zum Schweigen gebracht würden. Die Organisation nennt in ihrer Rangliste wichtige Faktoren, die zur Verschlechterung der Pressefreiheit führen, u. a. den Aufstieg nichtstaatlicher Gruppen wie Boko Haram und des Islamischen Staats, den Einsatz der religiösen Zensur zu politischen Zwecken, das zunehmende Gefälle zwischen den EU-Mitgliedstaaten sowie das Streben autoritärer Regimes nach immer mehr Informationskontrolle.

Als Sacharow-Preisträger hat ROG andere Preisträger zusammengebracht und Initiativen des Sacharow-Netzes unterstützt. Reporter ohne Grenzen engagiert sich aktiv für die Maßnahmen des Sacharow-Netzes zur Verteidigung der Menschenrechte und beteiligte sich an der Kampagne des Europäischen Parlaments für die Meinungsfreiheit.

DER WEISSRUSSISCHE JOURNALISTENVERBAND

(BJV) vertritt mehr als 1 000 professionelle Journalisten und tritt für den Schutz der Journalisten ein, die unter äußerst schwierigen Umständen arbeiten und nicht selten Opfer von Einschüchterung, Schikane, Strafverfolgung und Verbannung sind.

Der BJV wurde 1995, ein Jahr nachdem der weißrussische Diktator Alexander Lukaschenko an die Macht gekommen war, gegründet und ist seitdem der größte Verband der unabhängigen Presse in Weißrussland. Der BJV verfolgt das Ziel, die weißrussische Öffentlichkeit von seinem Hauptsitz in Minsk und seinen fünf regionalen Stellen zeitnah mit möglichst objektiven, wahrheitsgetreuen und umfassenden Informationen zu versorgen und strebt darüber hinaus hochwertigen und ethischen Journalismus an.

Der Weißrussische Journalistenverband kämpft entschlossen für die Pressefreiheit in einem Land, in dem das Mediengesetz den Behörden die Möglichkeit gibt, Medien zu schließen, die sie als zu kritisch ansehen, das Strafgesetzbuch immer noch Bestimmungen enthält, die die Beleidigung hochrangiger Beamter unter Strafe stellen, ausländische Medien eine Lizenz benötigen, um in Weißrussland arbeiten zu können, und es für einheimische Journalisten schwierig ist, für sie zu arbeiten, da sie vom KGB bedrängt werden, und unabhängige Medien wirtschaftlich diskriminiert werden. Der BJV prangerte 2014 die zunehmende rechtliche Unterdrückung an und verurteilte die Geldstrafen und die Anklagen gegen mehrere seiner Mitglieder wegen Verbrechen, in einem Fall sogar wegen Landesverrats.

Der BJV räumt jetzt der Bekämpfung weiterer restriktiver Änderungen des Gesetzes über Massenmedien Priorität ein, das 2015 in Kraft getreten ist und es der Regierung erleichtert, Websites zu schließen, zu denen sie vorher bereits den Zugang behinderte. Mit der Unterstützung internationaler Presseorganisationen setzt sich der BJV derzeit auch für die Abschaffung einer Bestimmung im Mediengesetz ein, die es selbstständigen Journalisten untersagt, in dem Land zu berichten, was gegen die europäischen Standards der Pressefreiheit verstößt.

2015 trat die Gründerin und langjährige Vorsitzende Zhanna Litvina zurück, sie ist jedoch weiterhin als Vorstandsmitglied des BJV aktiv. Sie ist eine legendäre Journalistin in ihrem Land, die im Laufe ihrer Karriere unter anderem das Büro von Radio Liberty in Minsk und die kurzlebige, aber einzigartige unabhängige von ihr gegründete Radiostation 101.2 FM, die auf Weißrussisch sendete, leitete und 20 Jahre lang seit seiner Gründung an der Spitze des BJV stand.

Der Weißrussische Journalistenverband wählte Andreij Bastunets, einen ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden, zu seinem neuen Vorsitz. Er ist Rechtsanwalt und wird von vier stellvertretenden Vorsitzenden, Svetlana Kalinkina, Mikhail Yanchuk, Aliaksandr Starykevich und Alina Suravets, unterstützt.

Der BJV trägt aktiv zu Arbeit des Sacharow-Netzes bei und beteiligte sich 2015 an der Kampagne des Europäischen Parlaments für die Meinungsfreiheit.



Mit der Vergabe des Sacharow-Preises an die VEREINTEN NATIONEN im Jahr 2003 würdigte das Europäische Parlament den Einsatz der Vereinten Nationen für den Frieden, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten.

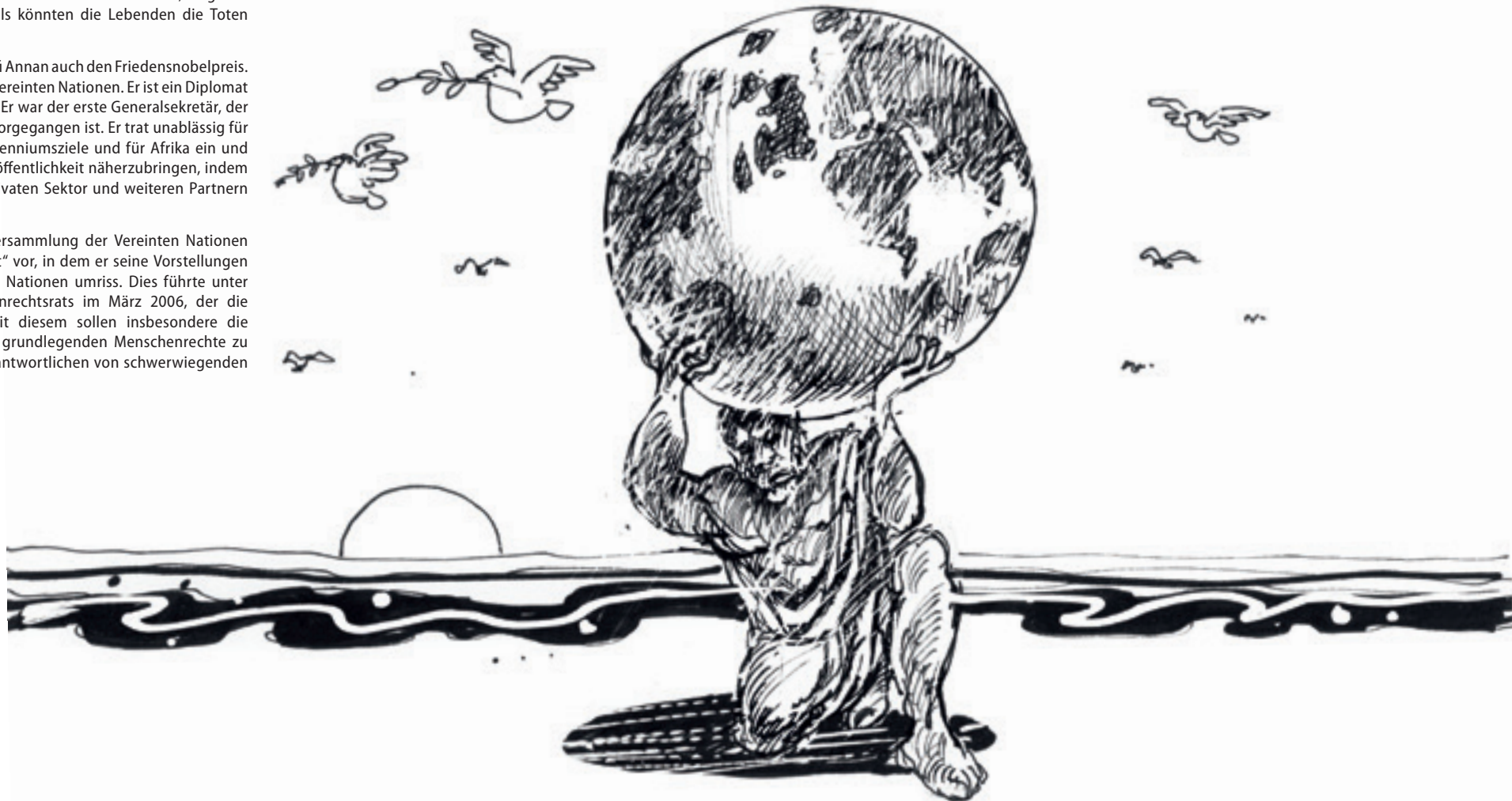
Der Sacharow-Preis ehrt insbesondere die Mitarbeiter der Vereinten Nationen, die unermüdlich – und häufig unter schwierigen Bedingungen – für den Weltfrieden arbeiten. Die Preisvergabe erfolgte in besonderem Gedenken an Sérgio Vieira de Mello, Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte und einer der würdigsten Vertreter der Vereinten Nationen. Als Sonderbeauftragter Kofi Annans im Irak war er 2003 unter den Todesopfern eines Angriffs auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Bagdad.

Die Vereinten Nationen, die einzige weltweite Organisation, bemühen sich nicht nur weiterhin um Friedenserhaltung und -wiederherstellung, den Schutz der Menschenrechte und die Schaffung eines Rahmens für die internationale Rechtspflege, sondern befassen sich auch mit neuen weltweiten Herausforderungen wie der Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015, der derzeitigen Flüchtlingskrise, dem internationalen Terrorismus und dem Klimawandel. Kofi Annan warnt, aufgrund der schweren Auswirkungen des Klimawandels könnten die Lebenden die Toten beneiden.

2001 teilten sich die Vereinten Nationen und Kofi Annan auch den Friedensnobelpreis. Kofi Annan war der siebte Generalsekretär der Vereinten Nationen. Er ist ein Diplomat aus Ghana und war von 1997 bis 2006 im Amt. Er war der erste Generalsekretär, der aus dem Personal der Vereinten Nationen hervorgegangen ist. Er trat unablässig für die Menschenrechte, den Rechtsstaat, die Millenniumsziele und für Afrika ein und war bestrebt, die Vereinten Nationen der Weltöffentlichkeit näherzubringen, indem er Verbindungen zur Zivilgesellschaft, dem privaten Sektor und weiteren Partnern knüpfte.

Im Jahr 2005 legte Kofi Annan der Generalversammlung der Vereinten Nationen den Bericht mit dem Titel „In größerer Freiheit“ vor, in dem er seine Vorstellungen von einer umfassenden Reform der Vereinten Nationen umriss. Dies führte unter anderem zur Bildung eines neuen Menschenrechtsrats im März 2006, der die alte Menschenrechtskommission ersetzte. Mit diesem sollen insbesondere die Möglichkeiten der UNO gestärkt werden, die grundlegenden Menschenrechte zu fördern und zu schützen sowie gegen die Verantwortlichen von schwerwiegenden Menschenrechtsverstößen vorzugehen.

Nach Beendigung seiner zweiten Amtszeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen im Jahr 2007 beteiligte sich Annan an der Arbeit mehrerer weltweit und in Afrika agierender Organisationen, einschließlich seiner eigenen Kofi Annan Foundation. Er ist derzeit Vorsitzender der Gruppe „The Elders“, eines von Nelson Mandela im Jahr 2007 gegründeten Zusammenschlusses unabhängiger Staatsmänner und -frauen, die sich gemeinsam für den Frieden und die Menschenrechte einsetzen wollen.





OSWALDO JOSÉ PAYÁ SARDIÑAS (1952–2012), ein kubanischer Dissident, ist besonders als Gründer des Varela-Projekts bekannt, das über den Weg eines nationalen Referendums Bürgerrechte, freie pluralistische Wahlen, die Entlassung aller politischen Gefangenen sowie Wirtschafts- und Sozialreformen einforderte.

Er war seit seiner Jugend ein aktiver Reformier, der für seine Kritik an der Politik Fidel Castros und den Ungerechtigkeiten mehrmals verfolgt und verurteilt wurde, was ihn jedoch nicht daran hinderte, im Jahr 1988 die christliche Freiheitsbewegung „Movimiento Cristiano Liberación“ zu gründen, die zu einer der größten Oppositionsbewegungen Kubas wurde.

Im Jahr 1997 entwickelte er das ehrgeizige Varela-Projekt, das die ersten rechtlichen Schritte hin zu freier Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Leben Kubas für alle Einwohner durch die Gewährung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Entlassung sämtlicher politischer Gefangener umfasste. Obwohl Tausende Kubaner das Projekt unterstützten, wurde es vom kubanischen Staat durch eine Gegeninitiative unterdrückt, durch die die sozialistische Ausrichtung Kubas als unabänderlich festgelegt wurde, die laut Behörden mittels einer Volksabstimmung beschlossen worden war. Viele Mitstreiter des Varela-Projekts wurden während des Schwarzen Frühlings des Jahres 2003 inhaftiert, Payá gab jedoch nicht auf. Im Jahr 2008 legte er der kubanischen Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf zur Amnestie für politische Häftlinge vor, und im Jahr 2010 gründete er das Forum „Todos Cubanos“ (Alle Kubaner).

Er wurde nie inhaftiert, seine Familienangehörigen sagen aber, er habe zahlreiche Morddrohungen erhalten. Am 22. Juli 2012 kam er bei einem umstrittenen Autounfall auf Kuba ums Leben. In einer Würdigung erklärte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz: „Die Gedanken von Oswaldo Payá werden weiterleben: Seine Arbeit und sein Einsatz haben eine ganze Generation von kubanischen Aktivisten inspiriert, die in ihrem Engagement für politische Freiheit und die Menschenrechte seinem Beispiel folgen.“

Die Bewegung „Movimiento Cristiano Liberación“ fordert weiterhin eine Untersuchung der Umstände seines Todes. Seine Familie hat die offizielle Version eines Autounfalls zurückgewiesen. Seine Tochter Rosa María ersuchte den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und weitere internationale Organisationen, darunter auch das Europäische Parlament, eindringlich um eine unparteiische internationale Untersuchung des Todes ihres Vaters und verwies auf die Verfolgungen und Drohungen, denen die Familie durch den staatlichen Sicherheitsdienst ausgesetzt war. 2013 siedelte die Familie von Oswaldo José Payá Sardiñas in die USA über, wo sie nach eigenen Angaben vorübergehend bleiben will.

Seine Tochter vertrat ihn 2013 bei der Konferenz anlässlich der 25. Verleihung des Sacharow-Preises im Europäischen Parlament; in der Abschlusserklärung wird die Untersuchung der Umstände des Todes des Sacharow-Preisträgers von 2002, Oswaldo Payá, gefordert.

IZZAT GHAZZAWI (1952–2003) war ein palästinensischer Schriftsteller und Dozent, dessen Schriften die durch die israelische Besatzung der palästinensischen Territorien verursachten Nöte und Leiden sowie sein persönliches Leid zum Thema hatten. Sein Leben wurde durch die Tötung seines 16-jährigen Sohnes Ramy im Jahr 1993 durch die israelische Armee geprägt. Ramy wurde im Schulhof seiner Schule getötet, als er einem verletzten Freund zu Hilfe kommen wollte. Trotz seiner Trauer bemühte sich Izzat Ghazzawi stets um den kulturellen und politischen Dialog mit dem israelischen Volk.

Er war der Sohn einer großen Flüchtlingsfamilie, die im Jahr 1948 ins Westjordanland geflohen war, und schrieb sein erstes Theaterstück im Alter von 13 Jahren. Er absolvierte einen Master in amerikanischer und britischer Literatur und war als Dozent an der Universität Birzeit tätig. Er war Vorsitzender des Palästinensischen Schriftstellerverbands, schrieb Romane und Kurzgeschichten, war Literaturkritiker und führte 1997 den Vorsitz bei der von ihm ausgerichteten ersten Internationalen Schriftstellerkonferenz in Palästina.

Izzat Ghazzawi war auch Mitglied des Exekutivbüros des Palästinensischen Rates für Gerechtigkeit und Frieden. Wegen seiner politischen Aktivitäten wurde Izzat Ghazzawi inhaftiert und wiederholt von den israelischen Behörden schikaniert. Am meisten litt er in dieser Zeit unter der Trennung von seiner Familie, vor allem von seinen sechs Kindern, da er immer nur höchstens zwei von ihnen alle zwei Wochen für 30 Minuten sehen durfte.

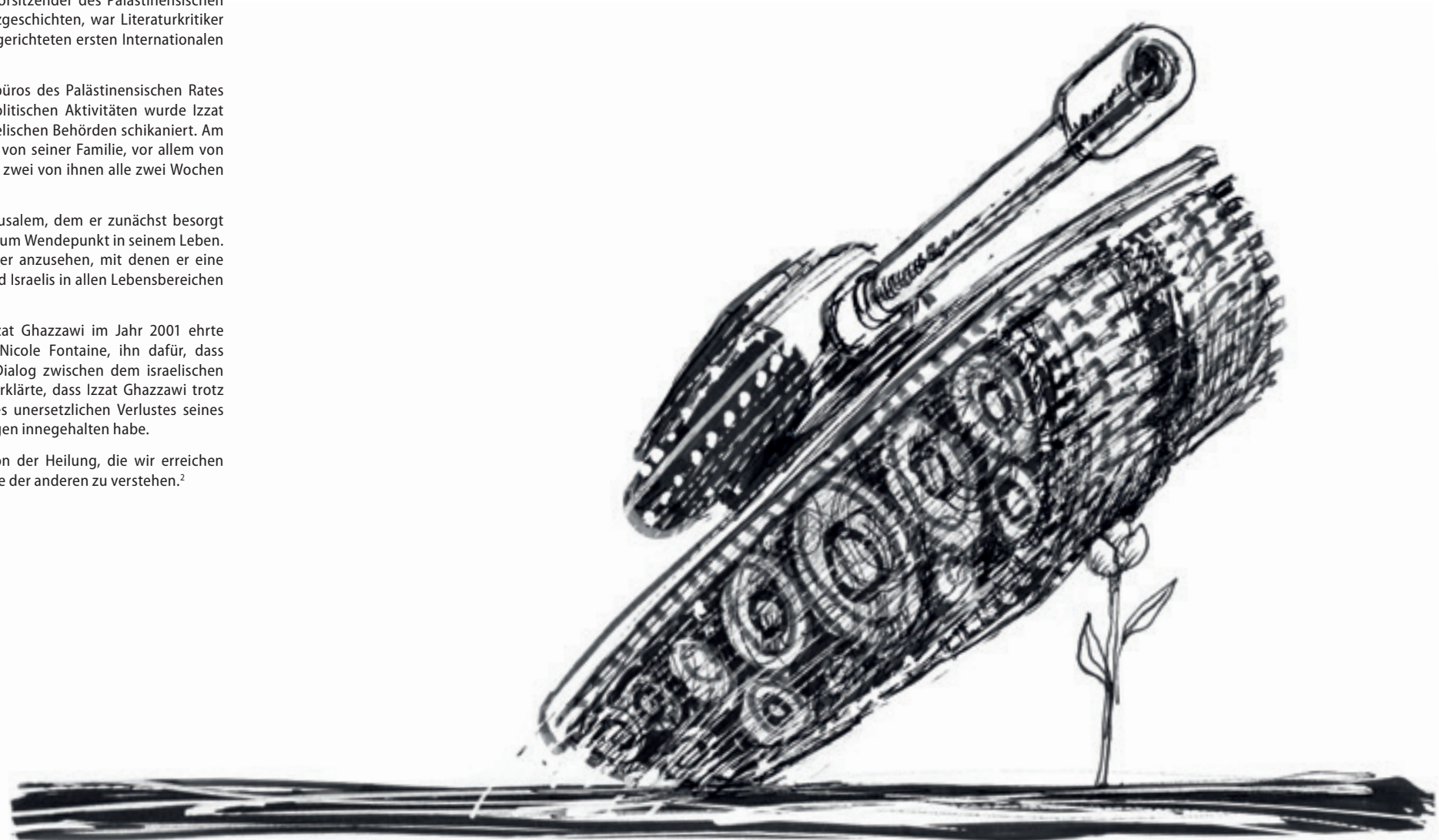
Ein Treffen mit israelischen Schriftstellern in Jerusalem, dem er zunächst besorgt gegenüberstand, wurde im Jahr 1992 schließlich zum Wendepunkt in seinem Leben. Er begann, seine israelischen Kollegen als Partner anzusehen, mit denen er eine Zukunft gestalten konnte, in der Palästinenser und Israelis in allen Lebensbereichen gleichgestellt sind.

Bei der Verleihung des Sacharow-Preises an Izzat Ghazzawi im Jahr 2001 ehrte die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Nicole Fontaine, ihn dafür, dass er sich unermüdlich für den Frieden und den Dialog zwischen dem israelischen und palästinensischen Volk eingesetzt hat. Sie erklärte, dass Izzat Ghazzawi trotz Inhaftierung und Zensur und vor allem trotz des unersetzlichen Verlustes seines 16-jährigen Sohnes Ramy nie in seinen Bemühungen innegehalten habe.

Im Europäischen Parlament sprach Ghazzawi von der Heilung, die wir erreichen können, wenn wir in der Lage sind, die Bedürfnisse der anderen zu verstehen.²

Kurz nach dem Tod seines Sohnes veröffentlichte er zusammen mit dem israelischen Schriftsteller Abraham B. Yehoshua und dem italienischen Fotografen Oliviero Toscani das Buch „Feinde“ über die Beziehungen zwischen Palästinensern und Israelis, das ein sehr großer Erfolg wurde.

Izzat Ghazzawi verstarb am 4. April 2003.



² 25 Jahre Sacharow-Preis: Der Einsatz des Europäischen Parlaments für die Gedankenfreiheit, Archiv- und Dokumentationszentrum, Europäisches Parlament, Schriftenreihe Cardoc, Nr. 11 – November 2013, S. 112.

Die Israeliin **NURIT PELED-ELHANAN**, Jahrgang 1949, ist Universitätsdozentin und Autorin. Im Jahr 1997 wurde ihre 13-jährige Tochter Smadar in West-Jerusalem durch die Bombe eines palästinensischen Selbstmordattentäters getötet.

Zum Tod ihrer Tochter sagte sie: „Mein kleines Mädchen wurde getötet, nur weil sie eine Israeli war, von einem jungen Mann, der so unterdrückt und verzweifelt war, dass er zum Selbstmord und Mord bereit war, nur weil er Palästinenser war. Beide sind Opfer der israelischen Besetzung Palästinas. Jetzt hat sich ihr Blut auf den Steinen Jerusalems vermischt, denen Blut stets gleichgültig war.“ Sie erlaubte es den israelischen Behörden einschließlich des Ministerpräsidenten nicht, am Begräbnis teilzunehmen.

Nurit Peled, die Tochter des berühmten Generals Matti Peled, bekannt für sein pazifistisches und progressives Engagement, ist für diejenigen in Israel zu einer Symbolfigur geworden, die gegen die Besetzung und für die Freiheit Palästinas kämpfen.

Nurit Peled-Elhanan engagiert sich auch dafür, die Mentalität der israelischen Gesellschaft, insbesondere der jungen Generation, zu verändern. In ihrer neuesten Veröffentlichung mit dem Titel „Palestine in Israeli school books: Ideology and propaganda in education“ (Palästina in israelischen Schulbüchern: Ideologie und Propaganda in der Erziehung) lenkt sie die Aufmerksamkeit auf eine Erziehung in israelischen Schulen, die eher Rassismus als Toleranz und Vielfalt zu vermitteln scheint. Sie hat die Staatsoberhäupter der Welt, darunter George Bush, Tony Blair und Ariel Sharon, scharf dafür kritisiert, dass sie „ihre jeweiligen Bürger mit blinder Furcht vor den Muslimen infizieren“.

Nurit Peled-Elhanan ist eine Mitinitiatorin des Russell-Tribunals, eines internationalen Tribunals der Völker, das im Jahr 2009 eingerichtet wurde, um die Rolle und die Mitschuld Dritter an Verletzungen des Völkerrechts durch Israel am palästinensischen Volk zu untersuchen.

Sie engagiert sich für die Verteidigung der Rechte der Palästinenser und ersucht nachdrücklich um Unterstützung der gegen Israel gerichteten Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (Boycott, Kapitalabzug und Sanktionen), bis Israel das Völkerrecht einhält und die Rechte Palästinas achtet.

Nurit Peled-Elhanan setzt sich besonders engagiert für die Verteidigung der palästinensischen Kinder und ihres Rechts auf Bildung ein und engagierte sich bei Veranstaltungen des Sacharow-Netzes und Treffen mit dem Europäischen Parlament, u. a. in Jerusalem, nachdrücklich für sie. Nach dem Gazakrieg 2014 beschuldigte sie Israel in einer mitreißenden und emotionalen Rede in einer Anhörung des Unterausschusses Menschenrechte zur Lage der Kinder in bewaffneten Konflikten eines Holocausts an den Palästinensern im Gazastreifen.

Gemeinsam mit Salima Ghezali und Taslima Nasreen, die ebenfalls Sacharow-Preisträgerinnen sind, veröffentlichte Nurit Peled-Elhanan eine Stellungnahme, in der die politischen Führer und Vertreter der EU dazu aufgefordert werden, aktiv und offen den Beitritt der Palästinensischen Behörde zum Internationalen Strafgerichtshof zu fordern.



DOM ZACHARIAS KAMWENHO ist emeritierter Erzbischof von Lubango in Angola und Friedensaktivist, der eine entscheidende Rolle im Friedensprozess spielte, der 2002 zum Ende des angolanischen Bürgerkriegs führte.

Er wurde im Jahr 1934 in Chimbundo geboren, im Jahr 1961 zum römisch-katholischen Priester geweiht und im Jahr 1995 zum Erzbischof von Lubango ernannt.

Dom Zacharias Kamwenho stand an der Spitze einer Bewegung, die Ende der 90er-Jahre durch seine und die Bemühungen weiterer Kirchenführer und Leiter zivilgesellschaftlicher Organisationen ein wachsendes Bewusstsein im angolanischen Volk für die Notwendigkeit weckten, für den Frieden und die Menschenrechte zu kämpfen und eine umfassende nationale Versöhnung zu fördern.

Er war Vorsitzender des Ökumenischen Komitees für den Frieden in Angola (COEIPA), das im Jahr 2000 gegründet wurde. Dieses religionsübergreifende Gremium vereinte die Katholische Bischofskonferenz von Angola und São Tomé, deren Vorsitzender er ebenfalls war, die Evangelische Allianz von Angola und den Rat der christlichen Kirchen von Angola.

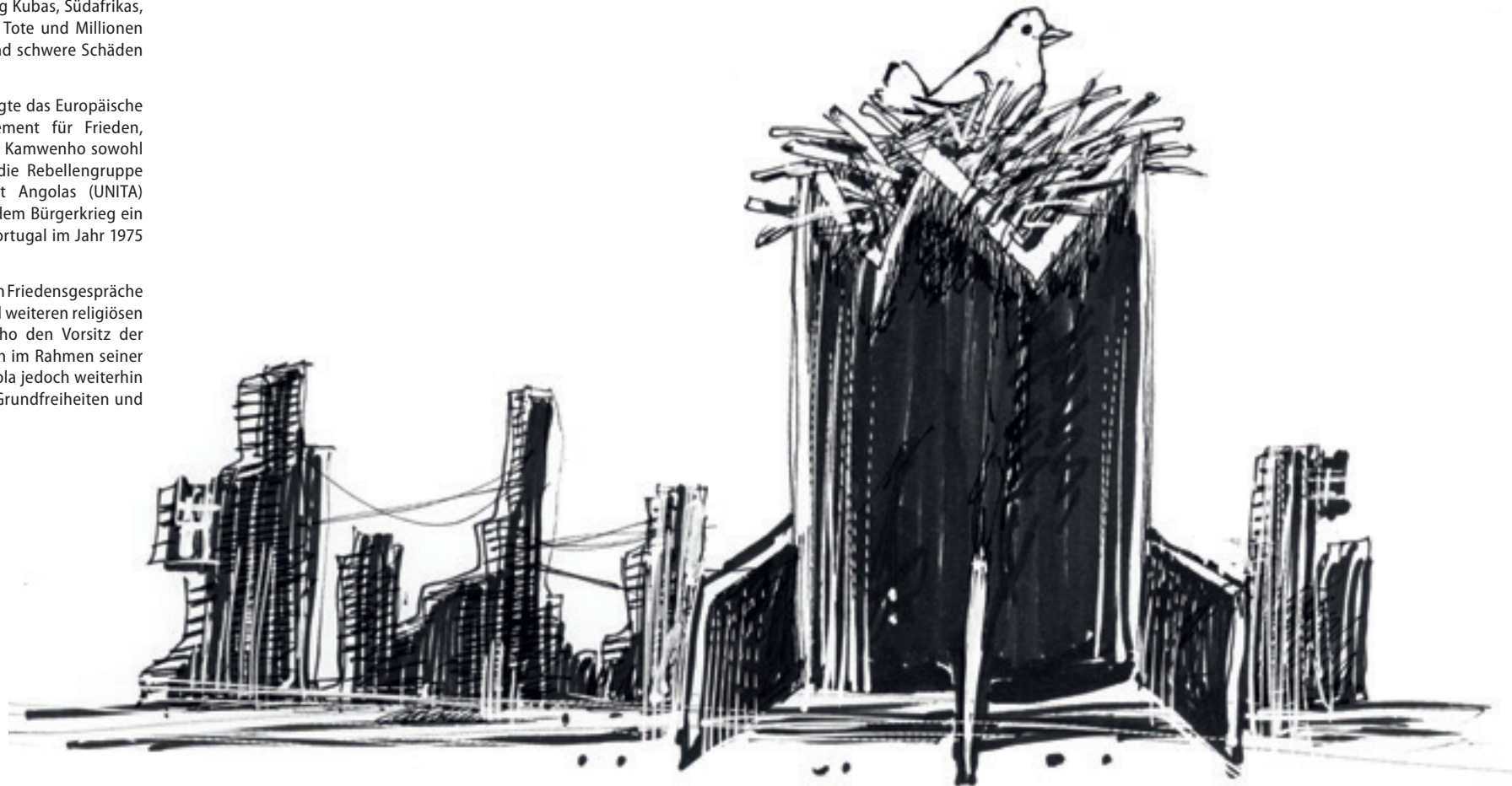
Er vermittelte zwischen den Konfliktparteien, um Frieden in ein Land zu bringen, das von einem Konflikt entlang ethnischer und ideologischer Linien gespalten war, der mit Unterbrechungen 27 Jahre gewährt hatte. Der Konflikt hatte als Stellvertreterkrieg des Ost-West-Konflikts mit breiter Beteiligung Kubas, Südafrikas, der UdSSR und der USA gedient und hatte eine halbe Million Tote und Millionen Vertriebene, die Zerstörung der angolanischen Infrastruktur und schwere Schäden der Wirtschaft und Institutionen Angolas zur Folge.

Durch die Verleihung des Sacharow-Preises im Jahr 2001 würdigte das Europäische Parlament sein stetes, vorurteilsloses, beharrliches Engagement für Frieden, Demokratie und Menschenrechte in Angola, da Dom Zacharias Kamwenho sowohl die Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA) als auch die Rebellengruppe Nationale Vereinigung für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) unerschrocken kritisierte und zwischen ihnen vermittelte, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu bereiten, der in Angola seit der Unabhängigkeit von Portugal im Jahr 1975 herrschte.

Die Erzielung der Waffenruhe im Jahr 2002 und der anschließenden Friedensgespräche ist weitgehend das Verdienst von Dom Zacharias Kamwenho und weiteren religiösen und zivilen Führern. Im Jahr 2003 legte Erzbischof Kamwenho den Vorsitz der Bischofskonferenz von Angola und São Tomé nieder, setzte sich im Rahmen seiner Diözese und im Ökumenischen Komitee für den Frieden in Angola jedoch weiterhin aktiv für die Verwirklichung der Demokratie, die Achtung der Grundfreiheiten und

Menschenrechte, die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit und eine dauerhafte nationale Aussöhnung ein.

2009 wurde er im Rentenalter von 75 Jahren emeritierter Erzbischof. Er arbeitet weiterhin in seiner Gemeinde und engagiert sich dabei für die Bekämpfung der Korruption und die Bewältigung eines Mangels ethischer Werte und weiterer Herausforderungen, die von dem Erbe des Krieges rühren, und nimmt an den Konferenzen des Sacharow-Netztes teil.



¡BASTA YA! war eine Bürgerinitiative gegen Terrorismus und politische Gewalt im spanischen Baskenland, die 1999 von Intellektuellen, Menschenrechtsaktivisten und politischen Aktivisten, Gewerkschaftlern und weiteren Vertretern der Zivilgesellschaft gegründet wurde.

¡BASTA YA!, was so viel heißt wie „Es reicht!“, war eine Reaktion auf den Terrorismus der baskischen Terrorgruppe ETA und die Bedrohung für die grundlegenden Bürgerfreiheiten und Menschenrechte, insbesondere für „nicht nationalistische“ Bürger, durch die ETA und weitere moderatere, aber zunehmend nationalistischere und fremdenfeindliche Parteien.

Die Mitglieder von ¡BASTA YA! hatten unterschiedliche ideologische Hintergründe, aber alle wollten gegen jede Art des Terrorismus vorgehen, alle Opfer des Terrorismus und der politischen Gewalt unterstützen und die Rechtsstaatlichkeit, die spanische Verfassung und die Autonomie des Baskenlandes verteidigen.

¡BASTA YA! genoss 1999 und 2000, als die nationale Entrüstung über die ETA zunahm, die bis dahin Hunderte Menschen in unterschiedlichen Regionen Spaniens umgebracht hatte und im Baskenland Tausende mit Einschüchterung, Erpressung und Angriffen, u. a. auf Familien und Eigentum, schikaniert hatten, eine noch nie da gewesene landesweite Unterstützung.

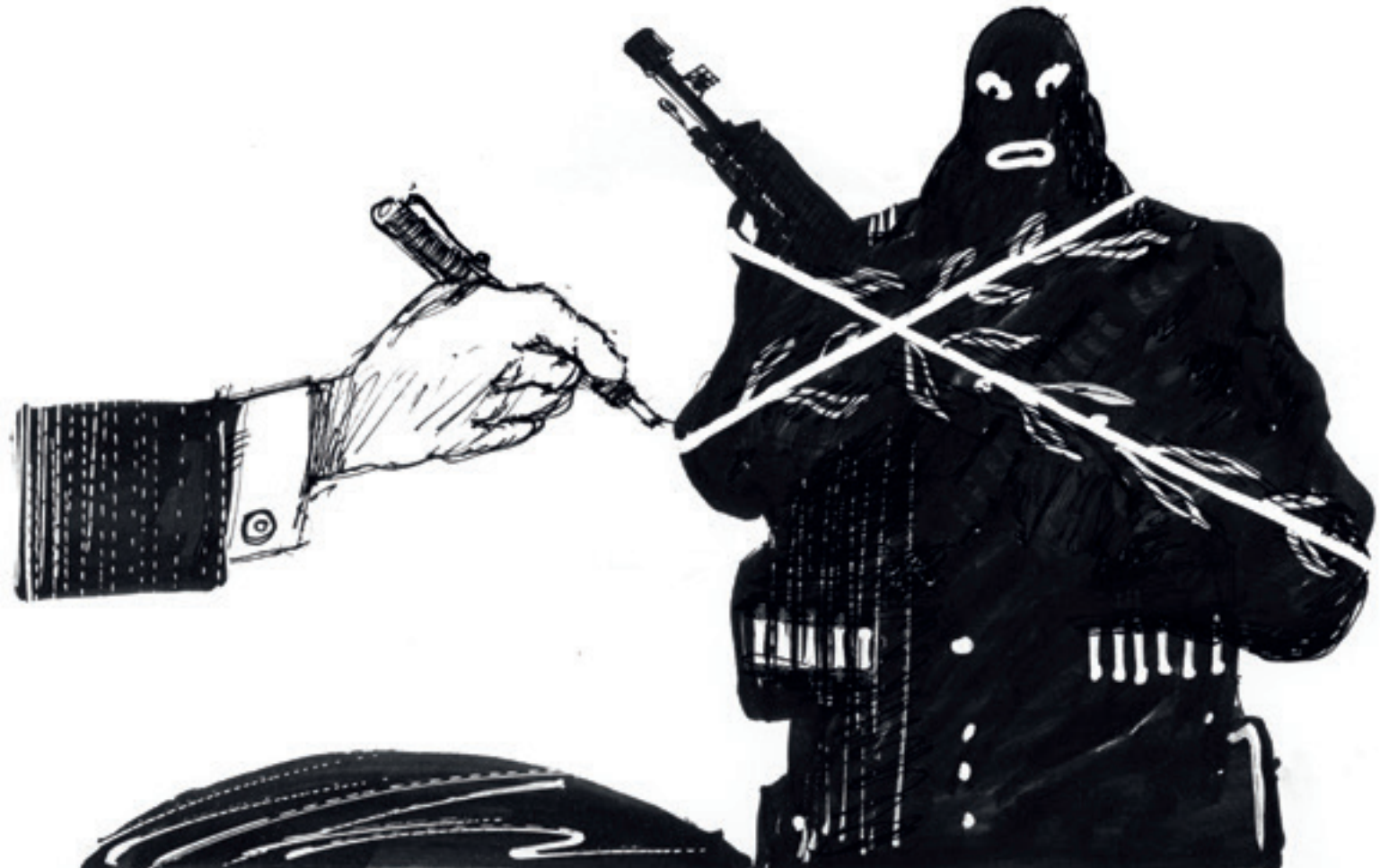
Die Bewegung lehnte alle Formen des Nationalismus ab und kritisierte die baskischen Behörden wegen nationalistischer Politik und Rhetorik. ¡BASTA YA! brachte bei zwei Demonstrationen im Jahr 2000 Tausende Menschen auf die Straßen von San Sebastián, die eine angemessene Politik zur Bekämpfung des Terrorismus und für die Einhaltung der Verfassung forderten.

Im selben Jahr sprach das Europäische Parlament ¡BASTA YA! für sein aktives Engagement für die Menschenrechte, Demokratie und Toleranz im Baskenland seine Anerkennung aus. ¡BASTA YA! war der erste und bislang einzige Sacharow-Preisträger aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union.

Mit dem Preis erhielt ¡BASTA YA! nicht nur eine Anerkennung seiner Arbeit, sondern das Problem des Terrorismus im Baskenland wurde jetzt auch als europäisches und nicht mehr nur als spanisches Problem diskutiert. ¡BASTA YA! gewann die Unterstützung internationaler Menschenrechtsorganisationen, und andere Staaten führten ETA als eine Terrorgruppe.

In den vergangenen Jahren hat sich ¡BASTA YA! verändert, da die Lage in Spanien eine andere ist und ETA 2011 das endgültige Ende ihres bewaffneten Kampfes bekannt gab.

Die Anführer von ¡BASTA YA!, darunter der Sprecher Fernando Savater, der die Organisation im Europäischen Parlament und auf den Konferenzen des Sacharow-Netzes vertrat, gründeten 2007 die Partei *Unión Progreso y Democracia* (Union Fortschritt und Demokratie, UPyD), deren Parteiführerin Rosa Díez ist und die sich für den Erhalt der Einheit des Landes einsetzt. Sie ging aus der Wahl 2011 als viertgrößte Partei im spanischen Abgeordnetenhaus hervor und ist derzeit auch im Europäischen Parlament vertreten. Die Mitglieder von ¡BASTA YA! sind der Überzeugung, dass die Vorstellungen und der Geist der Organisation im jetzt von anderen geführten Kampf für die Menschenrechte weiterleben.



Er ist als der „Mandela von Timor“ bekannt und führte den Kampf um die Freiheit und Selbstbestimmung von Timor-Leste. Er war der erste Präsident des ersten neuen Staates dieses Jahrhunderts und war auch Premierminister von Timor-Leste.

Die politische Karriere von XANANA GUSMÃO³ begann mit der Aussicht auf die Unabhängigkeit von Timor-Leste von seiner Kolonialmacht Portugal, jedoch gingen der Unabhängigkeit Osttimors noch über zwei Jahrzehnte des harten Kampfes voraus, da nur wenige Tage nach der Erklärung seiner Unabhängigkeit nach dem einseitigen Abzug der Portugiesen im Jahr 1975 Indonesien in das Land einmarschierte und den Widerstand mit Gewalt niederschlug. Die Gewalt infolge der Invasion brachte Schätzungen zufolge 200 000 Menschen den Tod, aber der Widerstand im Volk überlebte.

Xanana Gusmão war unter seinem *Kriegsnamen* Kay Rala bekannt und schloss sich der Revolutionären Front des unabhängigen Osttimors (FRETILIN) an. Er wurde von der ersten nationalen Konferenz der FRETILIN zum Widerstandsführer und Oberbefehlshaber der Bewaffneten Kräfte für die Nationale Befreiung Osttimors (FALINTIL) gewählt.

Als Widerstandsführer konzipierte er eine Politik der nationalen Einheit und setzte diese um. Ihr Erfolg führte zur Gründung des Nationalrats des timorischen Widerstands (CNRT), in dem Xanana Gusmão die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen erfolgreich vereinte.

Xanana Gusmão wurde 1992 von indonesischen Truppen festgenommen, ein Jahr nachdem ihr Massaker an über 250 Menschen, die an einem Trauerzug in Dili teilnahmen, schließlich die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft geweckt hatte. Er wurde wegen Separatismus in Indonesien inhaftiert, wo er Bahasa Indonesia, die Amtssprache Indonesiens, Englisch und Jura studierte. Er schrieb auch Gedichte und malte Bilder, die verkauft wurden, um den Widerstand zu finanzieren, den er weiter leitete.

Gemeinsam mit seinem stellvertretenden Vorsitzenden im Nationalrat des timorischen Widerstands, José Ramos-Horta, strebte er durch die Ausarbeitung eines Friedensplans, der auch ein von den Vereinten Nationen überwacht Referendum zur Zukunft Osttimors vorsah, eine friedliche Lösung des Konflikts an. Eine Reihe hochrangiger Persönlichkeiten, zu denen auch der Präsident Südafrikas, Nelson Mandela, und Vertreter der Vereinten Nationen und der USA gehörten, besuchten ihn im Gefängnis, da er für ein Ende des Krieges mit Indonesien weiterhin von zentraler Bedeutung war.

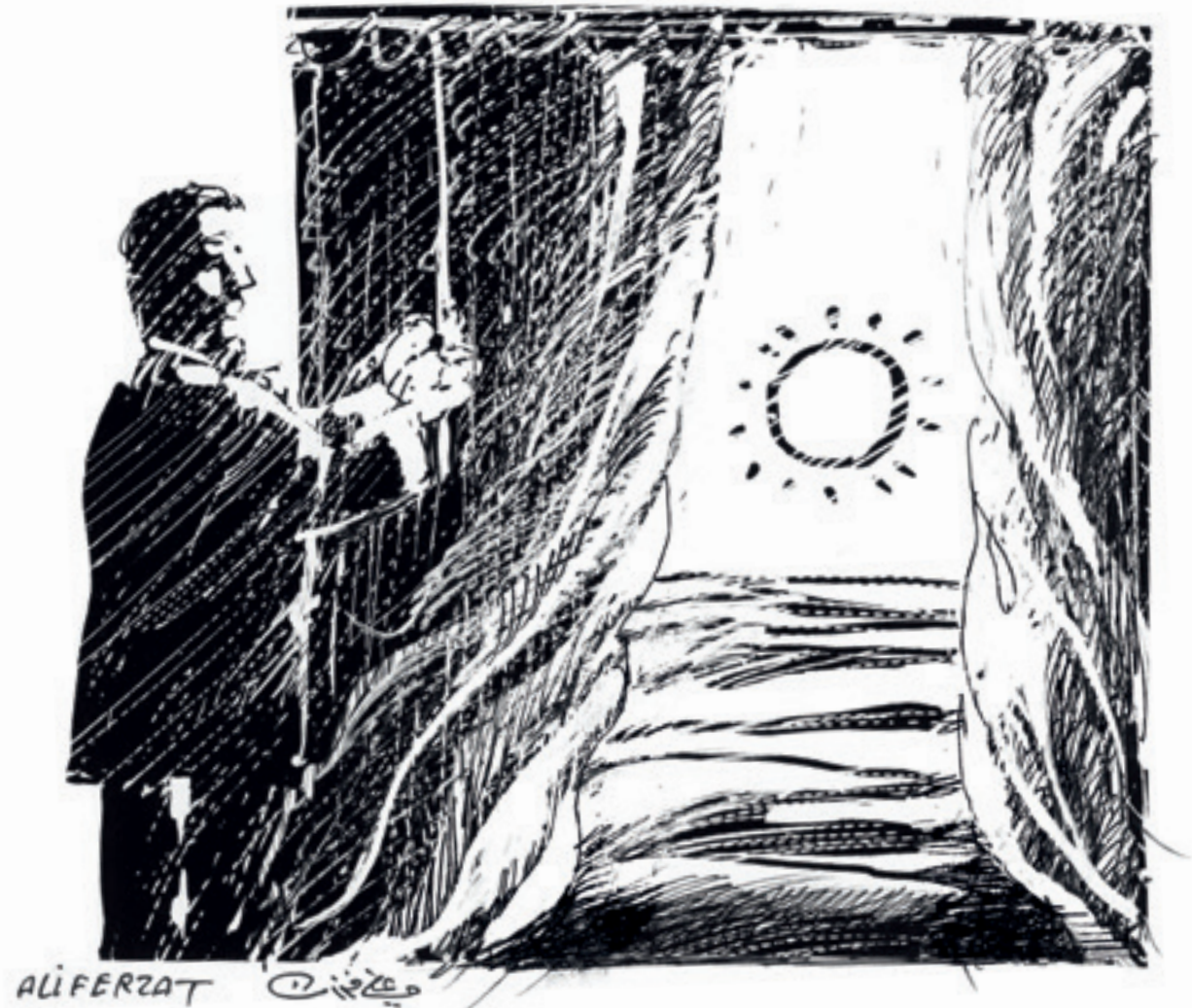
Er war gerade nach Verbüßung von sieben Jahren seiner 20-jährigen Haftstrafe aus dem Gefängnis entlassen worden, nachdem international erheblicher Druck ausgeübt worden war, als ihm das Europäische Parlament 1999 den Sacharow-Preis verlieh und ihn als den Führer des Widerstands in Timor-Leste und das Symbol des Kampfes seines Volkes für die Freiheit würdigte.

Nach seiner Entlassung – kurz nach dem von den Vereinten Nationen finanzierten Referendum vom 30. August, bei dem sich 80 % der Bevölkerung Osttimors für dessen Unabhängigkeit ausgesprochen hatten und so das Ende der indonesischen Besatzung und den Anfang des von den Vereinten Nationen geführten Übergangsprozesses einläuteten – versprach Xanana Gusmão alles in seiner Macht Stehende zu tun, um Osttimor und seinem Volk den Frieden zu bringen.

Im April 2002 gewann er die erste freie Präsidentschaftswahl in Osttimor mit einer breiten Unterstützung der Bevölkerung. Am 20. Mai 2002 verkündete der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, offiziell die Unabhängigkeit

der Demokratischen Republik Timor-Leste, und José Xanana Gusmão bekleidete bis Mai 2007 das Amt des Staatspräsidenten. Im Jahr 2008 überlebte er während seiner Amtszeit als Premierminister einen Attentatsversuch. Im Februar 2015 trat er vom Amt des Premierministers zurück, um für eine jüngere Generation politischer Führer Platz zu machen. Derzeit hat er das Amt des Ministers für Planung und strategische Investitionen inne.

Er arbeitet mit dem Europäischen Parlament bei Maßnahmen des Sacharow-Netztes zusammen.



³ Xanana Gusmão änderte seinen Namen von José Alexandre Gusmão in Kay Rala Xanana Gusmão. Kay Rala war sein *Kriegsname* während der Kämpfe für die Freiheit und Selbstbestimmung von Timor-Leste, während er in seiner Jugend als Xanana bekannt war.

Der Schriftsteller, Akademiker und Politiker **IBRAHIM RUGOVA** (1944–2006) verschrieb sich einem friedlichen Kampf um die Unabhängigkeit der albanischstämmigen Bevölkerung im Kosovo. Er war der erste Präsident des Kosovo.

Ibrahim Rugova kam in Cerrca (Istog) im heutigen Kosovo, im ehemaligen Jugoslawien, zur Welt. Er studierte in Priština und an der Sorbonne in Paris. Er unterrichtete Literatur, ist Autor von zehn Büchern und war Vorsitzender des Schriftstellerverbands des Kosovo, der im Zentrum des wachsenden Widerstands der albanischstämmigen Bevölkerung gegen die serbische Herrschaft im Kosovo stand.

1989 gründete er die Demokratische Liga des Kosovo, die erste Partei, die das kommunistische Regime direkt herausforderte, als der Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Milošević, den Autonomiestatus der Region Kosovo aufhob und sie unter serbische Kontrolle brachte.

Trotz der zunehmenden Unterdrückung führte Ibrahim Rugova die politische Bewegung an, die die Unabhängigkeit der selbst ausgerufenen Republik Kosovo proklamierte. 1992 wurde er zum Präsidenten einer Republik gewählt, die nur von Albanien anerkannt war. Trotz des anschließenden scharfen Vorgehens der Serben richtete er ein Bildungssystem und Krankenhäuser ein und führte eine zum serbischen System parallele Besteuerung der albanischstämmigen Bevölkerung ein.

Der Politiker der leisen Töne, dessen Markenzeichen ein Seidentuch war, wurde in den 1990er-Jahren als moderates, intellektuelles Gesicht des albanischen Widerstands gegen das Regime in Belgrad gesehen.

1998 wurde er im Amt bestätigt, obwohl der bewaffnete Konflikt zwischen serbischen Truppenteilen und der UCK, einer albanischen Guerillabewegung, eskalierte und zu einem scharfen Vorgehen des jugoslawischen Militärs führte.

Als Ibrahim Rugova den Sacharow-Preis annahm, mit dem ihn das Europäische Parlament 1998 als einen Mann ehrte, der sich für den Grundsatz des friedlichen Widerstands gegen Gewalt einsetzt, erklärte er, der Preis sei für ihn und alle Menschen im Kosovo die Anerkennung ihres friedlichen Kampfes und ihrer Opfer.

Er blieb in seinem gewaltfreien Widerstand gegen das serbische Regime entschieden und bekräftigte immer wieder seine Bereitschaft, mit Belgrad in den Dialog zu treten, weshalb er nicht mit dem nationalistischeren Adem Demaçi, seinem größten politischen Rivalen, übereinstimmte. Der „Gandhi des Balkans“ bemühte sich, die Welt für seine Sache zu gewinnen, und forderte die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, dem Kosovo Schutz zu gewähren.

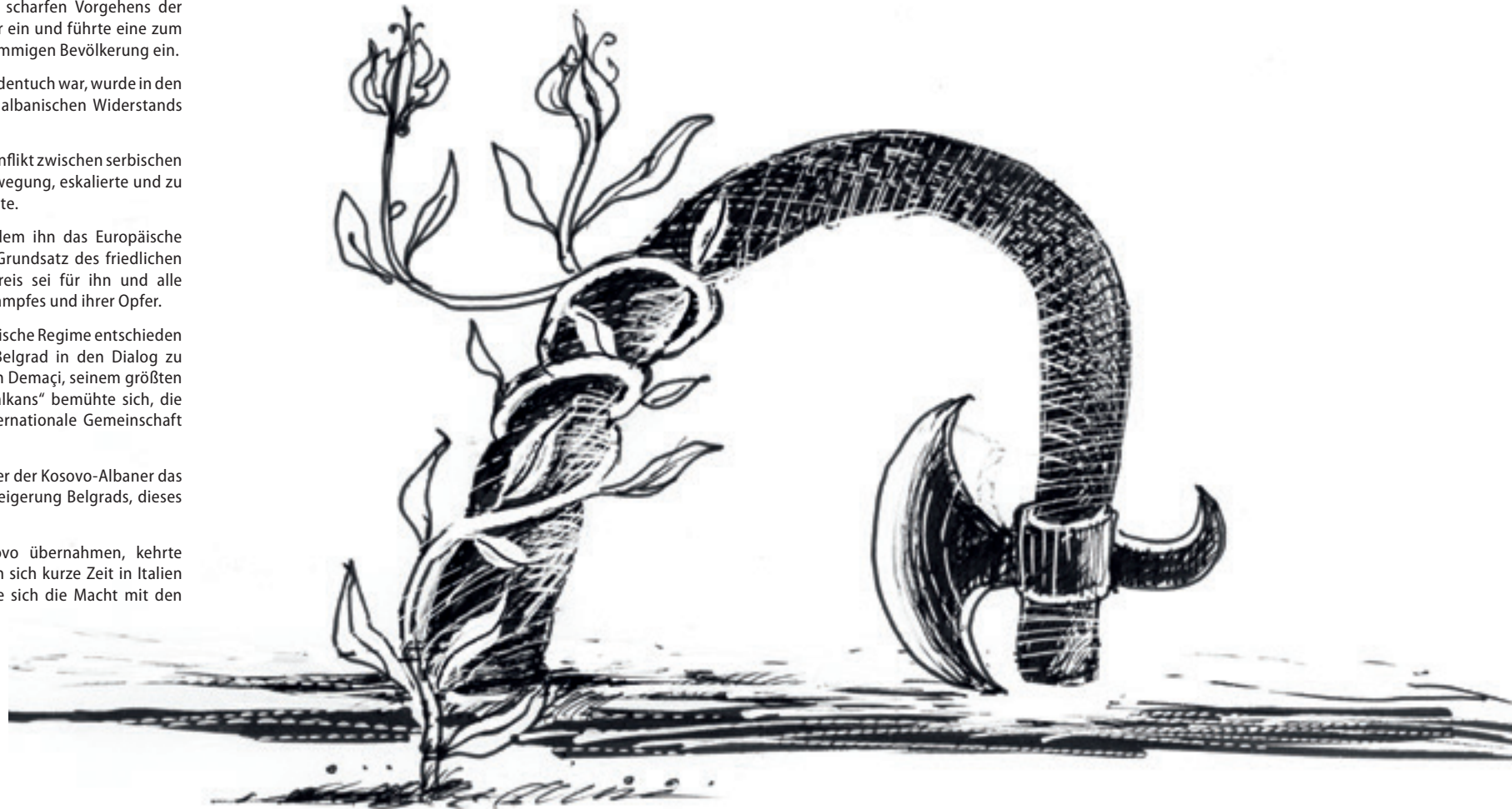
Am 18. März 1999 unterzeichnete er als Verhandlungsführer der Kosovo-Albaner das Friedensabkommen von Rambouillet, jedoch hatte die Weigerung Belgrads, dieses zu unterzeichnen, NATO-Luftangriffe zur Folge.

Als die Vereinten Nationen die Verwaltung des Kosovo übernahmen, kehrte Ibrahim Rugova, der 1999 das Kosovo verlassen hatte, um sich kurze Zeit in Italien aufzuhalten, in die kosovarische Politik zurück und teilte sich die Macht mit den

politischen Führern der UCK, die sich jetzt an der Spitze der Demokratischen Partei befanden.

2002 wurde er wieder zum Präsidenten gewählt und übte dieses Amt aus, bis er 2006 wenige Tage vor der geplanten Aufnahme der Verhandlungen über den endgültigen Status des Kosovo an Lungenkrebs starb.

Ibrahim Rugova war für viele der „Vater der Nation“.



SALIMA GHEZALI ist eine algerische Journalistin, Schriftstellerin und Aktivistin für die Rechte der Frauen und Demokratie in Algerien. Durch ihre mutige pazifistische Haltung während des algerischen Bürgerkriegs geriet sie in die Schusslinie der Regierung sowie der Islamisten, und die algerische Wochenzeitung „La Nation“, deren Chefredakteurin sie war, wurde von den Behörden geschlossen.

In den 1980er-Jahren begann Salima Ghezali, die derzeit Vorsitzende der Vereinigung für die Emanzipation der Frau ist, sich in der algerischen Frauenbewegung zu engagieren, unter anderem als Gründungsmitglied von „Frauen Europas und des Maghreb“ und als Chefredakteurin der von ihr gegründeten Frauenzeitschrift „NYSSA“.

Die ehemalige Lehrerin betätigte sich als Journalistin und wurde 1994 Chefredakteurin der französischsprachigen Zeitschrift „La Nation“, die in Algerien die meistgelesene Wochenzeitschrift ist. „La Nation“ war bis zu ihrer Schließung im Jahr 1996 das einzige Blatt, das sowohl die Regierung als auch die islamistischen Gruppen kritisierte und zum politischen Dialog aufrief und für die Menschenrechte und die Meinungsfreiheit für alle Konfliktparteien eintrat; 1991 hatte, nachdem die erste Mehrparteienwahl in Algerien seit der Unabhängigkeit aufgrund von Angst vor einem Sieg der Islamisten abgesagt worden war, ein elfjähriger Bürgerkrieg begonnen, der Zehntausende Menschen das Leben kostete.

Salima Ghezali gehörte einer Gruppe von Menschenrechtsverteidigern in Algerien an, die klein und machtlos zu sein schien, als ihre mutige Verteidigung der Meinungsfreiheit und ihr Einsatz für die Rechte der Frau 1997 durch das Europäische Parlament anerkannt wurden. Bei der Entgegennahme des Preises richtete sie die Aufmerksamkeit auf die dramatische Lage in Algerien nach Jahren des Krieges, wo Millionen von Männern, Frauen und Kindern in Angst leben, da ein zweifacher Terror ihnen ihr erstes Recht, das Recht auf Leben, nimmt.

Sie nahm 2011 die Herausgabe von „La Nation“ in Form einer Online-Zeitschrift wieder auf, als der Arabische Frühling die benachbarten Länder aufrüttelte, da „wir der Dynamik der jungen Menschen in der arabischen Welt gegenüber, die für ihre Würde und ihre Freiheit kämpfen“, so schreibt sie, „nicht gleichgültig sein können. Wir können nicht gegenüber dem, was in unserem Land geschieht, gleichgültig bleiben. Wir wünschen uns ein glückliches algerisches Volk, denn es hat sein Glück verdient. Wir fordern starke Institutionen, besseres Personal in einer wirklichen Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit.“ Seit dem Jahr 2000 engagiert sich Salima Ghezali auch politisch als Mitglied der *Front des Forces Socialistes* (FFS, Front Sozialistischer Kräfte) und Beraterin des historischen Leiters der FFS, Hocine Aït Ahmed.

Gemeinsam mit Nurit Peled und Taslima Nasreen, die ebenfalls Sacharow-Preisträgerinnen sind, veröffentlichte sie eine Stellungnahme, in der die politischen Führer und Vertreter der EU dazu aufgefordert werden, aktiv und offen den Beitritt der Palästinensischen Behörde zum Internationalen Strafgerichtshof zu fordern.

Salima Ghezali arbeitet mit dem Parlament und dem Sacharow-Netz bei der Verteidigung der Menschenrechte, insbesondere der Meinungsfreiheit, zusammen.



WEI JINGSHENG, der „Vater der chinesischen Demokratiebewegung“, lebt im Exil, ist jedoch weiterhin als Anführer der Opposition gegen das kommunistische Regime in China aktiv tätig.

Sein Werk „The Courage to Stand Alone: letters from Prison and Other Writings“ (Der Mut, alleinzustehen: Briefe aus dem Gefängnis und andere Schriften) enthält Artikel, die er ursprünglich auf Toilettenpapier im Gefängnis geschrieben hatte und die nun in über zwölf Sprachen übersetzt wurden.

Er wurde zweimal zu einer Gefängnisstrafe von insgesamt 29 Jahren verurteilt und war über 18 Jahre für seine Aktivitäten und Schriften zur Unterstützung der Demokratie inhaftiert. Zu seinen Werken gehört auch der bahnbrechende Essay von 1978 mit dem Titel „The Fifth Modernization: Democracy“ (Die fünfte Modernisierung: Demokratie). Es begann als eine unterzeichnete Wandzeitung auf der „Mauer der Demokratie“ in Peking, auf der Arbeiter, Künstler und Intellektuelle ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnahmen. Sein Essay verursachte einen Skandal, nicht nur weil es die „demokratische Diktatur des Volkes“ der Kommunisten öffentlich angriff, sondern auch, weil Wei Jingsheng es gewagt hatte, die Wandzeitung mit seinem Namen unter Angabe von Kontaktinformationen zu unterzeichnen.

In dem von Wei Jingsheng gegründeten und verlegten Underground-Magazin „Exploration“ schrieb er 1979 „Wollen wir Demokratie oder eine neue Diktatur?“ und bezeichnete den Kommunistenführer Deng Xiaoping als den neuen Diktator. Er wurde innerhalb weniger Tage verhaftet und wegen „Konterrevolution“ zu 15 Jahren Haft verurteilt. Diese verbrachte er zunächst in der Todeszelle, dann in Einzelhaft und anschließend unter strenger Aufsicht bis 1993 in Zwangsarbeitslagern, bis er aufgrund des Beschlusses Chinas, sich für die Austragung der Olympischen Spiele 2000 zu bewerben, freigelassen wurde.

Sechs Monate später wurde er ein zweites Mal verhaftet und erneut wegen „Konterrevolution“ zu weiteren 14 Jahren Gefängnis verurteilt.

Als ihm 1996 der Sacharow-Preis verliehen wurde, war er noch im Gefängnis. Im Jahr 1997 wurde Wei Jingsheng nach erheblichem internationalem Druck, der u. a. durch den damaligen US-Präsidenten Bill Clinton ausgeübt worden war, aus seiner Haft entlassen und sofort in die Vereinigten Staaten abgeschoben. Er hält daran fest, dass das Exil keine Freilassung, sondern eine weitere Strafe ist.

Von Washington aus leitet er die Wei-Jinsheng-Stiftung, die Overseas Chinese Democracy Coalition und die Asia Democracy Alliance und ist weiterhin eine starke Stimme für die Demokratie und die Menschenrechte in China.

Er beteiligt sich aktiv an den Konferenzen des Sacharow-Netzes und fordert europäische und internationale Unterstützung für die Befreiung inhaftierter Menschenrechtsverteidiger in China.



LEYLA ZANA wurde im Jahr 1991 als erste kurdische Frau ins türkische Parlament gewählt. Danach saß sie wegen ihres prokurdischen politischen Engagements eine Haftstrafe von mehr als zehn Jahren ab.

Im Juni 2015 schrieb sie als Mitglied der ersten prokurdischen Partei, die mit einem Programm des Friedens und der Inklusion der Minderheiten ins türkische Parlament einzog, erneut Geschichte. Ihre erneute Kandidatur war für die Neuwahlen im November 2015 vorgesehen, die anberaumt wurden, nachdem keine Regierung rechtzeitig gebildet werden konnte.

Sie wurde 1961 geboren und heiratete im Alter von 14 Jahren den Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, der während der Militärherrschaft in den 1980er-Jahren zum politischen Gefangenen wurde. Leyla Zana wurde für zwei Monate inhaftiert, als sie einen Protest von Familien anführte, die ihre Angehörigen nicht im Gefängnis besuchen durften. Während dieser Zeit und auch für Gefängnisbesuche bei ihrem Ehemann lernte sie Türkisch, da die Sicherheitskräfte den Gebrauch von Kurdisch mit Prügeeln bestraften. Sie nahm die Schulbildung mit 23 Jahren auf und schloss die Grund- und Sekundarbildung innerhalb von drei Jahren ab. Im Anschluss daran übernahm sie ungebeten eine Führungsrolle.

1991 wurde sie mit überwältigender Mehrheit ins türkische Parlament gewählt. Im öffentlichen Raum Kurdisch zu sprechen galt zu diesem Zeitpunkt als Straftat. Sie sagte bei der Vereidigung jedoch auf Kurdisch: „Ich leiste den Eid für die Verbrüderung des türkischen und des kurdischen Volkes.“ Dafür wurde ihr die parlamentarische Immunität entzogen, und 1994 wurde sie zu einer 15-jährigen Haftstrafe wegen „Verrat und Mitgliedschaft in der bewaffneten Kurdischen Arbeiterpartei (PKK)“ verurteilt. Bei der Urteilsverkündung sagte sie: „Ich akzeptiere keine dieser Anschuldigungen. Und wenn sie wahr wären, würde ich die Verantwortung für sie übernehmen, selbst wenn es mein Leben kosten würde. Ich habe die Demokratie, die Menschenrechte und die Verbrüderung zwischen den Völkern verteidigt. Und ich werde dies weiterhin bis zu meinem Tode tun.“ Das Europäische Parlament verlieh ihr 1995 den Sacharow-Preis, da es in ihr ein Symbol für den friedlichen Kampf für die Menschenrechte und die Menschenwürde der Kurden sah.

2004 konnte sich Leyla Zana schließlich persönlich an das Europäische Parlament wenden, nachdem ihre Entlassung aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und internationalen Drucks nur noch eine Formsache gewesen war.

Sie wurde seitdem mehrmals angeklagt, saß jedoch keine weiteren Gefängnisstrafen mehr ab. 2014 entschied das Oberste Berufungsgericht, dass die Beweise für ihre vermeintliche Mitgliedschaft in der PKK „nicht glaubhaft“ waren.

2009 wurde sie mit einem fünfjährigen Verbot belegt, einer politischen Partei beizutreten, wurde jedoch 2011 als Parteilose wiedergewählt. Nach Ablauf ihres Parteiverbots im Jahr 2014 trat sie der HDP (Demokratische Partei der Völker) bei, die bei der Wahl im Juni 2015 die erste prokurdische Partei war, die die 10%-Hürde für den Einzug ins Parlament überwand.

Leyla Zana beteiligte sich aktiv an den Friedensverhandlungen, die dazu führten, dass der PKK-Anführer Abdullah Öcalan 2013 seinen historischen Aufruf an die PKK richtete, nach drei Jahrzehnten des Konflikts von einem bewaffneten Widerstand zu einem demokratischen politischen Kampf überzugehen. Als der Waffenstillstand im Vorfeld der Neuwahlen 2015 aufgekündigt wurde, forderte Zana nachdrücklich ein Ende des Tötens. Leyla Zana arbeitet aktiv mit dem Europäischen Parlament und dem Sacharow-Netz zusammen.



Die exilierte bangladeschische Schriftstellerin zog 2015 in die USA, nachdem sie Morddrohungen von Al-Qaida-Extremisten erhalten hatte, die in die brutale Ermordung von drei säkularen Bloggern im ersten Halbjahr 2015 in Bangladesch verwickelt waren.

Vor ihrem Umzug hatte sie im Exil in Indien gelebt, nachdem sie aufgrund ihrer Werke und weltlichen Ansichten von religiösen Extremisten aus ihrem Land vertrieben worden war.

TASLIMA NASREEN wurde im Jahr 1962 in Bangladesch geboren und begann im Alter von 13 Jahren mit dem Schreiben. Sie ist bekannt für ihre beeindruckende Darstellung der Unterdrückung der Frauen und ihre kritische Einstellung gegenüber der Religion, an der sie trotz der Verbannung ins Exil und zahlreicher Todesdrohungen seitens Fundamentalisten unerschrocken festhält. Die Werke der preisgekrönten Schriftstellerin wurden in dreißig Sprachen übersetzt.

Die Physikerin, säkulare Humanistin und Menschenrechtlerin fühlt sich eindeutig als Bengalin. Aufgrund ihrer Vorstellungen und Ideen sind jedoch einige ihrer Bücher in Bangladesch verboten, und sie wurde aus Bengalen verbannt. Vor ihrem Umzug in die USA lebte sie in Neu-Delhi, nachdem sie im Jahr 2011 durch eine von Klerikern aus Kalkutta verhängte Fatwa aus dem westlichen Teil Bengalens in Indien – für sie ihre zweite Heimat – verbannt worden war.

Als ihr im Jahr 1994 der Sacharow-Preis verliehen wurde, war sie bereits nach Europa geflüchtet und lebte in Frankreich und Schweden im Exil. In ihrer Dankesrede sagte sie, sie komme aus einem Teil der Welt, in dem die sozialen Spannungen und menschlichen Schwierigkeiten unerträglich seien. Als Schriftstellerin könne sie ihre Augen vor dem täglichen Leid und dem Hunger nicht verschließen.

Taslina Nasreen kämpft gegen Extremismus in allen Religionen und arbeitet mit dem Europäischen Parlament und dem Sacharow-Netz in den Bereichen Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit zusammen. Dabei forderte sie Unterstützung für die säkularen Bewegungen in Bangladesch zur Bekämpfung des zunehmenden islamistischen Fundamentalismus. Gemeinsam mit Nurit Peled und Salima Ghezali, die ebenfalls Sacharow-Preisträgerinnen sind, veröffentlichte sie eine Stellungnahme, in der führende Politiker und Vertreter der EU dazu aufgefordert werden, aktiv und offen den Beitritt der Palästinensischen Behörde zum Internationalen Strafgerichtshof zu fordern.

2015 schrieb sie nach dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ in Paris öffentlich über die Notwendigkeit, den Islam zu reformieren und zu modernisieren. Laut Taslima Nasreen werden Grundsätze der Meinungsfreiheit alleine nicht nutzen: „Man muss verstehen, nach welchem Grundsatz die Terroristen ticken und was sie dazu bringt, zu Waffen zu greifen. Es ist wichtig, die Indoktrination von Kindern mit irrationalen religiösen Glauben zu Hause und in Einrichtungen wie Koranschulen und Moscheen zu beenden.“



„OSLOBODJENJE“ ist eine bosnische Tageszeitung. Der Name bedeutet *Befreiung*, und die Tageszeitung war eine Rettungsinsel für die Menschen, die im Krieg im ehemaligen Jugoslawien zwischen 1992 und 1996 bei der Belagerung Sarajevos eingesperrt waren, da sie mit Ausnahme eines einzigen Tages täglich herausgebracht wurde.

Die Mitarbeiter von „Oslobodjenje“ waren Bosnier, bosnische Serben und bosnische Kroaten. Keiner verließ die Tageszeitung, als der Krieg ausbrach, auch wenn sie die Möglichkeit dazu hatten. Sie blieben und kämpften für den Erhalt der Einheit und der ethnischen Vielfalt ihrer Stadt und ihres Landes und bewiesen, dass die großserbische Propaganda, ein friedliches Zusammenleben von Serben, Kroaten und Moslems sei unmöglich, eine Lüge war.

Bis zum Ende des Krieges wurden von den 75 mutigen Journalisten, die täglich ihr Leben aufs Spiel setzten, fünf getötet und 25 verletzt. Sie alle erlebten persönliche Tragödien, wie den Tod geliebter Menschen. Sie wurden durch die Morde, die sie täglich miterlebten, traumatisiert.

Das Gebäude der Zeitung „Oslobodjenje“ lag in einem der gefährlichsten Kampfgebiete Sarajevos und wurde in ein Trümmerfeld verwandelt. Die Mitarbeiter zogen in einen Luftschutzbunker um, improvisierten mit Stromgeneratoren aus alten Lada-Motoren und überquerten auf ihrem Weg zur Arbeit täglich die Heckenschützen-Allee. Dabei kamen sie den Schützen so nahe, dass sie sie sprechen und singen hören konnten.

„Unsere Bemühungen richteten sich gegen den Tod und gegen die Teilung oder gar Streichung Bosnien-Herzegowinas von der Landkarte“, sagte Zlatko Dizdarević, einer der damaligen Redakteure.

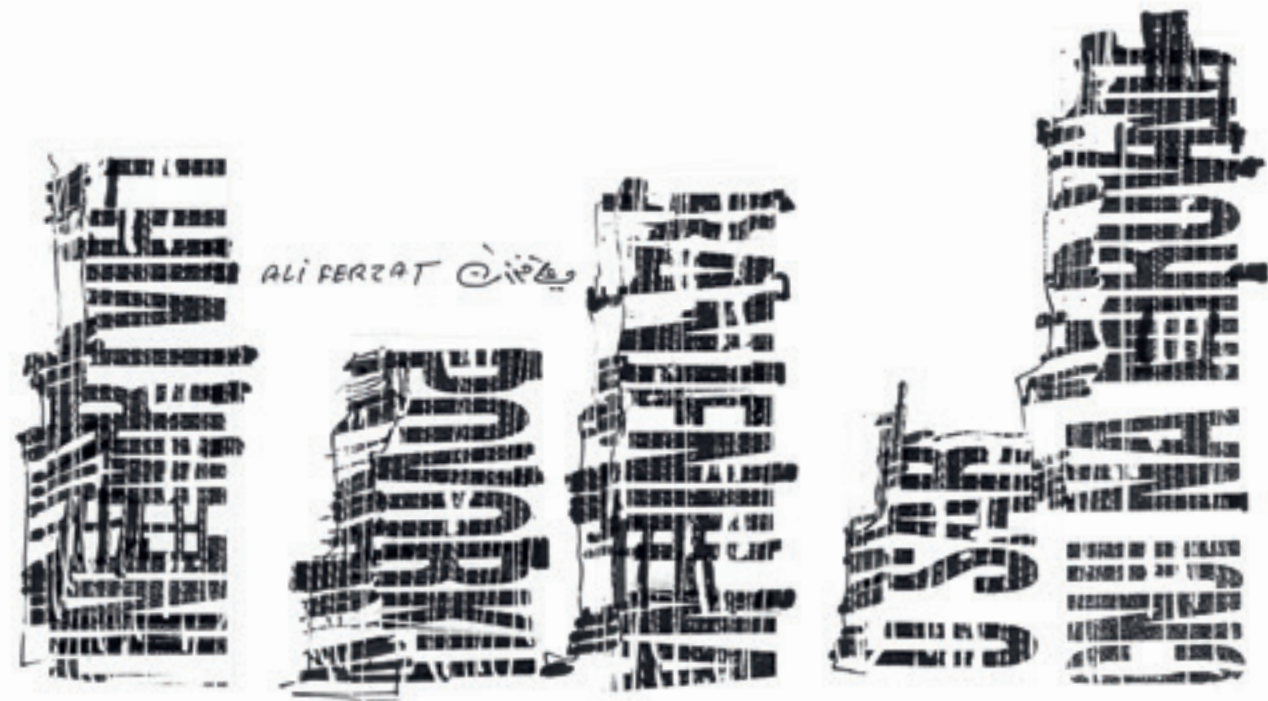
Für die Mitarbeiter von „Oslobodjenje“ war ihre tägliche Arbeit ein Symbol ihres Widerstands. Wenn den Fahrern das Ausliefern der Zeitungen zu riskant war, übernahmen es die Journalisten selbst, und als das „Oslobodjenje“-Netz, das in ganz Bosnien aus 700 Kiosken bestand, zerschlagen wurde, wurden die Seiten zerschnitten, per Fax gesendet und wieder zusammengeklebt, damit die Bürger in anderen umkämpften Städten wie Mostar sie ebenfalls lesen konnten.

Den Verlegern von „Oslobodjenje“ wurde im Jahr 1993 von der World Press Review für ihren „Mut, ihre Standhaftigkeit und ihren Einsatz für die Grundsätze des Journalismus“ der Titel „International Editors of the Year“ verliehen. Sie gewannen weitere journalistische Auszeichnungen.

Im Jahr 2006 wurde die Zeitung von zwei der größten Betriebe der Stadt gekauft, und auf ihrer Website steht jetzt, dass sich die Organisation zwar deutlich geändert hat, das Engagement für Freiheit und Gerechtigkeit bleibe aber weiterhin stark.

Bei den Konferenzen des Sacharow-Netzes wurde „Oslobodjenje“ von der Chefredakteurin Vildana Selimbegovic vertreten. Sie gehörte zu den Mitarbeitern in der Kriegszeit und geht ihrer Arbeit noch immer mit vollem Engagement nach, obwohl sie von den Erlebnissen des Krieges geprägt ist.

1993
OSLOBODJENJE



Die Bewegung **MADRES DE PLAZA DE MAYO** entstand in Argentinien aus der Suche der Mütter nach ihren während des „Schmutzigen Kriegs“ (1976–1983) verschwundenen Kindern. Das Militärregime entführte, folterte und tötete Tausende politische Gegner, verschleppte die Babys von Häftlingen und verwischte alle Spuren ihrer Opfer.

Die Mütter der Plaza de Mayo, bei denen es sich überwiegend um unpolitische Hausfrauen handelte, waren diejenigen, die während des Höhepunkts der Diktatur den Mut hatten zu demonstrieren und nach dem Sturz des Regimes Prozesse gegen beteiligte Militärs veranlassten, von denen Hunderte schuldig gesprochen wurden.

Die Bewegung nahm am 30. April 1977 ihren Anfang, als 14 Mütter auf der Plaza de Mayo vor dem Präsidentenpalast, der „Casa Rosada“, zum ersten Mal protestierten. Nachdem sie aufgefordert worden waren auseinanderzugehen, bewegten sich Paare mutiger Mütter langsam Arm in Arm auf dem Platz. Jede Woche nahmen mehr Mütter an dem Protest teil, da immer mehr linke Aktivisten und Menschen, die der Kollaboration mit ihnen beschuldigt wurden, „verschwanden“.

Die Mütter mit ihren symbolträchtigen weißen Kopftüchern, den Fotos und Namen ihrer verschwundenen Kinder und ihre flehentlichen Bitten, sie zurückzubekommen, begannen internationale Aufmerksamkeit zu erregen, sodass das Regime drei der Gründerinnen umbrachte, um der Bewegung ein Ende zu bereiten. Im Dezember 1977 wurden Azucena Villaflor de Vincenti, Mary Ponce de Bianco und Esther Ballestrino de Careaga entführt, gefoltert und lebend aus einem Flugzeug geworfen. Weitere Mitglieder wurden verprügelt und inhaftiert, setzten ihren friedlichen Widerstand jedoch fort.

Als die massiven Menschenrechtsverletzungen, eine tiefe Wirtschaftskrise und der verlorene Falklandkrieg dem Militärregime 1983 ein Ende bereiteten, konzentrierten sich die Mütter auf die Forderung nach Gerechtigkeit.

1986 spalteten sich die Mütter der Plaza de Mayo in die Línea Fundadora (Gründungslinie), die sich auf Gesetze und Exhumierungen konzentrierte, und in die Asociación (Vereinigung), den radikaleren und politischeren Flügel, der den Tod der Kinder nicht anerkennen wollte, bevor alle Verantwortlichen gerichtlich belangt werden.

Die Asociación setzte sich nachdrücklich gegen das Ende der Gerichtsverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärdiktatur ein, als das Europäische Parlament die Mütter der Plaza de Mayo 1992 mit dem Sacharow-Preis würdigte.

Hebe de Bonafini, die 1979 zur Anführerin der noch ungespaltenen Madres gewählt worden war und noch heute die Asociación leitet, nahm den Sacharow-Preis für die Kinder der Mütter an, „die die Ersten waren, die für die Freiheit kämpften“. Mit dem Preisgeld finanzierten die Madres ihre unterschiedlichen sozialen Initiativen, zu denen auch die *Universidad Popular Madres de Plaza de Mayo* gehört, und Hebe de Bonafini nahm 2008 an der Gründungskonferenz des Sacharow-Netzes teil.

Sowohl die Asociación als auch die Línea Fundadora unterstützen die Strafverfolgung der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagten Personen durch die derzeitige Regierung Argentiniens.

Die Madres führen ihre traditionell donnerstags abgehaltenen Proteste auf der Plaza de Mayo fort, denen sich viele Unterstützer anschließen und die von den bleibenden Fragen über das Schicksal ihrer vermissten Kinder begleitet werden.

1992

DIE MÜTTER DER
PLAZA DE MAYO



ADEM DEMAÇI ist das Symbol für den Kampf für die Unabhängigkeit des Kosovo. Er war viele Jahre in leitenden Funktionen in der Politik des Landes tätig und ein langjähriger politischer Gefangener, der insgesamt 28 Jahre im Gefängnis verbrachte, da er sich gegen die Behandlung der albanischstämmigen Bevölkerung aussprach und den Kommunismus unter dem jugoslawischen Diktator Josip Broz Tito kritisierte.

Der 1936 in Priština, Kosovo, geborene Schriftsteller veröffentlichte seine ersten Kurzgeschichten, als er noch Schüler war. Er studierte Literatur, Jura und Pädagogik und veröffentlichte zwischen 1953 und 1958 etwa 20 Kurzgeschichten und einen Roman mit dem Titel „Die Schlangen des Blutes“, in dem es um Blutrache im Kosovo und in Albanien geht und mit dem er als Schriftsteller berühmt wurde. Seine literarischen Werke führten zu seiner ersten Festnahme im Jahr 1958. Danach verbrachte er bis 1990 viel Zeit seines Lebens im Gefängnis, da er für die Grundrechte der Albaner im Kosovo eintrat und seine Stimme erhob, um die bittere Wahrheit über die serbische Unterdrückung der zwei Millionen kosovarischen Albaner zu verkünden.

Er wurde von den Menschenrechtlern als politischer Häftling anerkannt und wurde als „Mandela des Balkans“ bekannt. Nach seiner Freilassung übernahm Adem Demaçi die Leitung des Rates für die Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten.

1991 wurde ihm für seine Integrität in seinem Widerstand gegen ein „autoritäres und intolerantes Regime“ vom Europäischen Parlament der Sacharow-Preis verliehen. Adem Demaçi nahm den Preis als eine Hommage an die Bevölkerung des Kosovo an und sagte: „Das freie Wort ist der erste unabdingbare Schritt hin zur Demokratie. Ohne das freie Wort gibt es keinen Dialog, ohne Dialog kann man die Wahrheit nicht finden, und ohne Wahrheit ist Fortschritt unmöglich.“

Im Jahr 1996 wurde er erstmals politisch tätig, indem er der PPK (Parlamentspartei von Kosovo) beitrug und zu deren Vorsitzenden gewählt wurde. Er rief zu offenen Protesten gegen das serbische Regime auf, da Gewaltlosigkeit nicht mit Passivität gleichgesetzt werden könne. Er begann eine sichtbare, aber gewaltfreie Protestkampagne gegen die serbische Regierung. In diesem Rahmen rief er die Kosovaren auf, zu einem festgelegten Zeitpunkt eine Minute lang still auf der Straße stehen zu bleiben.

Als Vorsitzender der zweitgrößten Partei des Kosovo lehnte er es ab, bei der Untergrund-Wahl 1998 gegen seinen wichtigsten Rivalen, Ibrahim Rugova, anzutreten, da er es nicht für angemessen hielt, „politische Spiele zu spielen“, während der bewaffnete Konflikt mit Serbien aufgrund dessen scharfen Vorgehens gegen den Kosovo eskalierte.

Adem Demaçi schloss sich 1998 der UCK als deren politischer Vertreter an, da er zu der Überzeugung gekommen war, dass mit der Politik der Gewaltlosigkeit die Freiheit für die Bevölkerung des Kosovo nicht erreicht wurde, die seiner Auffassung nach ein Recht hatte, sich gegen die brutale Unterdrückung zu wehren.

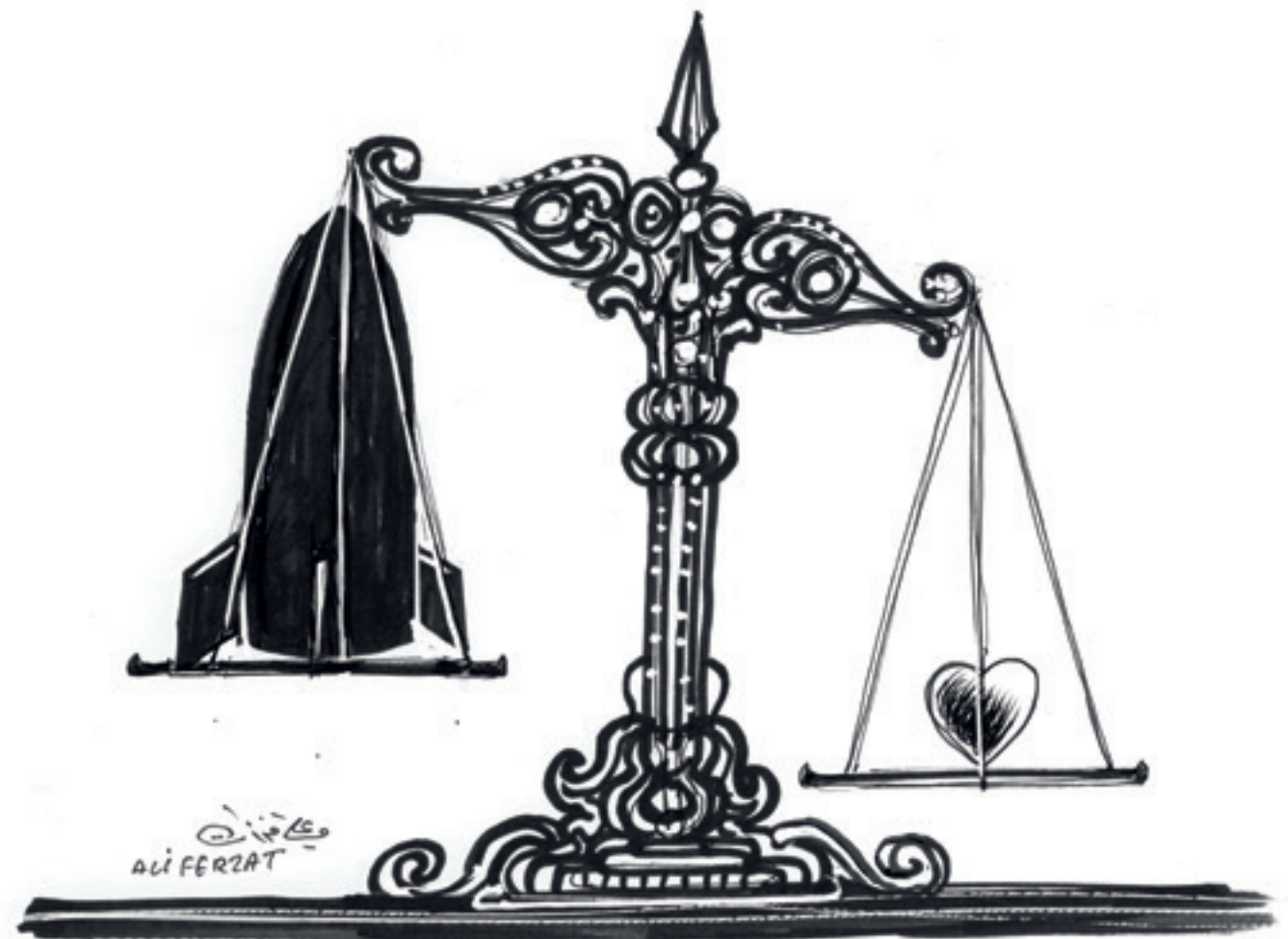
1999 verließ er die UCK aus Protest gegen ihre Entscheidung, an den Friedensgesprächen von Rambouillet zur Beendigung des Konflikts mit Serbien teilzunehmen. Er kritisierte, dass in dem Vertragsentwurf die Unabhängigkeit des Kosovo nicht garantiert wurde.

Adem Demaçi blieb im Kosovo, als der Konflikt 1999 durch das Scheitern der Gespräche erneut entfacht wurde, und kritisierte andere Anführer wie Ibrahim Rugova dafür, dass sie das Land in einem historischen Moment verließen. Während des Krieges beschrieb Adem Demaçi das Kosovo als „das größte Gefängnis Europas“. Er selbst wurde zweimal von den serbischen Behörden festgenommen.

Seit dem Krieg widmet er sich vorrangig der ethnischen Aussöhnung und der Rückkehr der Flüchtlinge. Er übernahm den Vorsitz des Komitees für gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Koexistenz, dem Vertreter aller ethnischen Volksgruppen des Kosovo angehören, „weil das Kosovo allen gehört“ und „weil wir (...) eine freie, demokratische und multiethnische Gesellschaft wollen“.

Er ist weiterhin ein politischer Meinungsführer im Kosovo und trat 2015 vor dem Hintergrund der wiederaufgenommenen Gespräche zwischen Priština und Belgrad für Veränderungen des Wahlsystems im Kosovo ein.

Adem Demaçi nahm 2008 an der Gründungskonferenz des Sacharow-Netzes teil.





AUNG SAN SUU KYI wurde als Anführerin der demokratischen Oppositionsbewegung in Myanmar im Jahr 1990 mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet. Erst dreiundzwanzig Jahre später, am 22. Oktober 2013, konnte Aung San Suu Kyi endlich den Sacharow-Preis für geistige Freiheit selbst entgegennehmen.

In einer feierlichen Zeremonie im Europäischen Parlament richtete die langjährige politische Gefangene einen eindringlichen Appell an die gewählten Volksvertreter aus 28 Mitgliedstaaten, in dem sie sich für die Achtung der demokratischen Werte einsetzte und betonte, dass der Übergang zur Demokratie in Birma noch lange nicht vollendet sei. Durch die derzeitige Verfassung erhalte das Militär eine privilegierte Rolle, es seien jedoch Reformen notwendig, damit die birmanischen Bürger im Einklang mit ihrem Gewissen leben und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können. Sie forderte die internationale Gemeinschaft auf, die Entwicklung der Demokratie und der Menschenrechte in Myanmar/Birma weiterhin zu unterstützen, und dankte dem Europäischen Parlament für sein dauerhaftes Engagement für ihr Anliegen.

Sie ist die Tochter von Aung San, einem Nationalhelden des Unabhängigkeitskampfes von Myanmar, der ermordet wurde, als seine Tochter zwei Jahre alt war, und von Khin Kyi, einer bekannten Diplomatin Birmas. Suu Kyi kehrte im Jahr 1988 nach Birma zurück, um ihre sterbende Mutter zu pflegen, und erlebte eine brutale Niederschlagung der Proteste gegen das autoritäre Ne-Win-Regime. Die Massaker veranlassten die „Dame“, wie sie genannt wird, dazu, einen gewaltfreien Kampf für Demokratie und Menschenrechte zu beginnen. Im Jahr 1990 errang ihre Nationale Liga für Demokratie mit ihr eine überwältigende Mehrheit bei der Wahl in dem Land, aber die Militärjunta weigerte sich nicht nur, die Macht abzutreten, sondern ging mit Verhaftungen und blutigen Repressalien gegen die Anhänger der Liga vor.

Suu Kyi verbrachte die meiste Zeit der zwanzig Jahre nach 1990 im Gefängnis oder unter Hausarrest, und die Behörden verweigerten ihrem britischen Ehemann die Einreise nach Myanmar, obwohl bei ihm Krebs diagnostiziert worden war. Sie forderten Aung San Suu Kyi auf, das Land stattdessen zu verlassen. Da Suu Kyi jedoch davon ausgehen musste, dass ihr die Rückreise verweigert würde, lehnte sie ab und sah ihren Ehemann bis zu dessen Tod im Jahr 1999 nicht wieder.

Als im Jahr 2010 erstmalig nach 20 Jahren Wahlen in Myanmar stattfanden, stand Aung San Suu Kyi immer noch unter Hausarrest, der jedoch sechs Tage danach aufgehoben wurde.

Im Zuge erster demokratischer Reformen trat Suu Kyi im April 2012 in einer parlamentarischen Nachwahl an, in der sie und ihre Partei 43 der freien 45 Sitze errangen und sie zur Führerin der parlamentarischen Opposition wurde.

Als Oppositionsführerin warb sie für eine Änderung der Verfassung von Myanmar, die es ihr ermöglichen würde, bei der Präsidentschaftswahl anzutreten, was ihr aufgrund einer Bestimmung untersagt ist, die Kandidaten mit engen Verbindungen zu einem ausländischen Staatsangehörigen ausschließt. Die Söhne von Aung San Suu Kyi besitzen die britische Staatsangehörigkeit.

Ihren Bemühungen, bei der für November 2015 geplanten Wahl anzutreten, wurde durch eine Abstimmung des Parlaments von Myanmar/Birma im Juni 2015 ein Ende bereitet, mit der die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen abgelehnt wurden. Ihrer Nationale Liga für Demokratie waren große Gewinne prognostiziert worden.

ALEXANDER DUBČEK (1921–1992) war eine prägende Gestalt der Reformbewegung in der Tschechoslowakei, die 1968 unter dem Namen „Prager Frühling“ bekannt wurde.

Er stammte aus einer Familie, die sich für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion einsetzte. Heimlich trat er im Jahr 1939 der Kommunistischen Partei bei und schloss sich der Widerstandsbewegung gegen den prodeutschen slowakischen Staat an.

Im Jahr 1968 wurde Dubček, ein begeisterter Kommunist, zum neuen ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ernannt und versuchte, das kommunistische Regime zu liberalisieren. Er regte eine Reihe von Reformen an, räumte der Presse größere Meinungsfreiheit ein, rehabilitierte die Opfer der politischen Säuberungen der Stalin-Ära und leitete Wirtschaftsreformen und eine umfassende Demokratisierung des politischen Lebens in der Tschechoslowakei ein. Seine Reformen beunruhigten Moskau, und sein Versuch, dem Sozialismus ein „menschliches Antlitz“ zu geben, wurde am 21. August 1968 zunichtegemacht, als Streitkräfte des Warschauer Pakts Prag unter ihre Kontrolle brachten. Dubček wurde vom KGB in den Kreml entführt und vorübergehend festgehalten.

Im Jahr 1970 wurde er des Verrats beschuldigt, all seiner Ämter enthoben und aus der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ausgeschlossen. Nachdem er fünfzehn Jahre als einfacher Arbeiter gelebt hatte, kehrte er im Jahr 1988 als Bürgerrechtsaktivist ins aktive politische Leben zurück.

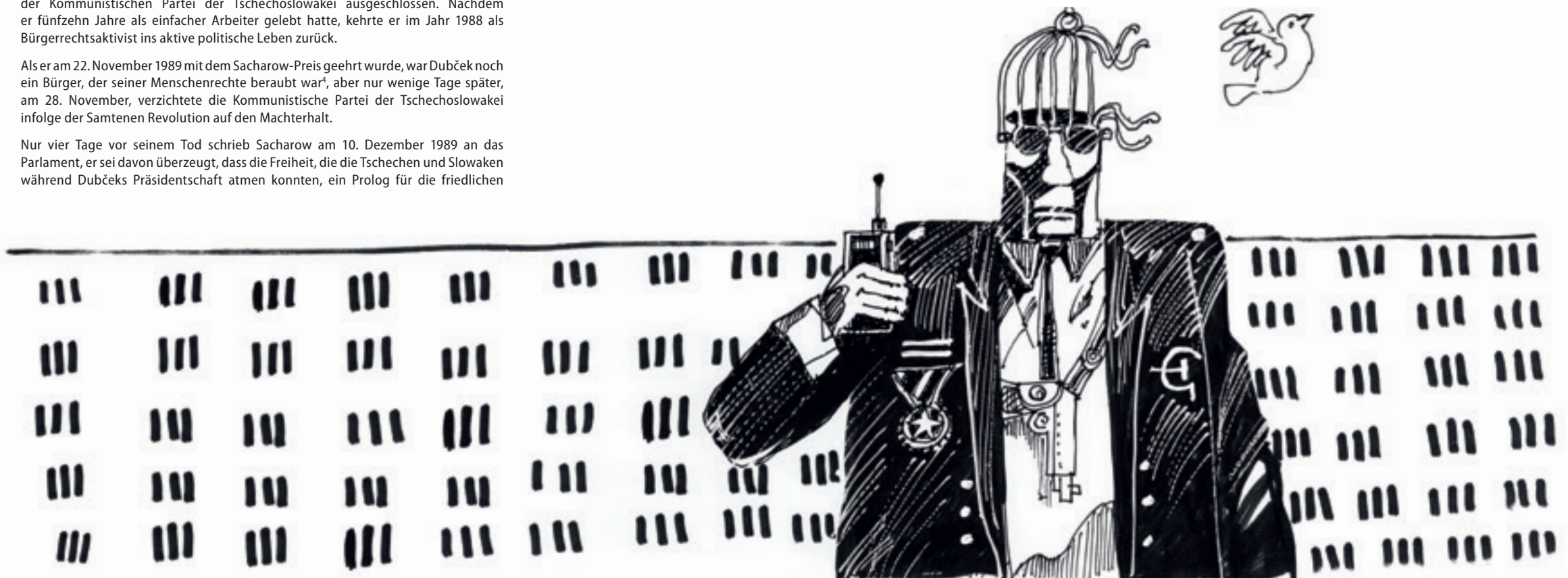
Als er am 22. November 1989 mit dem Sacharow-Preis geehrt wurde, war Dubček noch ein Bürger, der seiner Menschenrechte beraubt war⁴, aber nur wenige Tage später, am 28. November, verzichtete die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei infolge der Samtenen Revolution auf den Machterhalt.

Nur vier Tage vor seinem Tod schrieb Sacharow am 10. Dezember 1989 an das Parlament, er sei davon überzeugt, dass die Freiheit, die die Tschechen und Slowaken während Dubčeks Präsidentschaft atmen konnten, ein Prolog für die friedlichen

Revolutionen gewesen sei, die zu jener Zeit in Osteuropa und in der Tschechoslowakei selbst stattfanden.

Nach der Revolution in der ČSSR im Jahr 1989 wurde Dubček zum Präsidenten der Bundesversammlung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik von 1989 bis 1992 gewählt. Als er im Januar 1990 den Sacharow-Preis entgegennahm, sagte er in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament: „Selbst in den schwierigsten Zeiten ihrer Existenz haben die Bevölkerungsgruppen meines Landes sich stets als Teil des großen Menschheitskampfes für die Freiheit verstanden“, und stellte fest, dass während des Zeitraums zwischen Prager Frühling und Samtener Revolution „die Ideen [...] der Freiheit, der Souveränität und der sozialen Gerechtigkeit“ lebendig geblieben seien.

Alexander Dubček kam im November 1992 bei einem Autounfall ums Leben.



⁴ 25 Jahre Sacharow-Preis: Der Einsatz des Europäischen Parlaments für die Gedankenfreiheit, Archiv- und Dokumentationszentrum, Europäisches Parlament, Schriftenreihe Cardoc, Nr. 11 – November 2013, S. 55.

Wie Mandela selbst einmal sagte, zählt im Leben nicht allein die Tatsache, dass wir gelebt haben. Wichtig sei vielmehr, wie wir das Leben anderer verändert haben.

NELSON ROLIHLAHLA MANDELA starb am 5. Dezember 2013 in seinem Haus in Johannesburg im Alter von 95 Jahren. Sein Tod rief weltweit tiefe Trauer hervor, gleichzeitig wurde sein Leben, das er der Freiheit, der Demokratie und der Gleichbehandlung gewidmet hatte, gewürdigt.

Nelson Mandela und der sowjetische Dissident Anatolij Martschenko waren im Jahr 1988 die Ersten, die mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments geehrt wurden. Zu jener Zeit lebte er noch immer unter dem Hausarrest des südafrikanischen Apartheid-Regimes, das ihn 27 Jahre lang wegen seines Kampfes gegen den Rassismus einsperrte.

Mandela war ein aktives Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses und Mitbegründer der ersten südafrikanischen Anwaltskanzlei für Schwarze, die mit zunehmender Unterdrückung durch die Apartheid immer militanter wurde. Er wurde 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt und schließlich 1990 freigelassen, als das Apartheid-Regime dem zunehmenden Druck aus dem In- und Ausland nachgeben musste.

Kurz nach seiner Entlassung hielt Mandela vor dem Europäischen Parlament eine Rede über die Notwendigkeit einer gerechten und dauerhaften Lösung für ein geeintes, demokratisches Südafrika ohne Rassendiskriminierung. Alles andere wäre eine „Beleidigung für das Andenken an die unzähligen Patrioten in Südafrika und dem Rest unserer Region, die ihr Leben geopfert haben, um uns zu dem heutigen Tage bringen zu können, an dem wir vertrauensvoll sagen können, dass das Ende des Apartheid-Systems in Sicht ist“.

In den 90er-Jahren leitete Mandela in Südafrika den Übergang von der Apartheid zu einer integrativen, nicht rassistischen Demokratie. Er war von 1994 bis 1999 Präsident seines Landes und trat für Wahrheit und Versöhnung ein, um den Weg für Frieden zu ebnen.

Nach seinem Tod im Jahr 2013 wurde er vielfach geehrt, auch durch das Sacharow-Netz. „Südafrika hat heute seinen Vater verloren, die Welt einen Helden. Ich möchte für einen der wunderbarsten Menschen unserer Zeit meine Wertschätzung bekunden“, sagte Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments und Ko-Vorsitzender des Sacharow-Netzes, und fügte hinzu, Nelson Mandela sei zwar verstorben, sein Vermächtnis werde aber ewig leben.

Aung San Suu Kyi sagte, er habe uns allen gezeigt, dass niemand wegen seiner Hautfarbe oder der Verhältnisse, in die er geboren wurde, benachteiligt werden sollte. Er habe uns bewiesen, dass wir die Welt verändern können, wenn wir unsere Haltungen und unsere Wahrnehmungen ändern.

Kofi Annan sagte, Nelson Mandela habe ein einzigartiges Leben voller Opfer und Würde gelebt, und sein politisches Genie habe die friedliche Überwindung eines der großen Übel der Neuzeit ermöglicht.



Andrej Sacharow schlug ANATOLIJ MARTSCHENKO selbst für den Preis vor und schrieb an das Parlament, er habe durch sein heroisches Leben und seine Arbeit einen enormen Beitrag für die Demokratie, den Humanismus und die Gerechtigkeit geleistet. Anatolij Martschenko (1938–1986) war einer der bekanntesten Dissidenten der ehemaligen Sowjetunion. Er starb im Gefängnis von Tschistopol an den Folgen eines drei Monate dauernden Hungerstreiks, den er zur Freilassung aller sowjetischen politischen Gefangenen unternommen hatte. Anatolij Martschenko war erst 48 Jahre alt, als er starb, hatte davon aber über 20 Jahre in Haft und im internen Exil verbracht. Die internationalen Proteste nach seinem Tod waren einer der Hauptgründe dafür, dass sich der damals amtierende Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Michail Gorbatschow, gezwungen sah, im Jahr 1987 politische Gefangene in großer Anzahl aus der Haft zu entlassen.

Martschenko wurde insbesondere durch „Meine Aussagen“ bekannt, eine autobiografische Darstellung seiner Zeit in sowjetischen Arbeitslagern und Gefängnissen, die er im Jahr 1966 schrieb. In diesem Buch, das der Dissident handschriftlich im Untergrund kopierte und das später im Westen veröffentlicht wurde, wurden erstmals die Arbeitslager und Gefängnisse aus der Zeit nach Stalin beschrieben, und die Welt erkannte, dass die Realität der Gulags nicht mit Stalin geendet hatte.

Nach seiner Veröffentlichung landete Martschenko erneut wegen antisowjetischer Propaganda im Gefängnis, aber bevor er im Jahr 1968 wieder inhaftiert wurde, trat er offen als Dissident auf und prangerte öffentlich die Haftbedingungen für politische Gefangene an. In einem offenen Brief an die Medien vom Juli 1968 warnte er davor, dass die Sowjetunion eine Fortsetzung des Prager Frühlings nicht zulassen werde: eine Voraussage, die sich im August bewahrheitete, als Panzer des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei einfuhren und Martschenko erneut zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und dann verbannt wurde.

Mit zunehmender Unterdrückung wuchs jedoch auch Martschenkos Entschlossenheit, zu handeln. Er gründete gemeinsam mit Andrej Sacharow und der derzeitigen Präsidentin Ljudmila Alexejewna die einflussreiche Moskauer Helsinki-Gruppe. Die Gruppe wurde im Jahr 1976 gegründet, um die Einhaltung der Menschenrechtsklauseln in der sogenannten Schlussakte von Helsinki des Jahres 1975 in der Sowjetunion zu überwachen. Durch diese erste Akte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollten die Beziehungen zwischen dem kommunistischen Block und dem Westen verbessert werden.

Zum letzten Mal wurde Martschenko im Jahr 1980 wegen der Veröffentlichung seines letzten Buches „To Live like Everyone“ (Leben wie alle) verhaftet und inhaftiert. Er wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, starb aber noch vor seiner Entlassung. Sein Tod im Gefängnis wurde nie öffentlich untersucht.

Seine Witwe Larissa Bogoras war selbst Aktivistin und Kandidatin für den Sacharow-Preis und nahm den Preis, der ihm 1988 posthum verliehen wurde, als der Sacharow-Preis durch das Europäische Parlament ins Leben gerufen wurde, schließlich in seinem Namen entgegen.



Die Bürger der EU sind laut Meinungsumfragen der Ansicht, dass das Europäische Parlament der Verteidigung der Menschenrechte Priorität beimessen sollte. Die Menschenrechte sind in den Verträgen der Union und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie in den Strategien im Bereich der Außenbeziehungen, zu denen auch der EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2015–2020 gehört, verankert. Bei ihren Beziehungen zu Drittstaaten ist die Union dazu verpflichtet, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, den Grundsatz der Gleichheit und den Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts zu fördern. Dem Europäischen Parlament kommt bei der Verteidigung und Förderung der Demokratie, der Meinungsfreiheit, fairer Wahlen und der universellen Menschenrechte die Rolle eines zentralen Akteurs zu.

Das Europäische Parlament verleiht nicht nur jedes Jahr den Sacharow-Preis, sondern wahrt und verteidigt die Menschenrechte auch durch Menschenrechtsentschlösungen, einen Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich, den Dialog mit Parlamenten und staatlichen Stellen in Drittstaaten und diplomatische Beziehungen zu ihnen, Anhörungen zu Menschenrechtsfragen in seinen Ausschüssen und die Beteiligung an Wahlbeobachtungsmissionen auf der ganzen Welt.

In seinen Menschenrechtsentschlösungen, die bei jeder Plenartagung in Straßburg angenommen werden, richtet das Parlament die Aufmerksamkeit auf Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt und bezieht Stellung zu ihnen. Das Europäische Parlament bekräftigt auch seine eindeutigen Standpunkte in Bezug auf die Verhinderung von Folter, die Todesstrafe, den Schutz von Menschenrechtsaktivisten, die Konfliktprävention, die Förderung der Rechte von Frauen und Kindern, den Schutz von Minderheiten, die Rechte indigener Völker und die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf der ganzen Welt. Die Entschlüsse des Europäischen Parlaments dienen oft als Handlungsgrundlage für den Ministerrat der Europäischen Union, die Europäische Kommission sowie den Europäischen Auswärtigen Dienst und haben mitunter direkten Einfluss auf die Maßnahmen der betroffenen Regierungen.

Das Europäische Parlament überwacht die Außenbeziehungen der EU, da es aufgrund seiner legislativen Befugnisse den Abschluss von Abkommen der EU mit Drittstaaten blockieren kann, falls schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte und die demokratischen Grundsätze vorliegen. Das Parlament beharrt darauf, dass die Menschenrechtsklauseln, die ein systematischer Bestandteil solcher Abkommen sind, strikt eingehalten werden. Im April 2011 forderte das Parlament, dass die EU die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Syrien aussetzt, und im September 2011 wurde das EU-Kooperationsabkommen mit Syrien teilweise ausgesetzt, „bis die syrischen Behörden die systematische Verletzung der Menschenrechte beenden“. Der Konflikt in Syrien dauert an.

Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Entwicklungspolitik sieht das Unionsrecht als Ziel „die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ vor. Dieses Ziel wurde hauptsächlich dank des Europäischen Parlaments ausdrücklich einbezogen. Das Europäische Parlament nimmt jedes Jahr seinen eigenen Bericht über den Jahresbericht der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik an das Europäische Parlament über die wichtigsten Aspekte und

grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik an. Bei der Prüfung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) achtet das Parlament auf die Menschenrechte und fordert die EU in seinem letzten Bericht über die GASP zum weiteren Aufbau und zur „Stärkung (in Zusammenarbeit mit ihren Partnern) der auf Regeln beruhenden, pluralistischen, globalen politischen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Ordnung einschließlich der Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten“ auf.

Der Unterausschuss Menschenrechte (DROI) ist das Gremium, das in erster Linie für die parlamentarische Arbeit im Bereich der Menschenrechte zuständig ist. Er bietet ein regelmäßiges Forum, in dem die MdEP, internationale Akteure, Sachverständige und die Zivilgesellschaft Menschenrechtsfragen ansprechen und europäische und internationale Maßnahmen vorschlagen und prüfen. Der Unterausschuss Menschenrechte lädt zu solchen Aussprachen auch regelmäßig andere Ausschüsse des Europäischen Parlaments ein und nimmt an deren Sitzungen teil. Seine Berichte und Entschlüsse werden vom übergeordneten Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angenommen. Der Entwicklungsausschuss veranstaltet ebenfalls regelmäßige Sitzungen zur Lage der Menschenrechte in Entwicklungsländern. Die Delegationen des Ausschusses sprechen Menschenrechtsfragen auch während Länderbesuchen an.

Das Parlament hat seine Rolle bei der Verteidigung der Menschenrechte auch gestärkt, indem es die parlamentarische Demokratie und den parlamentarischen politischen Dialog unterstützt, Anhörungen seiner ständigen Delegationen mit Vertretern der Zivilgesellschaft aus Drittstaaten abhält und Ad-hoc-Delegationen zur Beurteilung der Menschenrechtssituation vor Ort entsendet. Die wichtigsten Foren für den politischen Dialog zwischen dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und den Drittländern sind die Gemischte Parlamentarische Versammlung EU-AKP, die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, die Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika und die Parlamentarische Versammlung EURONEST mit osteuropäischen Partnern.

Das Europäische Parlament hat seine Haushaltsbefugnisse dazu genutzt, die Haushaltsmittel für Demokratie- und Menschenrechtsprogramme erheblich aufzustocken, und es hat erfolgreich dafür gekämpft, die Funktionsfähigkeit des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) – ein zentrales Finanzierungsinstrument und politisches Instrument zur Unterstützung der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger, insbesondere derjenigen, deren Leben in Gefahr ist – aufrechtzuerhalten.

Ergänzend zu seiner Arbeit im Bereich der Menschenrechte hat sich das Europäische Parlament dazu verpflichtet, freie und faire Wahlen in Drittstaaten zu unterstützen, da sie für die Schaffung von Demokratie und Legitimität sowie für die Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in Einrichtungen wichtig sind. Die Mitglieder des Europäischen Parlament sind regelmäßig als Leiter und Teilnehmer an den Wahlbeobachtungsmissionen der EU beteiligt, damit das Recht der Menschen, ihre politische Führung frei zu wählen, uneingeschränkt geachtet wird.



© Amnesty International



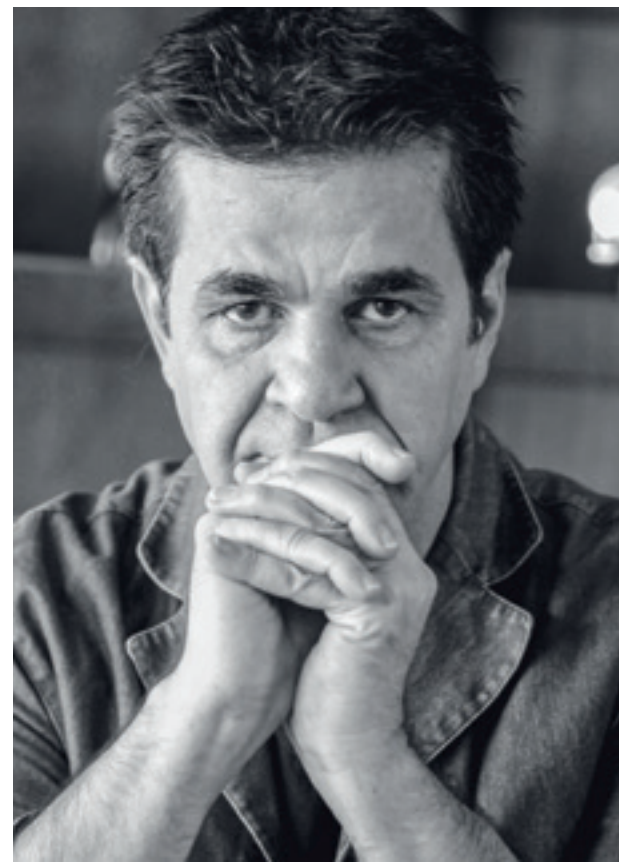
© Stichting Vluchteling



Raif Badawi
Denis Mukwege
Malala Yousafzai



Nasrin Sotoudeh
Jafar Panahi
Mohamed Bouazizi





Ali Ferzat
Asmaa Mahfouz



Ahmed al-Senussi
Razan Zaitouneh
Guillermo Fariñas



Razan Zaitouneh





Memorial
Hu Jia
Salih Mahmoud Mohamed Osman



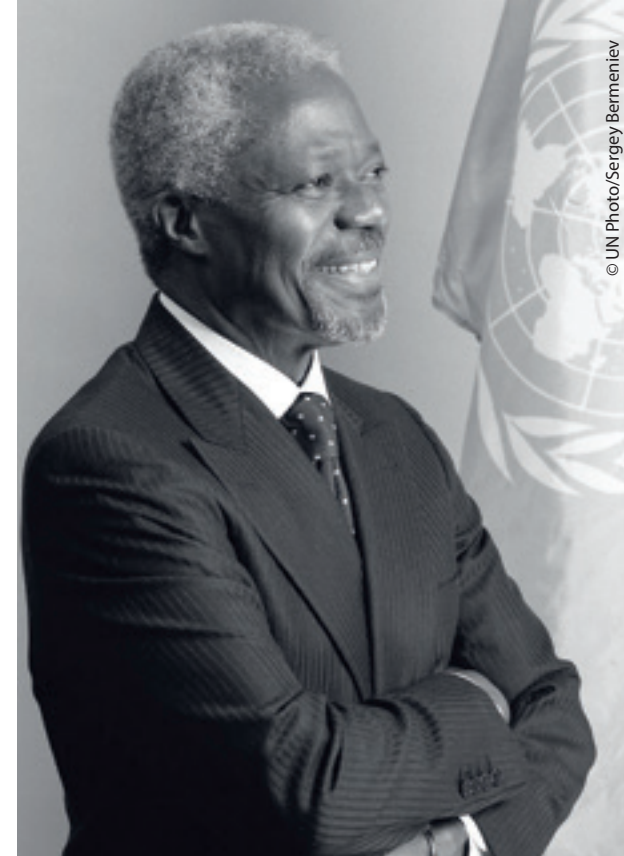
Aljaksandr Milinkewitsch
Reporter ohne Grenzen
Damen in Weiß

**REPORTERS
SANS FRONTIERES**
POUR LA LIBERTE DE L'INFORMATION



© Javier GALEANO/AP Photos/EU-EP

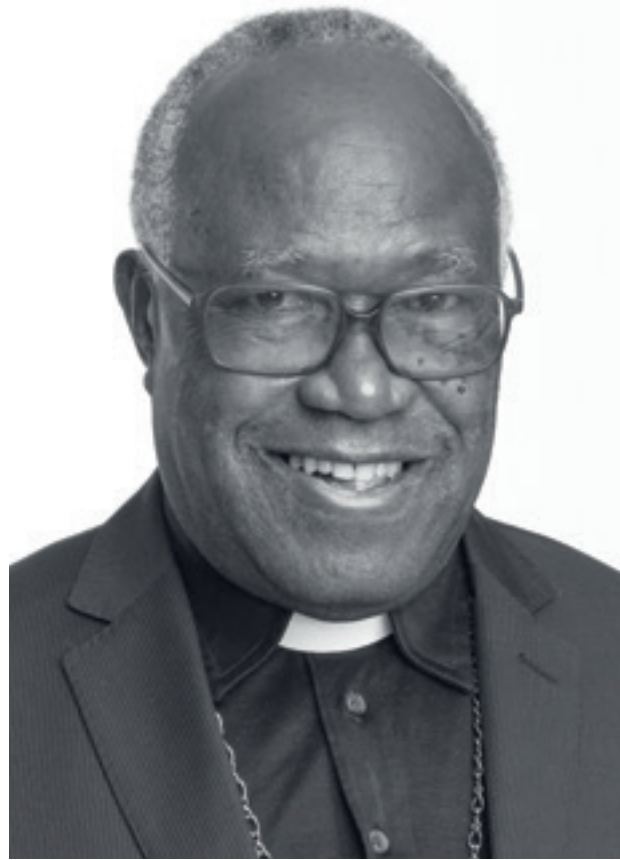
Hauwa Ibrahim
Weißrussischer Journalistenverband
UN-Generalsekretär Kofi Annan
und das gesamte Personal
der Vereinten Nationen



© UN Photo/Sergey Bermeniev



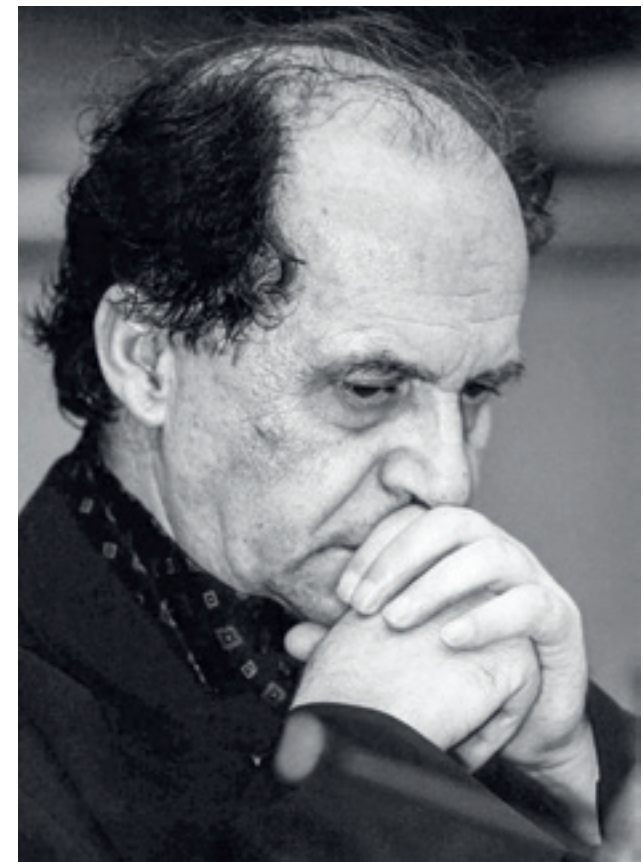
Oswaldo José Payá Sardiñas
Nurit Peled-Elhanan



Izzat Ghazzawi
Dom Zacarias Kamwenho
¡BASTA YA!



Xanana Gusmão
Ibrahim Rugova

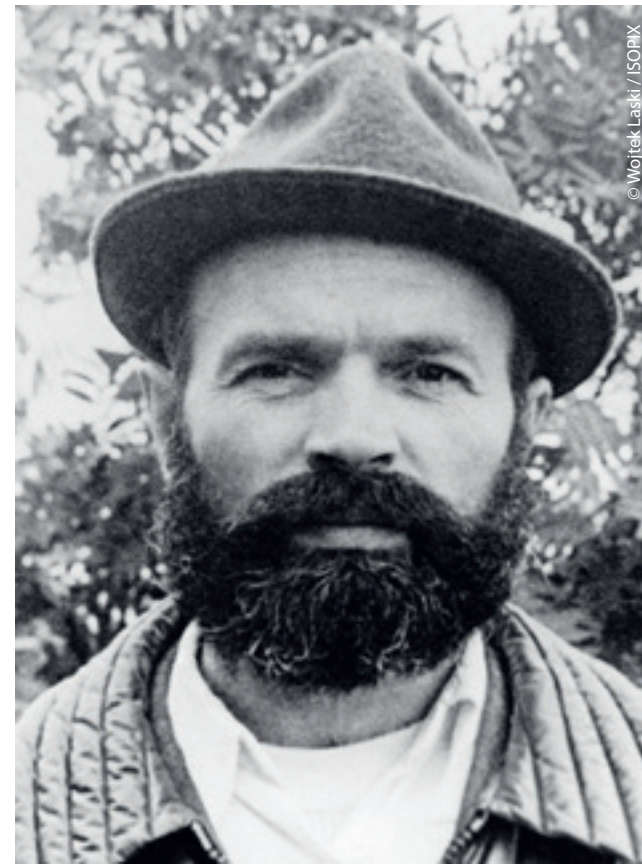


Salima Ghezali
Wei Jingsheng



Leyla Zana
Taslima Nasreen
Oslobodjenje

Die Mütter der Plaza de Mayo
Adem Demaçi
Aung San Suu Kyi



Alexander Dubček
Nelson Rolihlahla Mandela
Anatoli Martschenko

EUROPÄISCHES PARLAMENT
Rue Wiertz 60/Wiertzstraat 60
1047 Bruxelles/Brussels
BELGIQUE/BELGIË
Tel. +32 22842111

EUROPÄISCHES PARLAMENT
Plateau du Kirchberg
L-2929 Luxembourg
LUXEMBOURG
Tel. +352 43001

EUROPÄISCHES PARLAMENT
1 avenue du Président Robert Schuman
67070 Strasbourg Cedex
FRANCE
Tel. +33 388174001

Weitere Informationen finden Sie unter:

europarl.europa.eu

europarl.europa.eu/sakharov

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- Einzelexemplar:
über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- mehrere Exemplare/Poster/Karten:
bei den Vertretungen der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/represent_de.htm),
bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union
(http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm),
über den Dienst Europe Direct (http://europa.eu/europedirect/index_de.htm)
oder unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (*).

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).



